

# freiheit der wissenschaft

Nr. 1 • März 2005

F 1634 F

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

## NRW: BFW im „Aktionsbündnis Schule“ (siehe S. 26!)

Lieber Leser	Seite 2
Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft	Seite 3

### WISSENSCHAFT UND BILDUNG

„Humboldt neu denken!“ – Bericht vom Forum München der Hanns Martin Schleyer-Stiftung von <i>Willi Eisele</i>	Seite 5
„Den Diplom-Ingenieur erhalten!“ Pressemitteilung der Technischen Universität München zu Bachelor-/Masterstudiengängen	Seite 9
Bundesverfassungsgericht zur Wissenschaftsfreiheit von <i>Günter Püttner</i>	Seite 9
Botschaften vom Alter – Bericht vom Forum Köln der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und Gerhard und Lore Kienbaum-Stiftung von <i>Winfried Holzapfel</i>	Seite 11
Kyoto-Klimaprognosen – Tagungsbericht von <i>Brigitte Pötter und Wolfgang Müller</i>	Seite 13
Leserbrief	Seite 16
<b>Hartmut Schiedermaier: Wissenschaft im Dienst der Menschenwürde</b>	Seite 18

### SCHULE UND ERZIEHUNG

Schulpolitik im Wahlkampf: Themenforum Bildung in Düsseldorf	Seite 23
Dr. Jürgen Rüttgers in „Nachgefragt“	Seite 24
Freiheit der Wissenschaft? – von Ulrich Sprenger	Seite 27
Ganztagsschulen – Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz	Seite 29
<b>In memoriam Manfred Fuhrmann – Nachruf von Walter Rüegg</b>	Seite 30

<b>Aufgeblättert</b>	Seite 34
----------------------	----------

Lippmann/Leide: Das Orwell'sche Jahrhundert (Kinzel)  
von Schrenck-Notzing: Charakterwäsche (Kinzel)  
Hegel-Handbuch: Lessing-Handbuch (Kinzel)  
Gutjahr-Löser: Können Sie folgen? (Kinzel)  
BFW-Kontroverse Schildt/Bahners (Kinzel)  
Theis: Die Welt geht rascher als die Kirche (Eisele)  
Koischwitz: Konservativer Professorenbund ... (Kinzel)  
Vom Lehm: Kindeswohl ade! (Pötter)

**NEUE Website:** [www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)

**Gestufte Bildung? Reinhold A. Grimm spricht am 18. April in Düsseldorf (siehe letzte Seite!)**

## freiheit der wissenschaft

Offizielles Organ des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos und andere Beiträge übernimmt der Empfänger keine Haftung. Abdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Ansicht von Herausgeber und Redaktion dar, sondern die persönliche Meinung des Verfassers.

Zuschriften und Stellungnahmen zu Themen und Artikeln dieses Heftes sind willkommen. Wiedergabe und redaktionelle Kürzungen bleiben vorbehalten.

**Herausgeber:** Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

**Redaktion:** Dr. Winfried Holzapfel

**Verbandsgeschäftsstelle:**

Postanschrift:  
Charlottenstraße 65,  
10117 Berlin-Mitte (U-Bahnhof  
Stadtmitte, nahe Gendarmenmarkt)

**Büro:** Petra Schauf

Die Geschäftsstelle dient auch als Kontakt- und Informationsstelle.

Für größere Veranstaltungen steht ein Hörsaal zur Verfügung.

Telefon: (0 30) 20 45 47 04  
Fax: (0 30) 20 45 47 06

**E-Mail:**

bund.freiheit.wissenschaft  
@t-online.de

**Internet:**

http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de

**Bankverbindung:**

Deutsche Bank AG, Bonn  
(BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858

Verlag, Herstellung und Anzeigen:

Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf  
Internet: www.vva.de  
E-Mail: info@vva.de

Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann

Anzeigenverkauf:

Panagiotis Chrisovergis  
Tel. 02 01/87 12 69 45  
Fax. 02 01/87 12 69 42

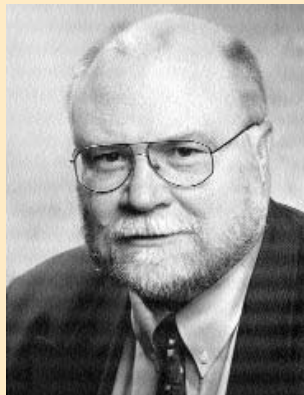
Anzeigentarif Nr. 12

ISSN 0343-7752

# Lieber Leser,



Dr. Hans Joachim Geisler



Dr. Winfried Holzapfel



Professor Dr. Kurt J. Reinschke

der Bund Freiheit der Wissenschaft geht ins 35. Jahr seines Bestehens. Er hat ein Alter und ein Ansehen erreicht, das ihn schon zum Objekt historischer und soziologischer Forschung macht (siehe Beispiele im Inneren).

Aber der Bund Freiheit der Wissenschaft hat sich deshalb nicht überlebt. Er ist selbst noch nicht Vergangenheit. Wie wir aus vielen Reaktionen immer wieder erfahren, ist unser Eintreten für die Freiheit der Wissenschaft weiterhin nötig. Unsere Aufklärung über gefährliche hochschulpolitische und schulische Entwicklungen und deren kritische Kommentierung werden sehr geschätzt. Auf der anderen Seite werden auch viele Forderungen des Bundes Freiheit der Wissenschaft im Laufe der Zeit Realität, so daß unser beharrliches Bemühen auch als „think tank“, wie Walter Rüegg den Bund einmal genannt hat, erfolgreich ist. Um mit Vorschlägen und Kommentaren noch schneller zu sein, haben wir unsere **Website** im Internet umgestaltet. Sie hat jetzt die **neue Adresse**:

[www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)

Es lohnt sich, sie öfter einmal „anzuklicken“.

Allerdings bringt die Altersstruktur des Bundes mit sich, daß die Mitgliederzahlen sinken. Wir wollen daher künftig offensiver um Mitglieder werben und bitten zunächst Sie, lieber Leser, zu prüfen, ob Sie sich, sofern Sie noch nicht Mitglied sind, eine Mitgliedschaft im Bund Freiheit der Wissenschaft vorstellen können. Nutzen Sie dazu den Anmeldeformular auf Seite 38. Sie sind herzlich willkommen.

Wir haben viele Leser, die unsere Zeitschrift kostenlos erhalten. Das soll auch so bleiben. Unserer Arbeit (Organisation von Vorträgen, Foren, Herausgabe von Broschüren) würde aber eine **Spende** gut tun. Im 35. Jahre unseres Bestehens würden wir eine Spende als zusätzlichen Ansporn für die Weiterführung und Verbesserung unserer Arbeit ansehen. Sie helfen uns sehr damit. Bitte nutzen Sie dazu die dieser Ausgabe beiliegende **Zahlkarte**.

Es ist wichtig, daß wir unsere Arbeit auch künftig auf einem soliden finanziellen Fundament weiterführen können. Wir bitten Sie sehr um Unterstützung.

Mit herzlichem Dank und freundlichen Grüßen  
Ihre

Dr. Hans Joachim Geisler    Dr. Winfried Holzapfel    Professor Dr. Kurt J. Reinschke

# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Zum Thema „**Klimaprognosen – Aussagekraft der Modelle und Handlungsstrategien**“ fand vom **18. bis 20. Februar 2005** – wenige Tage nach Inkrafttreten des so genannten Kyoto-Protokolls – in Gummersbach bei Köln eine Tagung statt, die der Bund Freiheit der Wissenschaft gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung veranstaltet hat. In neun Vorträgen haben die Referenten – darunter einige der bekanntesten Klimaforscher – das Thema unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Nach jedem Vortrag wurde lebhaft, sachkundig und manchmal auch recht kontrovers diskutiert. Sie finden hier den Bericht von Frau Dr. Pötter (Bund Freiheit der Wissenschaft) und Wolfgang Müller (Theodor-Heuss-Akademie der Naumann-Stiftung), denen für

die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung herzlicher Dank gebührt. Wir drucken auch die Bewertung der Tagung durch einen Teilnehmer ab, die nach allem, was wir gehört haben, für viele andere steht.

Unsere nächste Veranstaltung wird zum Thema „**Gestufte Bildung? Wie das europäische Studienmodell die Hochschulen und Schulen verändert**“ am **18. April 2005 in Düsseldorf** stattfinden. Es geht u. a. um die Agenturen, die die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge akkreditieren. Darüber wird **Professor Dr. Reinhold R. Grimm** sprechen. Er ist Präsident des Allgemeinen Fakultätentages und Vorsitzender des

**Auf's „der“ kommt's an!  
Unsere Website hat die neue Adresse**

**<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>**

Philosophischen Fakultätentages. Die Einladung finden Sie auf der letzten Seite.

Der **Bund Freiheit der Wissenschaft** war unter den ersten, die schon vor vielen Jahren die Einführung von **Studiengebühren** gefordert haben. Wir begrüßen deshalb das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das im Januar den Bundesländern diese Möglichkeit eingeräumt und nach dem Urteil zur Juniorprofessur vom letzten Jahr den

Zentralisierungsversuchen der Bundesregierung im Bildungswesen einen weiteren Riegel vorgeschoben hat (s. u.).

Der **Bund Freiheit der Wissenschaft** besteht nun seit 35 Jahren. Historiker beschäftigen sich zunehmend mit seiner Geschichte (dazu mehr unter „Rezensionen“), wozu wichtige Informationen in der Broschüre „Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft“ (2001, s. Bestellzettel) und auf unserer Homepage vorliegen. Besonders empfehlenswert ist

Bund Freiheit der Wissenschaft e. V.  
Charlottenstr. 65  
10117 Berlin

Berlin, 26. Januar 2005

## Presseerklärung

Bund Freiheit der Wissenschaft

zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von Studiengebühren

## Endlich! – Eine überfällige Entscheidung

Der Bund Freiheit der Wissenschaft begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Seit über 15 Jahren fordert der Bund Freiheit der Wissenschaft die Möglichkeit für die Hochschulen, Studiengebühren zu erheben. Dabei ist für den Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Dr. Hans Joachim Geisler, klar: „Die Erhebung von Studiengebühren muß den Universitäten und Hochschulen zugute kommen. Sie muß sozialverträglich abgesichert sein (etwa durch die Aufnahme günstiger Darlehen). Das Stipendienwesen sollte ausgebaut werden. Der Staat soll gleichzeitig seine Investitionen erhöhen und nicht etwa zurückfahren.“

Der BFW fordert: „Universitäten und Hochschulen sollen über die Höhe der Gebührensätze selbst entscheiden. Über die Höhe der Gebühren können sich die Universitäten im Wettbewerb untereinander selbst positionieren.“

Grundsätzlich gilt: Wer Gebühren erhebt, muß Leistung bringen. Wer Gebühren zahlt, darf Leistung erwarten. Wer den Nutzen hat, soll auch Entgelt entrichten. Alle müssen in Bildung investieren, Staat und Gesellschaft, Hochschullehrer und Studenten: Aus Überzeugung, mit Einsatz aller intellektuellen Fähigkeiten, aus humanem Wertebewußtsein und mit angemessener finanzieller Beteiligung, kurz gesagt: nach Maßgabe ihres Vermögens. Zu Recht sagt das Bundesverfassungsgericht in seiner Urteilsbegründung, daß durch die „Einführung von Studiengebühren eine wertbewußte Inanspruchnahme der Ausbildungsleistung gefördert werden“ kann.

*Dr. Hans Joachim Geisler  
Dr. Winfried Holzapfel  
Professor Dr. Kurt J. Reinschke  
Vorsitzende*

## So sieht die Startseite jetzt aus



Klicken Sie uns an – Im Internet unter:  
[www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)

NRW: Bildungspolitik als Wahlkampfthema  
(siehe auch S. 24 ff.)



Till Kinzels Darstellung der BFW-Geschichte in dem Buch „Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution“ (herausgegeben von Harthmut Becker, Felix Diersch und Stefan Winckler, Leopold Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 2003, ISBN 3-7020-1005-X; Rezension in „Freiheit der Wissenschaft“ Dezember 2003). Es war vergriffen und liegt jetzt in zweiter Auflage vor. Hier soll auch an das große Archiv unseres Bundes erinnert werden, das sich in der Hoover Institution on War, Revolution and Peace der Stanford-University in Kalifornien befindet und seit 2003 für die Forschung zur Verfügung steht (FdW März 2003).

Mit vielen Mitstreitern der frühen Jahre haben wir noch immer engen Kontakt. Sie finden in diesem Heft die Rezension des neuen Buches von **Peter Gutjahr-Löser**, der 1971 der erste Geschäftsführer des BFW wurde und nach 1974 auch für die Redaktion dieser Zeitschrift verantwortlich war. Seit 14 Jahren ist er als Kanzler der Universität Leipzig außerordentlich erfolgreich. Am 1. März dieses Jahres wurde ihm von der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig die Ehrendoktorwürde verliehen.

Wir trauern um unser Mitglied **Professor Manfred Fuhrmann**, den Sie als Referenten auf unseren Veranstaltungen – ich erinnere an seinen Vortrag über „Bildungskanon und Bildungsidee“ auf dem 31. Forum 2000 – und aus seinen Beiträgen in dieser Zeitschrift kennen: „Wozu noch Geisteswissenschaften?“ (März 2001), „Was ist und wozu brauchen wir Allgemeinbildung?“ (März 2003), „Kanon und Kontinuität trotz Krise“ (Juni 2004). Er ist am 12. Januar 2005 verstorben. Sie finden in diesem Heft einen Nachruf von Walter Rüegg. Als Rektor der Universität Frankfurt am Main und Präsident der Rektorenkonferenz stand er in den späten 60er Jahren im Mittelpunkt der Stürme der „Kulturrevolution“. Er ist em. Professor für Soziologie an der Universität in Bern und hat den Bund Freiheit der Wissenschaft seit der Gründung als Vorsitzender in den Jahren 1970 bis 1974 in besonderer Weise mitgeprägt.

Am 23. April wird die **Sektion Berlin-Brandenburg** unseres Bundes ihre beliebte jährliche Tagesfahrt veranstalten. Diesmal wollen wir die alte **Bergakademie in Freiberg** (Technische Universität) im sächsischen Erzgebirge besuchen. Wir berichten in der nächsten Nummer.

Hans Joachim Geisler

# „Humboldt neu denken“ – Qualität und Effizienz der „neuen Universitas“:

**Bericht über das gemeinsame Symposium der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung,  
der Heinz-Nixdorf-Stiftung und der gastgebenden Ludwig-Maximilians-Universität München**

*Über 500 Vertreter von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft sind der Einladung der Veranstalter in die „gute Stube“ der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität gefolgt, um am aktuellen vierten Symposium (seit 2001) teilzunehmen zur Frage, welche neuen Wege, aber auch welche „unverzichtbaren Elemente“ geeignet sind, die Weltgeltung deutscher Universitäten ins dritte Jahrtausend zu tragen. Eine Zwischenbilanz anlässlich dieser „Art Messe zum Thema Hochschulreform in Deutschland“ zu ziehen, macht – so Dr. Detlef Schneidawind vom Stiftungskuratorium – diese wegweisende Veranstaltungsreihe an der „Volluniversität LMU“ aus. Der Berichtersteller begrenzt sich hier bewußt in seinem Schwerpunkt auf das Forum II, das die gemeinsame Schnittmenge zwischen Natur- und Geisteswissenschaften aufgezeigt hat.*

In seiner Einführung zeigte der gastgebende Rektor der LMU, **Professor Dr. Bernd Huber**, den Wandel vom Humboldtschen Ideal der „Wissenschaft als Gut an sich“ zu dem sich zunehmend abrupt gestaltenden Wandel zur „funktionalen Rolle von Universitäten und Wissenschaft“ als Ausbildungseinrichtungen für den Arbeitsmarkt, verbunden mit einem „neuen“ Begriff von „anwen-

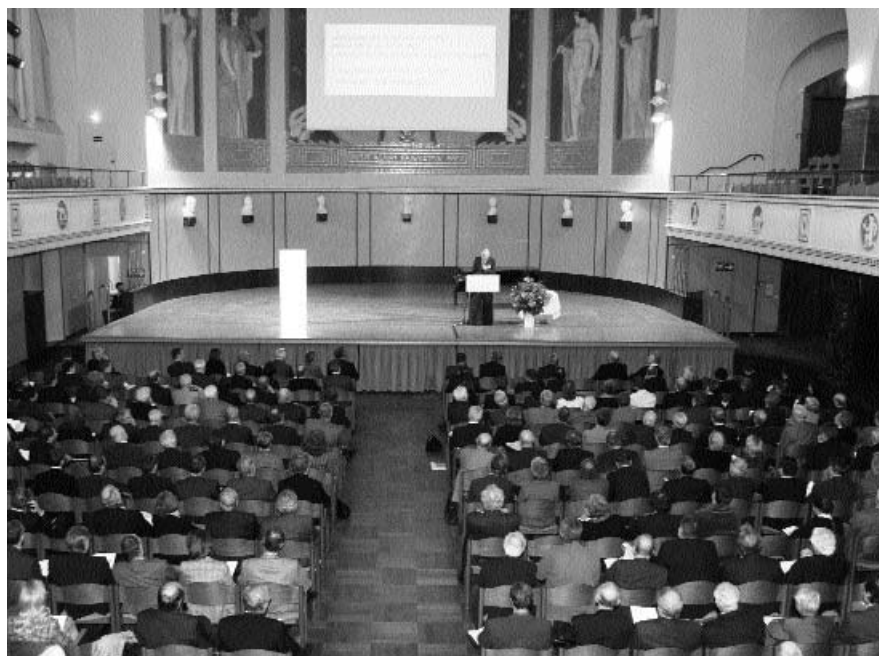
dungsorientierter Forschung“ als einem „Instrument, um Innovationen zu produzieren, die das Wirtschaftswachstum fördern“. Damit verbunden ist ein neues Verständnis von den Geisteswissenschaften als „Hilfswissenschaften der Ingenieur- und Naturwissenschaften“, denen die primäre Aufgabe zukomme, Innovationen „ethisch und kulturell abzufedern“. Somit werden auch die Uni-



*Willi Eisele*

versitäten dem Prozeß der Globalisierung untergeordnet, in dem internationale Forschungsk Kooperationen eine zentrale Voraussetzung für wissenschaftliche Exzellenz darstellen. Internationalisierung und wettbewerbsfähige Strukturen seien die lokalen Grundbedingungen, um dem „brain drain“ mit seinen negativen Folgen für den Wissenschafts- und den Wirtschaftsstandort Deutschland entgegenzuwirken.

Seinem Impuls-Referat legte der bayerische Wissenschaftsminister, **Dr. Thomas Goppel**, sieben Thesen zugrunde: er hob die Bildung als „zentralen Standortfaktor“ hervor und definierte die Aufgabe des Freistaates dahingehend, den „optimalen Rahmen für den wissenschaftlichen Wettbewerb zu setzen“ mit der Folge des Rückzugs des Staates auf grundlegende Entscheidungen unter Wahrung und Weiterentwicklung der Autonomie der Hochschulen. Ein „Innovationsbündnis“ diene der Herstellung von Planungssicherheit für die neun staatlichen Universitäten im Freistaat. Den Hochschulen wies er „Profilschärfung“ und Eigenleistungen im Wettbewerb zu und bot flexible staatliche Dienstleistung als „aktiven Förderbeitrag“ an.



*Vortrag in der Ludwig-Maximilians-Universität*

*Foto: Joerss*



*Prominent besetzt: Podium des Forums II*

*Foto: Joerss*

„So fern und doch so nah: Natur- und Geisteswissenschaften – eine Schicksalsgemeinschaft?“, lautete die Überschrift von Forum II des Symposiums. Auf dem Podium: Professor Dr. Jürgen Heckl (Rektor der Humboldt-Universität, Berlin), Professor Dr. Wilhelm Vossenkuhl (Philosophie, LMU München), Professor Dr. Erika Fischer-Lichte (Theaterwissenschaften, FU Berlin), Professor Dr. Wolfgang M. Heckl (Generaldirektor des Deutschen Museums, München), Professor Dr. Julian Nida-Rümelin (Kulturstaatsminister a. D., Philosophie/Politologie, LMU München), Dr. Konrad Adam (Moderator, Chefredakteur Die WELT). In seinem einleitenden Thesenreferat stellte Professor Dr. Jürgen Mlynek die Frage, ob „Humboldt neu denken“ auch bedeute, „die Universität als Ganzes neu zu erfinden“. Die deutsche Universität sieht er auch im Zeichen der Globalisierung als „Ort, wo Wissen neu erzeugt wird“. Das Gelehrtentum stelle sich in gewisser Weise auch als „intellektuelles Abenteuer“ dar, bei dem gleichzeitig Studienreformen, Profilbildung und Nachwuchswerbung vorangetrieben werden müßten. Er forderte das zeitlose Postulat Wilhelm von Humboldts ein, demzufolge Lehre(r) und Forschung „für die Wissenschaft“ da zu sein haben, und legte Wert auf die Feststellung, daß der Weg zum B.A./M.A. konsequent als einzige Alternative verfolgt werden solle. Ob dabei die Universität die akademische Freiheit verliere, sei eine Gefahr, der dadurch entgegengewirkt werden könne, daß die grundlegenden Begriffe geschärft würden: Bildung als unverzichtbare Persönlichkeitsbildung, Ausbildung als Berufsorientierung. Hier müßten Natur- und Geisteswissenschaften

notwendigerweise „an einem Strang ziehen“, um eine Balance zwischen einer extremen Leistungsanforderung und den akademischen Traditionen durch ein eigenes Profil jeder Universität zu erreichen. Es stelle sich dabei heraus, daß Natur- und Geisteswissenschaften zwar „thematisch unterschiedliche Disziplinen“ seien, die aber „den gleichen Zielen dienen, nämlich der Wahrheitsuche im jeweils eigenen Forschungsbe reich“. In der These, daß die Geisteswissenschaften von der Vergangenheit (Tradition) lebten, die sich täglich re chertfertigen müßten, den Naturwissenschaften aber die „Zukunft gehöre“, sehe er ein fast unausrottbares Vorurteil. Am Beispiel des „iconic turn“, dem Wechsel von der Text- zur Bild-Orientierung in den Geisteswissenschaften, sehe er ein Feld der Annäherung. Für beide Bereiche gelte ein Zitat Georg Christoph Lichtenbergs (1742–1799), der sowohl die geistige Zuchtlosigkeit als auch die Pedanterie bekämpft hatte: „Das Neue liegt am Rande“ – ein Plädoyer auch für die „kleinen Fächer“, die „Exoten“?

In seinem „Korreferat“ sprach sich **Professor Dr. Wilhelm Vossenkuhl** gegen die These aus, derzufolge die Geisteswissenschaften eine „andere Wirklichkeit des Gehirns vor sich“ hätten als die Neurobiologen und sah im „Auf und Ab der Disziplinen“ einen Zusammenhang mit der „Evolution des Marktes der Wissenschaften“. Die Autonomie der Wissenschaft(en) habe gewissermaßen einen „Antimarkt-Effekt“. Das Gegensatzpaar Wert und Nutzen illustrierte er am Beispiel des Standardwerkes der deutschen Geschichtswissenschaften über das 19. Jahrhundert (Professor Dr. Thomas Nipperdey, LMU München). Er

forderte die Disziplinen auf, um ihre Eigenständigkeit zu kämpfen, um die akademische Freiheit nicht zwischen staatlichen Vorgaben, Wettbewerbsdruck und verständlichem, aber vordergründigem öffentlichem Interesse an „schnellen Forschungsergebnissen“ (vor allem in der Medizin oder der Pharmazie) zunehmend schwinden zu sehen. Er spreche sich auch stets gegen ein „geheucheltes wechselseitiges Interesse“ der Wissenschaftsbereiche untereinander aus und fordere die „Solidarität der Wissenschaften“.

**Professor Dr. Julian Nida-Rümelin** erwähnte, daß bis etwa 1970 die Geisteswissenschaften das „Feld der Gymnasiallehrer“ gewesen seien, weitgehend abgeschottet vom übrigen Wissenschaftsbereich (Lehramt/Diplomstudiengänge). So erkläre sich zum Teil die „defensive Situation heute“, denn das vielfach beklagte „akademische Proletariat“ weise wenige Absolventen der Geisteswissenschaften auf. Er erinnerte daran, daß es die zündende Idee Wilhelm von Humboldts war, die Universität von den „drei Ausbildungsgängen der Hohen Schule des Mittelalters“, orientiert an den „septem artes liberales“, in die akademische Freiheit als Konsequenz der Aufklärung zu führen, die „eben nicht berufsbild-, sondern wissenschaftsorientiert“ sein sollte. Er verwies ferner auf den Beschluß der Kultusministerkonferenz von Oktober 2003 zur Neuorientierung der Studiengänge: berufsorientierte und wissenschaftsorientierte Wege sollten sich ergänzen. Das Spezifikum der Geisteswissenschaften sehe er dabei in der Grundforderung, „präzise formulieren zu können“ – unverzichtbar auch in der Anwendung in den Naturwissenschaften:

# Wechseln Sie jetzt Ihre Krankenversicherung: privat versichert ab **111€\***.

\* Monatlicher Beitrag für einen männlichen  
Beamten, 28 Jahre, mit 50% Bundesbeihilfe.

Vergleichen lohnt sich: für alle, die viel Leistung für  
wenig Geld wollen. Rufen Sie uns an: **09561 96-98231**  
Besuchen Sie uns im Internet: **www.huk.de**



**HUK-COBURG**  
Da bin ich mir sicher



Bitte ausfüllen und an die HUK-COBURG-Krankenversicherung, 96447 Coburg, schicken.  
Oder per Fax unter 09561 9897.

Name: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zur Krankenversicherung.  
Auch unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen informieren Sie gern ausführlich.

db1

ohne die Invention aus Wissen könne es – so der Podiumsteilnehmer – keine Innovationen geben. Die Wissenschaften sehe er daher in einem „Reputationswettbewerb“, während ein „Marktwettbewerb sich ums Geld drehe“. Geisteswissenschaftler sollten daher für alle Disziplinen gezielt Weiterbildungsangebote „auf dem Markt anbieten“, aber nicht die eigene Forschung dem Markt opfern.

**Professor Dr. Erika Fischer-Lichte** forderte, die Unterschiede zwischen Natur- und Geisteswissenschaften anzusprechen – „sie sind da“ –, aber die „Gräben nicht zu vertiefen“. Die „deskriptive Sprache der Naturwissenschaften sei ein Produkt des Geistes, die Naturwissenschaften sind von Menschen geschaffen, also sind sie Geisteswissenschaften“. Daß „alle Köpfe erleuchtet“ (Aufklärung) werden können, ist die vornehme Aufgabe der personalen Erziehung. Es sei fraglich, ob „alles in der Gesellschaft nach den Gesetzen des Marktes funktionieren müsse“.

**Professor Dr. Wolfgang M. Heckl** sieht eine bedeutsame Ebene, wo sich Natur- und Geisteswissenschaften begegnen und ergänzen in der Darstellung der wissenschaftlichen Erkenntnis als Prozeß. Der These von Max Planck, derzufolge „Wirklichkeit (nur) ist, was sich messen läßt“ widerspreche er, da eine dargestellte Wirklichkeit noch nicht die Wahrheit treffen müsse. Das Deutsche Museum (München) sehe er daher in einer bedeutenden Brückenfunktion der Vermittlung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften auch unter dem Aspekt der Verbesserung der Studierfähigkeit künftiger Generationen. In der Verkürzung des Gymnasiums um ein Schuljahr sehe er daher keinen Gewinn, sondern eine „rein fiskalische Maßnahme, da fiktiv ein Neuntel weniger Lehrer eingestellt“ würden. Sein Podiumskollege Professor Dr. Julian Nida-Rümelin sekundierte mit der Feststellung, daß die „Studierfähigkeit das wichtigste Element der Abiturs“ sein müsse.

Mit der These, daß sich ein „Angebot auch die Nachfrage schaffe“, leitete **Dr. Konrad Adam** zwei Diskussionsrunden

ein, in denen das Spektrum der Podiumsaussagen aufgegriffen und vertieft wurde: vom „Bürgerrecht auf (kostenlose) Bildung“, über die Erwartungen an „Bildungsgutscheine“, den Wert von interdisziplinären Zentren („Zeit- und Geldverschwendungsanstalten“), die Frage, ob es Aufgabe des Staates sei, Prozentzahlen für Studienwahl und Studiengänge vorzugeben, das Problem, ob „die gymnasiale Oberstufe auch in Bayern auf den Hund gekommen“ sei, warum High School-Absolventen „nicht studierfähig“ sind und warum „Wissenschaftlern zum Teil die Wissenschaft fremd“ sei. In der Abwehr des Begriffs Ausbildungsorientierung (für Gymnasium und Studium) ging Professor Dr. Julian Nida-Rümelin so weit, festzustellen, daß es „bei der Dynamik des Arbeitsmarktes unverantwortlich wäre, Studiengänge auf ein Berufsfeld hin zu beschreiben“ und er warnte davor, das bewährte „duale System“ der Berufsbildung in Deutschland, das „um Welten besser ist als alles, was es in Großbritannien und den USA gibt“, ohne Not über Bord zu werfen. Ein „Nachahmen“ fremder Konzepte sei in unserer Situation nicht zielführend.

**Professor Dr. Ing. Thomas Bock** (TU München) stellte die Frage, „ob man Humboldt neu denken müsse“, um den „Traum einer neuen Hochschule“ verwirklichen zu können. Ihm antwortete Professor Dr. Julian Nida-Rümelin: „Das A und O der Idee einer zukunftsorientierten Universität ist es, ein günstigeres (Zahlen-)Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden zu schaffen!“ Damit könne „mehr Zeit pro Student“ gewonnen werden. Die „Voll-Universität vertrage keine weitere Expansion“; eine solche Perspektive sehe er eher bei den Fachhochschulstudiengängen. Für die Universitäten sieht er in den B.A./M.A.-Studiengängen eine stärkere Verschulung, verbunden mit einer größeren akademischen (Lehr-)Freiheit“.

Ein Fazit des Symposiums: staatliche Instanzen müssen sich bewußt machen, daß für Wilhelm von Humboldts liberale Auffassung der Wissen-

schaftsfreiheit jedes Anlegen weiterer Zügel hinderlich ist, denn „ohne sein (des Staates) Einmischen würde die Sache an sich unendlich viel besser laufen können“. Eben weil sie keine „Ausbildungsstätte“ war, fällt die Bilanz für die deutsche Universität positiv aus: als unabhängige Bildungseinrichtung des Fragens, Erklärens und Verstehens ist die Humboldtsche Universität erfolgreich. In Verbindung mit außeruniversitären Forschungsgesellschaften (Beispiele Max-Planck-Gesellschaft, Joseph-von-Fraunhofer-Gesellschaft) sei die deutsche Wissenschaft gut positioniert – so **Sir Richard John Brock** (Universität Oxford, Mitglied der Expertenkommission Wissenschaftsland Bayern 2020). Er kritisierte die derzeitige Evaluierungswelle, bei der ein Erfolg wichtiger sei als Erfolge in der Forschung selbst. Eine breite, vertiefte Allgemeinbildung als Voraussetzung für Studierfähigkeit, verbunden mit einer verbesserten persönlichen Betreuung der Lernenden und einer wohlwollenden Förderung der künftigen geistigen Elite stellten die Säulen der Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert, auch im Zeichen der Globalisierung, dar. Insofern ist Wilhelm von Humboldts Idee von der Universität aktuell: Einheit von Forschung und Lehre bei aller notwendigen Differenzierung und Spezialisierung unter dem Dach der Universität, Bildung durch Wissenschaft, Autonomie der Universität als „Freiheit in Verantwortung“.

*Willi Eisele*

*Willi Eisele, Oberstudiendirektor, Leiter eines Münchner Gymnasiums, ist Regionaler Ansprechpartner des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Bayern. Er berichtet regelmäßig über die Diskussthemata, die das Gymnasium und den Hochschulbereich inhaltlich, strukturell und personell tangieren. Er ist erreichbar über willi.eisele@gmx.de und unter der Internetseite des Bayerischen Philologenverbandes, Landesfachgruppe Geschichte/Sozialkunde bpv@bpv.de bzw. unter www.bayerischergeschichtslehrerverband.de*

**Darlehen supergünstig <sup>ab 1%</sup> variierend 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins**  
**Hypotheken- & Beamtdarlehensalleoounter**  
Finanzierungsleistungen für die Bereiche: 1. Bausparung, 2. Bausparen, 3. Bausparen mit Zinszuschuss, 4. Bausparen mit Zinszuschuss und Zinsvorsorge, 5. Bausparen mit Zinsvorsorge und Zinszuschuss, 6. Bausparen mit Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge, 7. Bausparen mit Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge und Zinszuschuss, 8. Bausparen mit Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge, 9. Bausparen mit Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge und Zinszuschuss, 10. Bausparen mit Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge und Zinszuschuss und Zinsvorsorge.  
**www.ak-finanz.de** **Tel. 0800/1000 500**



# Den „Diplom-Ingenieur“ erhalten!

TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Presse & Kommunikation  
Arcisstr. 19, 80333 München  
Tel. +49 89 289 227 78  
Fax +49 89 289 233 88  
E-Mail: presse@tum.de

## Pressemitteilung

München, den 30. Dezember 2004

TUM-Präsident Herrmann will die Abschaffung eines deutschen Markenzeichens verhindern: „Der deutsche Diplom-Ingenieur hat Weltstandards gesetzt!“ Master-Absolventen der Ingenieurwissenschaften sollen „Dipl.-Ing.“ heißen – Deutscher Weg durch über 100 Jahre Ingenieurleistungen gerechtfertigt.

Der Präsident der Technischen Universität München (TUM), Prof. Wolfgang A. Herrmann, wendet sich vehement gegen die Abschaffung des akademischen Titels „Diplom-Ingenieur“. In der Umsetzung des sog. Bologna-Prozesses wird an den Hochschulen die zweistufige Ausbildung eingeführt, die nach sechs bis acht Semestern zum „Bachelor“, nach weiteren zwei bis vier Semestern zum „Master“ führt. Damit soll

der „Diplom-Ingenieur“ als Abschlussstitel des akademischen Vollstudiums entfallen.

Herrmann ist entschlossen, „diesen Schildbürgerstreich einer unbeherzten Politik“ zu verhindern: „Der Diplom-Ingenieur ist in aller Welt ein hochgeschätztes deutsches Markenzeichen. Kein Unternehmen würde daran denken, seine bewährte Marke aufzugeben, nur weil es eine neue Produktserie auflegt.“ Das aber erwartet die Kultusminister-Konferenz, wenn nun die Bachelor- und Master-Studiengänge mit den neuen Titeln abschließen. „Bachelors und Masters gibt es rund um den Globus in massenhafter Vielfalt, den deutschen Diplom-Ingenieur gibt es nur einmal – verbunden mit dem weltweit geachteten Qualitätsstandard deutscher Inge-

nieursausbildung.“ Es sei töricht, diesen Wettbewerbsvorteil künftig nicht mehr auszuspielen, gerade im Zeitalter der rasanten Globalisierung.

TUM-Präsident Herrmann fordert deshalb, dass die künftigen Master-Absolventen der forschungsorientierten Ingenieurwissenschaften den Titel „Diplom-Ingenieur“ führen. Die Bologna-Erklärung von 1999 eröffne den Mitgliedsstaaten ausdrücklich die Möglichkeit, kulturelle Besonderheiten bei der Schaffung des gemeinsamen europäischen Hochschulraums geltend zu machen. „Dies trifft auf den Diplom-Ingenieur exakt zu“, so Herrmann, „und steht auch nicht im Widerspruch zum zweistufigen, modular aufgebauten Universitätsstudium.“

Der akademische Abschlussgrad „Dipl.-Ing.“ wurde erstmals im Jahre 1899 durch Erlass von Kaiser Wilhelm II. den Technischen Hochschulen zuerkannt. Das Promotionsrecht zum „Dr.-Ing.“ folgte kurz darauf 1901. An den Universitäten sind zur Zeit circa 128.000 Studierende der Ingenieurwissenschaften eingeschrieben, jährlich schließen ca. 12.000 Absolventen das Ingenieurstudium erfolgreich ab.



Professor Dr. Günter Püttner

Prof. Dr. Günter Püttner

## Bundesverfassungsgericht zur Wissenschaftsfreiheit

Das höchste deutsche Gericht hat sich in der Entscheidung vom 26. Oktober 2004 zum neuen brandenburgischen Hochschulgesetz zur Wissenschaftsfreiheit geäußert. „Verfassungsgericht stärkt Wissenschaftsfreiheit“ titelte die FAZ, aber wenn man näher hinschaut, sieht es so rosig nicht aus.

Das Land Brandenburg hatte – wie andere Länder auch – die Hochschulen in ihrer Leitungsstruktur „modernisieren“, insbesondere die Entscheidungsbefugnisse der monokratischen Leitungsorga-

nen erheblich ausweiten wollen. In diesem Sinne erging am 20. Mai 1999 ein entsprechendes neues Hochschulgesetz. Dagegen haben mehrere betroffene Professoren und zwei Fakultäten, Anhänger der traditionellen, durch Kollegialorgane geprägten Universitätsverfassung, das Bundesverfassungsgericht angerufen, ohne Erfolg.

Erfreulich ist zwar, daß sich das Gericht zur Wissenschaftsfreiheit bekannt hat und die Verfassungsbeschwerden sowohl mehrerer Professoren als auch zweier

Fakultäten ohne Bedenken für zulässig erachtet hat (für Fakultäten war das nicht immer selbstverständlich). Zu begrüßen ist auch, daß nach Auffassung des Gerichts das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) nicht nur gegen direkte Eingriffe, sondern auch gegen Organisationsnormen oder -maßnahmen Schutz gewährt, nämlich Schutz gegen die „durch eine wissenschaftsinadäquate Organisation bewirkte Grundrechtsgefährdung“. Das liest sich gut, aber leider zieht das Gericht nicht die adäquaten Konsequenzen.

Der eigentliche Begründungstext beginnt mit einer Würdigung der Wissenschaftsfreiheit als einer grundlegenden Wertentscheidung im Staat. Der Staat müsse für „funktionsfähige Institutionen eines freien Wissenschaftsbetriebs sorgen“ und sicherstellen, daß die freie wissenschaftliche Betätigung unangetastet bleibt. Allerdings gelte das nur mit der Einschränkung, soweit dies „unter Berücksichtigung der anderen legitimen Aufgaben der Wissenschaftseinrichtungen und der Grundrechte der verschiedenen Beteiligten möglich ist“. Mit dieser Relativierung waren die Weichen für den Mißerfolg der Beschwerden gestellt.

Zunächst allerdings liefert die Entscheidung weitere wohlklingende Ausführungen zur Wissenschaftsfreiheit. Dem einzelnen Wissenschaftler komme ein Recht auf Schutz seines „grundrechtlich gesicherten Freiheitsraumes“ zu (aber eben nur mit der genannten Einschränkung). Wissenschaft sei ein „grundsätzlich von Fremdbestimmung freier Bereich autonomer Verantwortung“, frei von „gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen“. Im Kern gehe es um die „Suche nach Erkenntnissen, ihre Deutung und Weitergabe“. In diesem Sinne sei der Staat zu „Schutz und Förderung“ der Wissenschaft verpflichtet. Deshalb gewähre Art. 5 Abs. 3 GG den „in der Wissenschaft Tätigen Teilhabe an öf-

fentlichen Ressourcen und an der Organisation des Wissenschaftsbetriebes“. Diese Position dürfe durch die Regelung der Wissenschaftsorganisation nicht gefährdet werden.

Diese im Grundsatz erfreulichen Passagen standen größtenteils schon im Urteil zur Gruppenuniversität von 1973 (BVerfGE 35, S. 79 ff.). Damals hat das Gericht Konsequenzen gezogen und z. B. verlangt, daß bei Entscheidungen bezüglich Forschung und Lehre die Professoren die Mehrheit haben müßten; gegenteilige Vorschriften wurden für nichtig erklärt. Diesmal sind die Beschwerdeführer auf der ganzen Linie gescheitert, keine Vorschrift wurde beanstandet. Die Fakultäten und Professoren hatten sich insbesondere gegen die im Gesetz vorgesehene Stärkung der Leitungsbefugnisse des Präsidenten unter Schwächung der Kollegialorgane und gegen die ihrer Auffassung nach freiheitsgefährdende Evaluierung der Wissenschaftler sowie gegen die Art der Mittelverteilung gewandt. Dem ist das Gericht nicht gefolgt: Es gebe keinen Vorrang der Kollegialorgane gegenüber monokratischen Leitungsorganen. Die Aufsichts- und Informationsrechte der Kollegialorgane reichten aus, um die Wissenschaftsfreiheit der Professoren zu wahren (z. B. bei der Erteilung von Lehrbefugnissen durch die Hochschulleitung oder von Lehraufträgen durch die Fachbereichsleitung). Auch die Befugnis der Leitungsorgane zur Evaluation von Forschung und Lehre sei mit Art. 5 Abs. 3 GG vereinbar, obwohl sie Gefahren für die Wissenschaftsfreiheit in sich berge. Wissenschaftliche Qualität sei schon immer, z. B. in Berufungsverfahren und bei der Vergabe von Drittmitteln, bewertet worden. Allerdings müßten Vertreter der Wissenschaft bei der Festlegung der Bewertungskriterien angemessen beteiligt werden (was in Brandenburg der Fall sei), und es dürfe nicht ein Kriterium allein (z. B. die Einwerbung von Drittmitteln) maßgebend sein. Die Kriterien

dürfen inneruniversitär erarbeitet werden, aber wenn es Fehlentwicklungen gebe, müsse der Gesetzgeber nachbessern. Auch die Regelungen bezüglich des Hochschulrates seien nicht zu beanstanden. Vom Erfordernis eines maßgebenden Einflusses der Professoren ist, anders als 1973, nicht mehr die Rede.

Fragt man nach den Gründen für diese Niederlage, so lassen sich deren zwei ausmachen. Erstens zögern Verfassungsgerichte bei der bloßen Möglichkeit, daß ein Recht (hier die Wissenschaftsfreiheit) verletzt werden könnte, mit einem Verdikt. Und in der Tat: Wenn die Leitungsorgane, die nun entscheidungsbefugt sind, regelmäßig wissenschaftsfreundlich handeln, kommt es nicht zu Rechtsverletzungen; aber wer will voraussehen, wie sich die Dinge entwickeln? Der zweite Grund betrifft das Umfeld, die „Großwetterlage“. Damals, bei Einführung der Gruppenuniversität, waren sich alle Nicht-Linken einig, daß der Mitbestimmung vor allem der Studenten Grenzen gesetzt werden mußten. Heute gibt es so eindeutige Fronten nicht. Politiker und auch viele Wissenschaftler in allen Bundesländern setzen auf die neuen, von den USA beeinflussten Leitungsstrukturen. Eine geschlossene Abwehrfront dagegen gibt es nicht, und wer Bedenken aufwirft, kommt leicht in den Geruch, rückständig zu sein. So wird der Weg der Universitäten in ein straffes Leitungssystem kaum aufzuhalten sein, und wieviel auf Dauer von der Wissenschaftsfreiheit übrig bleiben wird, ist mehr als ungewiß.

Es steht kaum zu erwarten, daß das Gericht auf Beschwerden aus anderen Bundesländern noch Korrekturen anbringen wird.

Hinweis: Weitere Einzelheiten bringt der Bericht von Birgit Ufermann in *Forschung & Lehre* 2005, Heft 1, S. 36.

*Professor Dr. Günter Püttner ist Verfassungsrechtler und Schatzmeister des BFW*

**Auf's „der“ kommt's an! Unsere Website hat die neue Adresse  
<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>**

# Botschaften vom Alter

## Ein Bericht vom Forum Köln der Hanns-Martin-Schleyer- und der Gerhard-und-Lore-Kienbaum-Stiftung

Ausgerichtet von der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung und der Gerhard-und-Lore-Kienbaum-Stiftung fand in Zusammenarbeit mit der Universität Köln in der Flora zu Köln am 13. Oktober 2004 das erste Köln Forum statt. Es hatte den Titel: „Demographischer Wandel als Innovationsquelle für Wirtschaft und Gesellschaft“.

Es lohnt sich, auch unter den Aspekten der Wissenschaftspolitik diesem Thema Beachtung zu schenken. Denn angesichts des demographischen Wandels zeichnet sich ein neuer Umgang von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Alter ab.

Den Einstieg in das Thema übernahm der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, **Peer Steinbrück**. Vier Faktoren spielen nach seinen Aussagen die Hauptrolle bei der Sicherung des Wohlstands: Neben der Wachstumsdynamik (zur Zeit unterdurchschnittlich), der Rolle des Staates (mit der Problematik des Verschuldenstempo) und der Globalisierung (mit der Auflösung der Raum- und Zeitgrenzen) sei die Demographie eine der vier „Schlüsseltendenzen“, die uns zwingen, „ganz neu darüber nachzudenken, wie „der Wohlstand und die im internationalen Vergleich nach wie vor bemerkenswerte soziale Absicherung aufrechterhalten werden können“.

Angesichts des Tagungsthemas wolle er sich in seinen Ausführungen vor allem dem ersten Punkt widmen:

Der demographische Wandel soll und kann mit Wachstum und Wohlstand einhergehen.

„Wir werden weniger, älter, bunter.“ Statt wie jetzt um die 18 Millionen werden im Jahre 2040 nur noch 16,9 Millionen Menschen in NRW leben. Es wird erhebliche Änderungen in der Alterspyramide und in den *Regionen des Landes* geben. – Dramatisch werde sich das Verhältnis von Beitragszahlern in die Sozialkassen und Leistungsempfängern verschlechtern (von 3,5:1 jetzt auf 2,9:1 in den nächsten 20 bis 25 Jahren). Man sollte und dürfe aber der alternden Gesellschaft die Innovationsfähigkeit nicht absprechen. „Zukunft

erkennt man nicht, Zukunft schafft man.“

Die Entscheidungen fallen in den Städten, in denen 12 Millionen Menschen in NRW leben, so daß man von einer Metropolregion sprechen kann, die „in einer Liga“ spiele mit Greater London, dem Großraum Los Angeles, dem Großraum Osaka-Kyoto-Kobe. Er betonte auch die kulturelle Vielfalt Nordrhein-Westfalens. „Aus face-to-face-Kontakten entstehen kreative Milieus.“ Ohne das Qualitätsthema ansprechen zu wollen, meinte Steinbrück, NRW habe die dichteste Hochschullandschaft Europas.



Steinbrück: „Defizite sind Innovationsquellen“

So positiv dies sei, so dürfe nicht übersehen werden, daß es auch eine soziale Brennpunktproblematik gebe: einer Homogenisierung von Stadtvierteln müsse entgegengewirkt werden, damit demokratische Substanz und Toleranzbereitschaft nicht bröckelten.

Der Ministerpräsident benannte als zwei gängige Vorurteile gegenüber der älteren Generation:

Innovation sei nicht die Stärke der älteren Generation, die Alten hätten ein konservatives Konsumverhalten. Er meinte dazu: „Die anderen Älteren werden anders sein“, und im übrigen seien die Vorurteile nicht belegt.

Die kommenden Probleme der alternenden Gesellschaft faßte der Minister-

präsident unter die griffige Parole: „Defizite bedeuten Innovationsquellen.“ In diesem Zusammenhang nannte er als Branchen mit guten Zukunftschancen die *Gesundheitswirtschaft* („größte Branche“), die *Medienwirtschaft* und die *Stadterneuerungspolitik*.

Das Ruhrgebiet sei deutschlandweit der demographischen Entwicklung um einige Jahre voraus. Das gebe NRW eine Frühstarterchance.<sup>1</sup> Nötig seien zur Bewältigung des demographischen Wandels auch eine gute Erziehung mit Verwirklichung eines Wertekanons, Verzahnung von Beruf und Familie sowie Weiterbildung.

In dieser Richtung machte er auf bereits erfolgte bzw. beschlossenen Neuerungen in Nordrhein-Westfalen aufmerksam:

- Das Abitur nach zwölf Jahren
- Die Einführung der BA/MA – Studiengänge ( sie dürften aber keine „Dequalifizierung mit sich bringen“!)
- Ganztagsbetreuung müsse ernst genommen werden – die Berufswünsche der Frauen müssen ernst genommen werden; der demographische Trend werde sich fortsetzen
- Offene Ganztagschulen seien eine wichtige Antwort (Erfahrung im Ausland zeige, die Geburtenrate steige.)
- Vermehrung der qualifizierten Kräfte aus dem Ausland (bei der Einwanderung gehe es besonders um die sprachliche Förderung der Migrantenkinder)
- Mehr Anreize für gesellschaftliche Produktivität im Alter
- viel weniger Frühverrentung (was auch als Appell an die Wirtschaft zu verstehen sei)
- Lebenslanges Lernen müsse betriebliche Realität werden
- Rahmenbedingungen für junge Wissenschaftler müssen verbessert werden (statt *brain drain* *brain gain*!)

Gegen Ende des Vortrags meinte Steinbrück, das Geld für diese Um- oder Neuorientierung müsse durch den Abbau von Subventionen gewonnen wer-

den. Aber auch das Verständnis vom Staat müsse sich ändern: vom „Vater“ Staat zum „Partner“ Staat.

In einem Schlußappell wandte der Ministerpräsident sich an Eliten und journalistische Meinungsmacher: Der demographische Wandel sei ein „Reformbeschleuniger“, er erhöhe den Druck im „Reformkessel“. Alle Eliten hätten die Verpflichtung, sich den Herausforderungen zu stellen. Es gebe auch eine „Kultur des Jammerns“ in den Medien. Hier erbitte er sich mehr *Standpunkt* und *Standfestigkeit*.

In Hauptvortrag der Tagung ging der Altersforscher, **Professor Dr. Baltes** vom Max-Planck-Institut, auf die Rede des Ministerpräsidenten ein und meinte, die Wissenschaft habe den Ministerpräsidenten eingeholt (was soviel heiÙe wie: Längst bekannte Wahrheiten seien also endlich in der Politik angekommen). Der Ministerpräsident habe, was das Innovationspotential angehe, recht für das „junge Alter“ (womit man die Gruppe von Menschen zwischen 60 und 80 bis 85 Jahren meint). „Es ist das junge Alter, wo die Chancen für gesellschaftliche Reformen am größten sind. Beim jungen Alter gibt es Potentiale, die zu heben es sich wirklich lohnt“. Im übrigen habe das Alter nicht ein Gesicht, sondern viele. „Alter ist nicht Alter. Die Variationsbreite unter Gleichaltrigen ist enorm“. „Das *wahrgenommene* Alter der etwa Fünfundsechzigjährigen reicht von fünfzig bis achtzig“ Es erweise sich: „Je älter die Bevölkerung, um so weniger tragfähig sind altersbezogene Regeln“. Alterspolitik müsse also variabel und differenziert sein: „Altershomogene Politik ist zum Scheitern verurteilt.“

Baltes ging in differenzierter Form auf die Fähigkeiten der Älteren ein, die bei den gesellschaftlichen Reformen zugrunde gelegt werden könnten.

Zwar sei der Verlust im mechanischen (Neu-)Lernen erheblich, jedoch könne man die Wissensbestände pflegen. Eini- ges sei aber klar: Bei Altenarbeit kann

- körperliche Kraft nicht zentral sein,
- bedürfe es eines größeren Energieaufwandes an Zeit
- und eines Einsatzes im Dienstleistungssektor.

Es muss im Alter neue Arbeitsplätze geben.



**Baltes: Das Alter hat viele Gesichter**

Zu einer gesamtgesellschaftlichen Reform müsse es dadurch kommen, daß der „Lebensstau“ beim Berufseinstieg (d. h. Lernen und endgültige berufliche Konsolidierung) aufgelöst würde. „Es geht vor allem um das Prinzip, aus einer alterssequenzierenden Gesellschaft – zuerst Bildung, dann Arbeit, dann Familie, dann der immer länger werdende Ruhestand – eine parallelisierende Gesellschaft entstehen zu lassen.“ „Lebenslange Entwicklung braucht ein Neben-, Durch- und Miteinander der verschiedenen Lebenssektoren, mit einem hohen Grad an Variabilität und Durchlässigkeit“.

In der Diskussion sprach Baltes folgerichtig gegen eine Homogenisierung der alten Menschen. Im Gegenteil: Variabilität sei ganz zentral. Die Potentiale der alten Menschen seien unterschiedlich. Nur die Vorhersehbarkeit der Möglichkeit dieses Einsatzes sei schwierig und so gut wie nicht gegeben.

Im Jahre 2050 sei das Verhältnis von „Arbeitern“ zu „Ruheständlern“ 2:1. Das sehe in anderen Teilen der Welt ganz anders aus. (Womit er einen Aspekt ansprach, der zu Reformen geradezu zu zwingen scheint.)

Baltes plädierte für Bildungszentren bei den Unternehmen. Vor allem betonte er die Verpflichtung des Privatsektors zu Investitionen in den Bildungssektor. Es sei eine totale Transformation der Hochschulen nötig. Man sollte alle Altersgruppen auf dem Campus haben: „Es wäre eine Fehlplanung, sähe die Universität so aus wie eine deutsche Universität von heute, wäre also die ausbildungsintensive Phase auf das junge Erwachsenenalter beschränkt“. Der

frühe Ausstieg älterer Menschen aus dem Berufsleben habe als wesentlichen Grund, „daß es keine Kultur der Arbeit im Alter gibt und daß es nicht gelungen ist, die Arbeit auf das Altwerden abzustimmen“: „Was wir von älteren Menschen verlangen, steht oft im krassen Widerspruch zu dem, was sie möchten und können.“

Baltes führte auf eine entsprechende Frage aus, daß alte Menschen auch gemeinwohlorientiert arbeiten könnten: „Das junge Alter kann aktiviert werden.“ In einer Nebenbemerkung führt er zum hohen Alter der etwa 90jährigen aus, daß die Befunde (Altersdemenz) nur den Schluß zuließen, dass die Schwäche zu groß wird: „Das Lernpotential älterer Menschen ist weg!“

Baltes plädiert für die lebenslang lernende Persönlichkeit. Schon in der frühen Erziehung und in der Schule gehe es um Persönlichkeitsformung: „weniger Wissen – mehr Persönlichkeit formen!“ ist sein Schlußappell.

Der Rektor der Universität Köln, **Professor Dr. Tassilo Küpper**, hatte in einem Kurzreferat schon eingangs der Tagung bei der Begrüßung der Gäste hervorgehoben, daß die demographische Entwicklung auch für die Hochschule ein herausragender Faktor sei. In fünf Punkten skizzierte er, wie die Potentiale der Älteren verstärkte Aufmerksamkeit finden würden, nämlich:

- durch Integration ins Studium
- als eigener Studiengegenstand
- bezüglich verstärkter Nachfrage nach *Fort- und Weiterbildung*
- durch Studium älterer Menschen
- bei Modellen für Weiterarbeit älterer Wissenschaftler

Herr Kienbaum, der Sohn des Stiftungsgründerehepaares Gerhard und Lore Kienbaum, meinte, der Veränderungsdruck könne neue Kreativität freisetzen. Seiner Meinung nach seien die Jungen das Thema des demographischen Wandels; denn qualifizierter Nachwuchs sei Grundlage von Unternehmensprospérité. ▶

Schnell informiert:  
[www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)

In der Tat, überblickt man Reden und Diskussionen zum Tagungsthema, so steht zwar die Frage eines gelingenden Alters im Mittelpunkt. Zwar hat schon der demographische Wandel begonnen, aber die Wandlung geschieht allmählich, und die veränderten Alten, das muß die Generation der heute 30jährigen und Jüngeren werden. Insofern es darum gehen muß, Alter neu zu denken, ist aber jeder betroffen, der heute lebt, nicht nur die Generation der Kinderlosen.

Das Fazit aus der Tagung heißt: Bildung und Erziehung umstellen. Unternehmen umstellen. Alte länger im Bildungs- und Produktionsprozeß halten. Die Potentia-

le des Alters entdecken und heben. So müßte sich das Leben zu einem generationenumgreifenden Prosperitätspakt neu gestalten lassen.

Das klingt schön, aber ist es nicht eine latente Ausbeutung des „jungen Alters“? Eine Betrachtung des demographischen Wandels unter ökonomischen Aspekten allein greift zu kurz. Die Theorie sollte jedenfalls zwischen Austritt aus dem Produktionsprozeß und dem Eintritt der Altersdemenz jedem Menschen eine Phase selbstbestimmten Lebens freihalten. Das ist die Phase, die man heute mit „Ruhestand“ bezeichnet.

Winfried Holzapfel

Seit Mitte des Monats März 2005 ist über die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung in Köln eine Broschüre zur Tagung erhältlich, die sämtliche Vorträge, u. a. von Jochmann, Hüther und Rosendahl, enthält.

<sup>1</sup> „Wir müssen weg von den alten starr gegeneinander abgegrenzten Lebensphasen: Erst Bildung, dann Karriere, dann Familie und dann ein immer längerer Ruhestand, in dem man nicht weiß, was man machen soll. Der Schlüssel liegt daher in besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in berufsbegleitender Fort- und Weiterbildung bis ins hohe Alter, sofern das gewünscht wird. Wenn jüngere Jahrgänge in Zukunft weniger werden, müssen ältere länger jung und innovativ bleiben“.

## Kyoto – Klimaprognosen

### Aussagekraft der Modelle und Handlungsstrategien

#### Gemeinsame Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft und der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 18. bis 20. Februar 2005 in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach

Am 16. Februar 2005 ist die in Kyoto 1997 vereinbarte Klimaschutzordnung in Kraft getreten, das sogenannte Kyoto-Protokoll.

Dieses Abkommen wurde bindend, als mindestens 55 Prozent aller Kyoto-Beteiligten, die mindestens 55 Prozent der Gesamtemissionen von 1990 abdecken, diese Vereinbarung ratifiziert hatten. Beide Bedingungen wurden erst 2004 mit dem Beitritt Rußlands erfüllt. 141 Teilnehmerländer verpflichten sich, ihren Kohlendioxidausstoß bis spätestens 2012 auf ein Niveau zu reduzieren, das um 5,2% Prozent unter dem von 1990 liegt.

Um das Ziel zu erreichen, haben die Länder neben der Reduzierung ihrer eigenen Emissionen weitere Möglichkeiten: Sie können weltweit mit Emissionsrechten handeln, umweltfreundliche Technologien entwickeln und weitergeben oder geeignete Maßnahmen in Entwicklungsländern umsetzen.

Das Kyoto-Protokoll ist umstritten. Einerseits gibt es die unbedingten Befürworter des Klimaschutzabkommens, die durch das IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) repräsentiert werden, die den Klimawandel für einen vom Menschen gemachten halten und entsprechend davon ausgehen, daß eine Verände-



*BFW-Vorsitzender Dr. Hans Joachim Geisler mit den Tagungsleitern Wolfgang Müller und Frau Dr. Brigitte Pötter*

rung des menschlichen Handelns die Klimaveränderungen mit den befürchteten katastrophalen Folgen aufhalten kann.

Von anderen wird jedoch der menschliche Einfluß für unbedeutend gehalten oder sogar vollständig geleugnet. Sie vertreten die Ansicht, daß ganz andere, natürliche Ursachen wie z. B. die sich verändernden Sonnenaktivitäten, verantwortlich für einen wie auch immer gearteten Wandel unseres Klimas sind.

Die Medien neigen dazu, beide Seiten umsatzfördernd zu vermarkten, auch die Politik scheint sich die weit verbreitete Panikstimmung zunutze zu machen.

Der interessierte Laie hat es schwer, aus der Vielzahl der veröffentlichten Mei-

nungen und Glaubensrichtungen sein eigenes Urteil zu bilden. Die Nachrichten sind oft verwirrend und widersprüchlich.

Die vom Bund Freiheit der Wissenschaft und der Friedrich-Naumann-Stiftung veranstaltete Tagung hatte das Ziel, Experten zu Wort kommen zu lassen, die durch eine auch für Laien verständliche Erklärung ihrer Forschungsergebnisse zur Versachlichung der Diskussion beitragen sollten. Kontroversen in diesem durchaus komplexen Bereich sollten erkenntnisfördernd ausgetragen werden können.

Hier wird zunächst über sechs der Vorträge berichtet.

## Umweltpolitik neu denken!

Michael Miersch, Publizist, München

Einführend plädierte der Publizist Michael Miersch für eine Korrektur der landläufigen Irrtümer und ein Zurückweisen „ideologischer Glaubenssätze, die völlig kritiklos dargestellt werden“. Er prangerte „falsche Prognosen (*Energie wird immer knapper*)“ oder auch „bewußte Irreführungen“ wie z.B. die Verbreitung einer falschen Zahl von

Tschernobyl-Opfern an. Er sprach von „unbewiesenen und oft zweifelhaften wissenschaftlichen Annahmen, die als unwiderlegbare Tatsache verbreitet werden“ und legte dar, daß oft das Gegenteil des moralisch begründeten Handelns zum angestrebten Ziel führt: Handel mit Tropenholz schützt den Regenwald, weil mit Holz Geld zu ver-

dienen ist. Gibt es diese Möglichkeit nicht, wird hemmungsloser gerodet, um u. U. durch den Anbau landwirtschaftlicher Güter doch noch etwas verdienen zu können.

Die ökologischen Herausforderungen stellt er jedoch keineswegs in Frage, er forderte auch nicht, nichts mehr zu tun, sondern das Richtige, befreit vom Ballast des Halbwissens, des moralischen Anspruchs, des Gutmenschentums, der Ideologie.

## Die schweigende Stimme der Wissenschaft – Ergebnisse von Umfragen unter Klimaforschern

Professor Dr. Dennis Bray – Institut für Küstenforschung, GKSS Forschungszentrum, Geesthacht

Eine Umfrage unter Klimaforschern, durchgeführt 1996 und wiederholt 2003, offenbarte, daß die Zuverlässigkeit der verschiedenen Klimamodelle kritisch beurteilt wird, wenn auch unterschieden wird zwischen Ozean- oder Atmosphärenmodellen. „Das Zutrauen in Klimamodelle ist besonders ausgeprägt im Hinblick auf die Hydrodynamik ozeanischer und atmosphärischer Modelle und relativ gering im Hinblick auf Detailprozesse wie Niederschlag oder ozeanische Konvektion und

Meereis. Den Modellen wird um so mehr Vertrauen entgegengebracht, je kürzer die betrachteten Zeitskalen sind.“

Die Überzeugung, daß der Klimawandel auf anthropogenen Einfluß zurückzuführen ist, scheint in den vergangenen Jahren gewachsen zu sein, auch der Glaube daran, daß die Menschheit durch Einhaltung der in Kyoto beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen eine weitere Beschleunigung verhindern kann, obwohl immerhin 25 Prozent der Befragten

noch Zweifel am menschlichen Einfluß auf die Klimaveränderungen haben. Die faktische Beweislage scheint sich nicht geändert zu haben, doch akzeptiert die Mehrheit der Wissenschaftler die Theorie vom anthropogenen Treibhauseffekt und fordert trotz vorhandener Zweifel ein Gegensteuern. Professor Bray wies in seinem Vortrag darauf hin, daß die von den Medien verbreitete Panikmache eine Gefühlssache ist und nicht im Sinne der Mehrheit der Klimaforscher.

## Die Nachhaltigkeit der Klimaforschung

Professor Dr. Hans von Storch – Institut für Küstenforschung, GKSS Forschungszentrum, Geesthacht

„Ist das Hochwasser an der Elbe, der Hurrikan in Florida, der diesjährige milde Winter nun der Beweis für die Klimakatastrophe?“ Antwort: „Das ist wissenschaftlich nicht erwiesen. Aber manche sehen das so.“ Keiner dieser Sätze ist falsch. Zusammengeführt aber legen sie den Schluss nahe: Natürlich sind die Wetterereignisse der Beweis. Nur wagt man nicht, dies auch explizit so zu sagen.“ So zitierte Professor Hans von Storch aus seinen im „Spiegel“ [4/2005] am 24. Januar 2005 erschienenen Artikel „Klima inszenierter Angst“, und weiter: „Das Muster ist stets dasselbe: Die Bedeutung einzelner Ereignisse wird mediengerecht aufbereitet und geschickt dramatisiert; beim Zitieren von Zukunftsperspektiven wird unter allen möglichen Szenarien stets dasjenige mit den stärksten Zuwachs-

raten an emittierten Treibhausgasen – und folglich mit den drastischsten Klimafolgen – ausgewählt; ebenso plausible Varianten mit deutlich geringeren Emissionszuwachsen bleiben unerwähnt. Wem nützt das? Man unterstellt, daß Angst bewegt, vergißt aber, daß sie immer nur kurzfristig mobilisiert. Klimaveränderungen erfordern jedoch langfristige Reaktionen.“ Es wäre für von extremen Wetterereignissen betroffene Regionen gegenwärtig hilfreicher, einen Teil des Geldes für sofortige Schutzmaßnahmen auszugeben.

Er verwies auf eine Untersuchung des Bundesbildungsministeriums, die bestehende Differenzen in der wissenschaftlichen Beurteilung zwischen Klimaforschern aufdecken sollte. Ergebnis: die Differenzen sind minimal. Professor

von Storch ist wie die Mehrheit der Forscher der Überzeugung, daß die auf seine Berechnungen zurückgehende notwendige Korrektur der berühmten Hockey-Schläger-Kurve – gemeint ist die Temperaturkurve der letzten Jahrtausende, die eine relativ gleichbleibende Temperatur mit einer gewissen Schwankungsbreite zeigt und dann mit Beginn der Industrialisierung einen steilen Anstieg in der Form eines liegenden Hockeyschlägers – in Bezug auf starke Temperaturschwankungen der Vergangenheit nicht ihre Kernaussage widerlegt, nämlich die, daß wir es zur Zeit mit einer außergewöhnlichen globalen Erwärmung zu tun haben, die sich weiter verstärken wird, wenn für den Klimaschutz nicht Entscheidendes getan wird.

## Vergleich von Klimaarchiven der letzten Jahrtausende

Professor Dr. Augusto Mangini – Heidelberger Akademie der Wissenschaften

Professor Mangini relativierte diese Aussage jedoch wieder, indem er von seinen Forschungen an Stalagmiten in verschiedenen Höhlen der Welt berichtete. Die Stalagmiten sind natürliche „Klimaarchive“, denn anhand ihrer temperaturabhängigen Wachstumspha-

sen kann man bei gleichzeitiger Altersbestimmung der jeweils untersuchten Schicht verlässliche Rückschlüsse auf die Sonneneinstrahlung, die Temperatur und den korrespondierenden CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft ziehen. Bestätigt wird die Richtigkeit der Ergebnisse durch die

Wetteraufzeichnungen der Neuzeit. Auch er erhält eine steil ansteigende Temperaturkurve für die letzten Jahrzehnte. Vor ca. 1000 Jahren gab es jedoch schon einmal eine Warmphase, deren Temperaturen über unseren heutigen lagen.

## Klima und Wald – Perspektiven für die Zukunft

Professor Dr. Peter Fabian – Lehrstuhl für Ökoklimatologie, TU München

Was kann für den Klimaschutz getan werden? Eine mögliche Antwort gab Professor Peter Fabian. Sehr anschaulich belegte er die Reaktion der Pflanzen auf die globale Erwärmung, die sich in einer verlängerten Vegetationsperiode und einer deutlichen Zunahme des Baumwachstums in verschiedenen Regionen der Erde manifestiert. Zwar

spielt auch erhöhter Nitratreintrag regional eine Rolle, jedoch ist das verstärkte Wachstum emittentferner Wälder in Alaska, Kanada und Sibirien eindeutig eine Folge des globalen Erwärmungstrends. Pflanzen nutzen also die steigende Temperatur und das vermehrt entstehende CO<sub>2</sub>, um besser zu wachsen. Konsequenterweise ist Aufforstung und

Pflege des Waldes ein wirksames Mittel, um Kohlendioxid in den natürlichen Kreislauf zurückzuführen. Jedoch sind auch bei einer Ausweitung der Waldflächen die Kapazitäten begrenzt. Will man die Ziele des Kyoto-Abkommens erreichen, müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden.

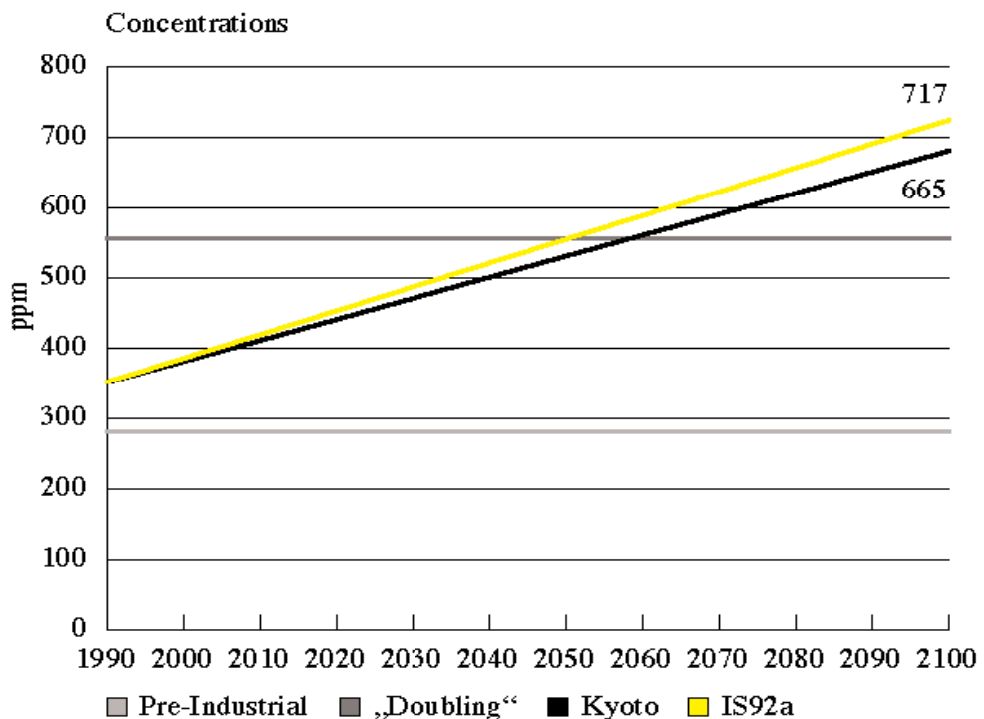
## Economics and Climate Change

Vortrag in englischer Sprache mit Übersetzung

PD Julian Morris – University of Buckingham, Großbritannien

Doch können die Volkswirtschaften die enormen Kosten, die mit der vom Kyoto-Protokoll geforderten Niveauabsenkung von Treibhausgasen verbunden sind, überhaupt schultern? Dazu sprach der Ökonom Professor Morris. Er veranschaulichte mit einer vom IPCC herausgegebenen Kurve, wie minimal der Effekt der Emissionsreduzierung bis 2100 ist.

Er plädierte dafür, in den nächsten Jahren zunächst eine Steigerung des Wohlstands in den unterentwickelten Ländern zu fördern, um dann von einem wirtschaftlich höheren Niveau und einer bis dahin verbesserten Umwelttechnik die Emissionen weltweit wesentlich wirkungsvoller reduzieren zu können.



Auf der Tagung wurden weitere Vorträge gehalten. Professor Nico Stehr, Ph. D. F.R.S.C., Zeppelin University, Friedrichshafen, sprach über das Thema „Die gesellschaftliche Kontrolle neuer Erkenntnisse“. Zum Thema „Wie soll Umweltpolitik in Zukunft gestaltet werden?“ fand ein Gespräch nach einem Referat von Hans-Heinrich Sander, Umweltminister Niedersachsen, statt. „Zur Physik und Mathematik globaler Klimamodelle“ referierte Professor Dr. Gerhard Gerlich, Institut für Mathematische Physik, TU Braunschweig.

Hier nun eine vorläufige Beurteilung der Tagung aus der Sicht der Veranstalter, die persönliche Eindrücke aus der Vorbereitung und die vielfältigen Meinungen aus den Diskussionen und Gesprächen am Rande so weit wie möglich einschließt:

- In der Vergangenheit konnte auch beobachtet werden, daß Klimaforscher nicht widersprechen, wenn aufgrund ihrer fachlich richtigen, aber anscheinend verschieden interpretierbaren Formulierung eine Katastrophensituation verbreitet wird, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt.
- Ursachen und Wirkungen eines Klimawandels werden auch von den

Fachleuten noch nicht vollständig durchschaut. Langfristige Vorhersagen sind kaum möglich, weil vorhandene Klimamodelle nur auf der Grundlage der eingegebenen Daten rechnen können.

- Das IPCC scheint an der erwähnten Hockey-Schläger-Kurve in ihrer ursprünglichen Form festzuhalten und sich neuen Erkenntnissen zu verweigern, die an der Notwendigkeit der rigorosen Einhaltung des Klimaschutzabkommens Zweifel aufkommen lassen.
- Neben der „gemäßigten schweigenden Mehrheit“ der Klimaforscher gibt es zwei Fronten: einerseits das IPCC mit der angeblich gesicherten Mehrheitsmeinung und Katastrophen heraufbeschwörende Medien und andererseits diejenigen, die dem menschlichen Einfluß auf das Klima jegliche Bedeutung absprechen. Klimaforscher, die an diesen Positionen Zweifel äußern, geraten zwischen die Mühlsteine.
- Unter den sogenannten Klimaskeptikern gibt es Vertreter, die mit Suggestion und Polemik bis hin zur Beleidigung arbeiten. Sie erweisen damit

der Sache keinen Dienst, sondern bewirken das Gegenteil.

- Umweltschutzmaßnahmen wie z. B. Emissionsreduzierung, sparsamer Verbrauch der natürlichen Ressourcen, Energieeinsparung durch verbesserte Technologie usw. sind unter Beachtung ökonomischer Gesichtspunkte sinnvoll einzusetzen, sie sind jedoch bezogen auf das gesamte, auch aus natürlichen Kreisläufen stammende Emissionsvolumen wenig effektiv und zur Zeit noch teurer als gezielte Bekämpfung unmittelbar entstehender Gefahren (s. o.).
- Jedem politischen Anspruch, der aus ideologischen Gründen den Klimaschutz dazu benutzt, ganz andere Ziele zu erreichen, muß entschieden entgegengewirkt werden. Klimawissenschaftler müssen sich – wie alle Wissenschaftler – ideologisch begründeter Auftragsforschung widersetzen.
- Klimaforscher müssen Bürger und Entscheidungsträger sachlich und umfassend über das überaus komplexe Thema Klima und Klimaschutzmaßnahmen informieren, sie selbst sollten sich aus den politischen Entscheidungen jedoch heraushalten.

*Dr. Brigitte Pötter, Wolfgang Müller*

**Zu dieser Tagung erreichte uns der Brief eines Teilnehmers, der beispielhaft für eine Reihe ähnlicher Kommentare ist. Ministerialrat a. D. Holger Ellerbrock ist umwelt- und raumordnungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Düsseldorf Landtag.**

Sehr geehrte Frau Dr. Pötter,

herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Konzeption „Kyoto-Klimaprognosen-Aussagekraft der Modell und Handlungsstrategien“. Es war eine muntere Veranstaltung, auch wenn manch professoraler Diskussionsbeitrag divenhaft das Gesprächsklima belastete. ... aber so sind manche Professoren nun einmal! Gleichwohl hat die Diskussion ein breites Meinungsspektrum erfasst, wobei die tatsächlichen Unterschiede in den Überzeugungen wohl geringer sind als allgemein angenommen. Bei der Verabschiedung hatte ich Ihnen zugesagt, Ihnen meine Wahrnehmung der Ergebnisse, die sich nicht von der Ihren unterscheidet, mitzuteilen:

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse in Bezug auf den befürchteten Klimawandel stehen auf schwankendem Boden. Der menschlich bedingte Einfluss auf das Klima wird in der Wissenschaft unterschiedlich beurteilt.

Dabei ist unerheblich, dass behauptet wird, die Mehrheit der Wissenschaftler sehe den menschlich bedingten Einfluß gegenüber der natürlichen Variabilität der Klimaschwankungen als dominierend an. (Die Mehrheit der Wissenschaftler hat auch behauptet, die Erde sei eine Scheibe!)

Tatsache ist, dass sich die Erderwärmung in den letzten 100 Jahren beschleunigt hat. Die dem zugrunde liegenden Regelmechanismen sind weitestgehend unbekannt. Apokalyptische Meldungen zielen darauf ab, öffentliche Fördergelder zu erhalten. Mit der Angst der Menschen wird Politik gemacht.

„Kyoto“ – verbindliche vereinbarte Maßnahmen zur Emissionsminderung – gilt: Deshalb müssen auch wir handeln. Wenn aber die wissenschaftlichen Grundlagen über die Auswirkung des menschlichen Einflusses auf das Klima auf schwankendem Boden stehen, dann muss besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen insbesondere innerhalb Europas kommt.

Als Ergebnis der Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kooperation mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft (18. Februar bis 20. Februar 2005 in Gummersbach) ist festzuhalten:



1. Klimaänderungen gibt es seither, über die erdgeschichtliche Betrachtungszeit ist eine große Variabilität der Temperaturen festzustellen.
2. Im Zuge der Industrialisierung ist eine verstärkte Erwärmung der Erde festzustellen; wesentlich schneller als vorher; dies scheint nicht mehr innerhalb normaler Variabilität zu liegen.
3. Die Temperaturerhöhungen werden auch phänologisch (jahreszeitlicher Ablauf in der Pflanzen- und Tierwelt) seit ca. 1900 bestätigt.
4. Für die Erderwärmung gibt es keine Monokausalität.
5. Grundsätzlich unterschiedliche Beurteilungen hinsichtlich aktueller Bedeutung zwischen Geologen und Meteorologen aufgrund unterschiedlicher Betrachtungsansätze (Meteorologen relativ kurzfristig, Geologen sehr langfristig).  
Apokalyptische Szenarien und Meldungen beruhen zumindest auch auf finanziellen Überlegungen, wie mache ich Fördermittel verfügbar.
6. Die bisherigen Klima-„Modelle“ werden mit vielen Unwägbarkeiten gerechnet. Der Vertrauensbereich der Aussagen ist abhängig von der Genauigkeit von Eingabewerten. (Der Vertrauensbereich von Eingabedaten ist oft sehr begrenzt; bei einer Eingabe von Daten innerhalb der „Rechenschieber-Ungenauigkeit“ kommt es auf Plausibilitäten an! **Genauere Computerergebnisse spiegeln eine tatsächlich nicht vorhandene Exaktheit vor.**)
7. Wegen der in der Erdgeschichte laufenden (aber relativ langsamen) Änderung des Klimas ist auch eine Anpassung an diese Phänomene möglich.
8. Unstrittig ist die Notwendigkeit, z. B. wegen absehbarer Meeresspiegelerhöhungen (vor allem aufgrund der Ausdehnung des Wasserkörpers aufgrund von Temperaturerhöhungen, nicht wegen des Abschmelzens von Polkappen!) entweder mit Deichbaumaßnahmen oder aber mit Umsiedlungen vorbeugend zu reagieren (erfolgt z. B. in Bangladesch).
9. Aktuelle Extremereignisse wie „heißester Sommer“, „Jahrhundertflut“, steigende Sturmhäufigkeit usw. sind oftmals sachlich nicht begründet, aber bringen gute mediale Wirkung. Solche Ereignisse liegen zumeist innerhalb der normalen Variabilität und sind eben nicht als abschließend überzeugender Nachweis für Klimaänderungen zu betrachten.
10. Grundsätzlich gilt: Phänomene werden beobachtet, Regelkreisläufe sind weitestgehend unbekannt, die Klimamodelle bilden die Wirklichkeit nur unzureichend ab, es sind Szenarien aufgrund bestimmter Annahmen; Forschung bleibt notwendig.
11. Kyoto ist nicht hinreichend, um anthropogen bedingten Emissionen zu begegnen.  
(Kyoto bewirkt im Jahr 2030 ungefähre CO<sub>2</sub> Reduzierung von heute ca. <400 ppm auf ca. 625 ppm statt ca. 675 ppm CO<sub>2</sub> ohne Kyoto; hierzu gibt es unterschiedliche Darstellungen in unterschiedlichen Maßeinheiten, die Grundaussage ist jedoch gleich.)
12. Kyoto hat die Funktion: Der Weg ist das Ziel, wichtig für das Schärfen des Problembewusstseins.
13. Kyoto ist verbindlich für Europa aufgrund der Vertragsratifizierungen: Handeln ist also geboten.  
Dies gilt unabhängig davon, ob z. B. USA oder Australien das Protokoll nicht ratifizieren.
14. In dem vorgelagerten Protokoll von Rio von 1992 ist in Artikel 3 u. a. gefordert, dass die effizientesten Mittel eingesetzt werden sollen.
15. Wenn
  - die Bedeutung der anthropogen bedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bezug auf die klimarelevanten Regelkreisläufe ausgesprochen unterschiedlich beurteilt werden,
  - die Konferenz von Rio 1992 effizienten Mitteleinsatz fordert,
  - das Kyoto-Protokoll vor allem der Schärfung des Problembewusstseins dient,
 dann kommt einem auch (vor allem) wettbewerbsorientierten Ansatz für einen effizienten Mitteleinsatz zur Reduzierung klimarelevanter Spurengase besondere Bedeutung zu.
16. Bei der Beurteilung effizienter Mittel sind nicht nur die direkten Kosten, sondern auch die „verpaßten Chancen“ bei dem entsprechenden finanziellen Mitteleinsatz abzuwägen.
17. Nicht nur kostenträchtige und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen in den Industrieländern kommt Bedeutung zu, sondern vor o. a. Hintergrund gerade auch Maßnahmen
  - clean development mechanism (cda), d. h. Industriestaaten investieren in emissionsmindernde Maßnahmen in Entwicklungsländern und
  - joint implementation (JL), d. h. emissionsmindernde Maßnahmen werden innerhalb der Industriestaaten gutgeschrieben.
 Die von Julian Morris (GB) vertretene These, derzeit keine Maßnahmen zur Reduktion von klimarelevanten Spurengasen zu ergreifen, statt dessen Forschung und Technik zu deren Begrenzung voranzutreiben und den Entwicklungsstand von Schwellen- und Entwicklungsländern zu heben, damit in ca. 15 Jahren auf höherem Lebensstandard bei verbesserter Technik zu wesentlich geringeren Kosten wesentlich effizientere Reduktionsmaßnahmen durchgeführt werden können, mag zwar wissenschaftlich und tatsächlich gelten, ist aufgrund der vorgelagerten Verträge und der daraus bislang abgeleiteten Politiken kaum durchsetzbar.  
Deshalb gilt einem Ansatz unter Beachtung von Wettbewerbsneutralität besondere Bedeutung.
18. In der heutigen medienorientierten Darstellung gelten apokalyptische Meldungen als Voraussetzung für das Verfügbarmachen gerade öffentlicher Gelder. Dies wird von Seiten der Forschung und Politik geschickt genutzt.
19. Keine Politik mit der Angst der Menschen machen! Sachliche Aufklärung tut Not!  
D. h. das Bohren „dicker Bretter“. Wenn nicht wir, wer dann ...?

*Ich wünsche Ihnen bei der Fortführung Ihrer Gedankengänge viel Erfolg und verbleibe mit freundlichem Gruß  
Holger Ellerbrock, MdL*

Hartmut Schiedermaier

## Wissenschaft im Dienst der Menschenwürde

In den Monatsberichten der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der berühmten Leibniz'schen Gründung, erscheint im Jahr 1874 die Antrittsrede eines Mannes, der soeben zum Mitglied dieser – dem Sprachgebrauch der Zeit gemäß – ehrwürdigen Gelehrtenversammlung gewählt worden war. Der Name des neuen Mitglieds ist Werner von Siemens, damals noch schlicht Werner Siemens. Er ist, obwohl bereits von der Berliner Universität mit dem Ehrendoktor ausgezeichnet, nach seinem eigenen Bekunden als ein der Technik ergebener Unternehmer im Kreis der Gelehrten, denen, wie er sagt, die Wissenschaft „Lebensberuf“ ist, ein Neuling und Außenseiter. Dieses bemerkenswerte Beispiel eines gelungenen, im 19. Jahrhundert offenkundig noch unproblematischen Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist in vieler Hinsicht des Nachdenkens wert. Nur mit Erstaunen und Bewunderung nimmt der Leser der Antrittsrede zur Kenntnis, mit welcher Sensibilität und Klugheit sich Werner von Siemens, der Außenseiter, in der Welt der Wissenschaft bewegt.

Das neue Mitglied der Berliner Akademie weiß sehr wohl, daß die deutsche Wissenschaft, wie es in der Antrittsrede heißt, ihren weltweiten Ruf nur der „Gediegenheit ihrer Leistung, der Tiefe ihrer Forschungen“ und „ganz wesentlich der gründlichen und planmäßigen Vorbildung für den wissenschaftlichen Beruf“ verdankt. Die Qualität der in der Forschung erzielten Leistungen sowie die Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses begründen also das, was wir heute im modernen Trend sprachlicher Verschwommenheit als Internationalität bezeichnen. So hat denn bereits die Vorbereitung auf den wissenschaftlichen Beruf in der Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses für Werner von Siemens jene leidenschaftliche und selbstlose Hingabe an die Wissenschaft zu gewährleisten, die den Forscher nicht danach fragen läßt, „ob das Problem, dessen Lösung er unternehmen, ob die Untersuchung, der er sich hingeben will, ihm selbst oder anderen unmittelbaren Nutzen bringen wird“. Der Forscher empfängt seinen „Lohn“ vielmehr

in dem „Bewußtsein“, den „Wissensschatz der Menschheit“ vermehrt zu haben, und sein ganzer „Ehrgeiz“ ist, daß sein „Name mit der Auffindung einer neuen Wahrheit“ auf Dauer „verknüpft“ sein wird. Was an diesen Sätzen beeindruckt, ist das uneingeschränkte Bekenntnis zu jener Suche nach Wahrheit, zu jenem geistigen Unternehmertum, auf das der Wissenschaftler in der Tat angewiesen ist, wenn es darum geht, die in der Forschung gewonnenen Erkenntnisse in einer sich stets erneuernden Lehre an die nachwachsende Generation weiterzugeben und gleichzeitig die Allgemeinheit in den unmittelbaren Genuß dessen zu bringen, was wir den wissenschaftlichen Fortschritt nennen. Klingt aber nicht dieses Bekenntnis zumal aus dem Mund eines bis heute mit Recht hochgeachteten und berühmten Wirtschaftsunternehmers wie die Botschaft aus einer anderen, fernen, zumindest aber in ihrer Existenz bedrohten Welt?

Wer heute in der Universität mit der Wissenschaft umgeht, weiß nur allzu gut, wie berechtigt diese Frage ist. Der nun schon seit Jahren nur mit Sorge zu beobachtende Prozeß der vollständigen Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse schreitet auch in den Universitäten anscheinend unaufhaltsam fort. Vor allem die staatlichen Träger der Universitäten scheinen vergessen zu haben, daß sie, wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert, von Verfassungs wegen dazu verpflichtet sind, im Sinne des „Kulturstaats“ für die „Idee einer freien Wissenschaft“ und demgemäß „schützend und fördernd“ für deren Pflege einzustehen. Stattdessen werden die Universitäten dazu angehalten, sich endlich wie ein ordentlicher Wirtschaftsbetrieb den Gesetzmäßigkeiten des Marktes zu unterwerfen. Diese dringende, offenkundig aus der Finanznot der öffentlichen Kassen geborene Empfehlung verriät schon einiges Geschick, öffnet sie doch den staatlichen Trägern der Universität einen passablen Weg, um sich, ohne öffentlich Anstoß zu erregen, ihrer rechtlichen ebenso wie ihrer politischen Verantwortung für die Pflege der Wissenschaft in den Universitäten zu entziehen. Anstößig wird dieser Weg allerdings, wenn den Universitäten von ihren



*Professor Dr. Hartmut Schiedermaier ist Ehrenpräsident des Deutschen Hochschulverbandes*

Trägern die Erledigung immer neuer Aufgaben zugewiesen und gleichzeitig die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel schlicht entzogen werden. Allein der Satz „mehr Studierende an die Universitäten und weniger Professoren“ kennzeichnet, um nur eines von vielen Beispielen zu bemühen, den gegenwärtigen Stand der Hochschulpolitik und vor allem der Berliner Hochschulpolitik. Da kann auch nicht der beschwichtigend gemeinte Hinweis auf die Einwerbung von Drittmitteln oder aber die Aussicht auf die Erhebung von Studiengebühren beruhigen. Immerhin werden die Universitäten in der gegenwärtigen Diskussion um die Studiengebühren doch mit der geradezu skandalösen Praxis konfrontiert, daß ihnen Studiengebühren als Einnahmequellen zwar heißen, diese aber gleichzeitig zur Sanierung des notleidenden Staatshaushalts wieder eingezogen werden. Müssen sich die Universitäten die mit einem solchen Inkassoverfahren öffentlich zur Schau gestellte Geringschätzung ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen wirklich gefallen lassen? Eines steht auf jeden Fall fest: Diese Praxis hat weder mit den Gesetzmäßigkeiten des Marktes noch mit einem geordneten Wirtschaftsbetrieb irgend etwas zu tun.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Situation der Forschung in den Universitäten unter den gegebenen Umständen mehr denn je prekär geworden ist. So hat denn auch allein die fortschreitende Ausgliederung der Forschung aus der Universität inzwischen ein besorgniserregendes Maß angenommen. Erst vor wenigen Tagen hat es der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft als eine „Katastrophe“ bezeichnet, daß die Ströme der ohnehin knapp gewordenen staatlichen Forschungsmittel immer stärker in die außeruniversitäre Forschung gelenkt werden, während sich die Universitäten in der Bewältigung der Ausbildungslasten zunehmend zu reinen Lehranstalten entwickeln sollen. Nicht von ungefähr erfährt gerade zur Zeit die alte, längst für überholt gehaltene Diskussion über den reinen Lehrprofessor wieder eine bemerkenswerte Neubelebung. Auch sieht die Praxis der staatlichen Forschungsförderung immer häufiger so aus, daß finanzielle Zuwendungen nur noch projektbezogen erfolgen oder unter dem Hinweis auf den Markt der Drittmittel einfach vorenthalten werden. In beiden Fällen aber droht die Gefahr einer Fremdsteuerung, die Forschung, zumal wenn es um die Grundfragen ohne einen unmittelbaren Anwendungsbezug geht, nicht eben fördert.

Allein diese wenigen Beispiele genügen, um zu belegen, daß die Universitäten unter dem Diktat ihrer fortschreitenden Ökonomisierung Veränderungen hinzunehmen haben, die nicht nur sie selbst, sondern auch und vor allem diejenigen etwas angeht, die sich in der Universität der Wissenschaft von Berufs wegen verschrieben haben. Was diese Veränderungen bewirken, zeichnet sich mit dem allmählichen Rückzug der Forschung aus der Universität heute erst in groben Umrissen ab. Ist der Prozeß der Ökonomisierung jedoch erst einmal abgeschlossen, wird die Wissenschaft als Beruf künftig nur noch denjenigen offenstehen, die sich nach den Vorstellungen ihrer Dienstherren als Lehrer oder Forscher marktgerecht verhalten und auf diese Weise das Geschäft der Wissenschaft gewinnbringend betreiben. Gibt es aber unter dieser Voraussetzung notwendiger Fremdbestimmung noch einen Platz für jene leidenschaftliche und selbstlose Hingabe an die Wissenschaft, für jenes geistige Unternehmertum, das Werner von Siemens als die Quelle des wissenschaftlichen Fortschritts ausgewiesen hat?

Mit der Frage nach dem wissenschaftlichen Fortschritt betreten wir ein weites Feld, auf dem sich, wie so oft, die Geister scheiden. Die Traditionalisten werden sich wie selbstverständlich hier an Werner von Siemens halten wollen und darauf hinweisen, daß die Wissenschaft ebenso wenig wie der wissenschaftliche Fortschritt auch in Zeiten der konjunkturellen Talfahrt niemals den schlechten Nerven einer vom Wohlstand verwöhnten Gesellschaft und ihrer politischen Verwalter geopfert werden dürften. Demgegenüber werden diejenigen, die sich im Blick auf die Zukunft viel auf ihre Modernität zu Gute halten, eher geneigt sein, Werner von Siemens mit dem Hinweis den Abschied zu geben, daß die nostalgische Erinnerung an längst versunkene Welten keinen nützlichen und zeitgemäßen Beitrag leisten könne, um den Aufbruch ins 21. Jahrhundert angemessen zu bewältigen. Wie dem auch sei, auf keinen Fall können und dürfen wir uns der Frage entziehen, ob und inwieweit wir uns eine vom geistigen Unternehmertum inspirierte Wissenschaft so, wie sie uns Werner von Siemens beschreibt, in der Gegenwart überhaupt noch leisten können. Bei dieser Frage geht es um nicht weniger als um die Zukunft der Universität und ihrer Wissenschaft.

Mit dem Rückgriff auf die gängig gewordenen Vokabeln wie Effizienz und Wettbewerb, Autonomie oder Internationalität und Globalisierung wird man dem Ernst dieser Frage allerdings nicht gerecht. Ebenso wenig kann in diesem Zusammenhang das neuerdings aufgekommene, bedenkliche Wort von der „kreativen Zerstörung“ befriedigen, mit dem den Universitäten der Weg in ihre Zukunft gewiesen werden soll. Gibt uns doch die wechselvolle Geschichte des soeben vergangenen Jahrhunderts hinreichend Kunde von der zerstörerischen Kraft geistloser Ideologien, die es an Kreativität, wenn auch im negativen Sinn, nicht haben fehlen lassen, und davon waren die Universitäten mit ihrer Wissenschaft wahrlich nicht ausgenommen. Die dringende Empfehlung, die Wissenschaft um ihrer Zukunft willen endlich nach den Grundsätzen der geordneten Betriebswirtschaft zu organisieren, ist jedenfalls kein geeignetes Mittel, die Universitäten vor dem Zugriff geistloser Ideologien zu bewahren.

Wer den Universitäten und ihrer Wissenschaft den Weg in die Zukunft weisen will, kommt deshalb nicht daran

vorbei, jenseits aller Probleme der organisatorischen und technischen Bewältigung des Wissenschaftsbetriebs auch die inhaltliche Frage nach dem zu stellen, was denn die Universitäten und ihre Wissenschaft in der Erfüllung ihrer Aufgabe überhaupt leisten und vor allem leisten sollen. Überraschenderweise leistet uns auch bei der Antwort auf diese Frage kein geringerer als Werner von Siemens, der Außenseiter, mit seiner Antrittsrede vor der Berliner Akademie wertvollste Hilfe.

Die Wissenschaft, so heißt es in der Antrittsrede, besteht „nicht ihrer selbst wegen“, sie ist auch nicht dazu da, den „Wissensdrang der beschränkten Zahl ihrer Bekenner“ zu befriedigen. Ihre Aufgabe ist vielmehr, „den Schatz des Wissens und Könnens des ganzen Menschengeschlechts“ zu erhöhen und „dasselbe damit einer höheren Kulturstufe zuzuführen“. So ist die Wissenschaft für Werner von Siemens „gleichsam das Nervennetz, welches den Organismus menschlicher Kultur durchzieht“ und als solches frisches Leben erzeugt, um nicht nur das „materielle Dasein“, sondern darüber hinaus auch die „idealen Güter der Menschheit“ zu vermehren. Was an diesen wenigen Sätzen beeindruckt, ist nicht nur die deutliche Absage, die Werner von Siemens jenem fatalen und in seinen Folgen geradezu verhängnisvollen Glauben an eine angeblich zweckfreie Wissenschaft erteilt. Mehr noch beeindruckt die hier zum Ausdruck gebrachte klare Erkenntnis, was die Wissenschaft und der wissenschaftliche Fortschritt für den Menschen und seine Zukunft bedeuten. Es geht um die Kultur, also um die geistige Bewältigung der menschlichen Existenz, um Zukunft verantworten zu können, und hier erfährt denn auch das geistige Unternehmertum, auf das der Wissenschaftler verpflichtet ist, seinen Sinn und seinen Wert. Was hat denn dieses Unternehmertum nicht bereits geleistet, um allein das materielle Dasein des Menschen zu erleichtern? Bemerkenswerterweise wird vieles, was wir der Wissenschaft und nur der Wissenschaft verdanken, als solches gar nicht mehr zur Kenntnis genommen, weil es zur Selbstverständlichkeit im täglichen Leben geworden ist. Dies gilt etwa für den Genuß eines einwandfreien, sauberen Trinkwassers ebenso wie für das elektrische Licht oder aber für die Wohltaten einer fortgeschrittenen Medizin, die wir gegenwärtig allenfalls noch unter dem

Gesichtspunkt ihrer Finanzierbarkeit zur Kenntnis nehmen wollen? Wem ist denn bewußt, daß die in der Wissenschaft entwickelte Informations- und Kommunikationstechnologie nicht nur die Reiselust einer begüterten Wohlstandsgesellschaft befriedigt, sondern darüber hinaus sogar ein ganzes Weltreich zum Einsturz gebracht hat, weil sich die Menschen heute nicht mehr im Tal der Ahnungslosen um ihre Freizügigkeit bringen lassen wollen?

Der Mensch lebt allerdings nicht vom Brot allein. Daher beeindruckt es schon, mit welcher Behutsamkeit Werner von Siemens, der Wirtschaftsunternehmer, in seiner Botschaft an die Wissenschaft sich davor hütet, das menschliche Dasein allein auf seine materiellen oder gar nur ökonomischen Bedingungen zu reduzieren. Vielmehr geht es ihm, wie er sagt, auch und nicht zuletzt um die Vermehrung der idealen Güter der Menschheit, ohne die Kultur in der Tat nicht denkbar ist. Damit aber, meine Damen und Herren, ist die Frage nach der Wissenschaft und dem wissenschaftlichen Fortschritt in ihrem Kern getroffen. Den wissenschaftlichen Fortschritt kann und wird es nur geben, wenn und solange die Wissenschaft daran festhält, mit ihrer Suche nach Wahrheit in eine bessere, durch ihren Geist geordnete Welt aufzubrechen, in der der Mensch zu sich selbst und damit zu seinem Glück findet. Ohne die Frage nach dem Glück des Menschen ist Wissenschaft nicht zu verantworten.

Das Glück, gehört zu den großen und ungelösten Rätseln, mit denen die menschliche Existenz – man ist versucht zu sagen: dankenswerterweise – ausgestattet ist. Ein jeder strebt nach dem Glück, ohne jedoch zu wissen, was es denn eigentlich ist. So sind denn auch die Versuche, dieses Rätsel zu lösen, zahlreich und kaum überschaubar. Sie reichen von den platten Lustkalkülen der Spaßgesellschaft bis zu den sublimen philosophischen Entwürfen der „vita beata“, des gelungenen Lebens, von denen uns die europäische Philosophie reichhaltige Kunde gibt. Dennoch ist und bleibt das Glück für den Menschen ein Rätsel, sodaß wir auch weiter darauf angewiesen sind, uns bei der Frage nach dem Glück mit der Suche zu bescheiden. Damit aber betritt der Wissenschaftler mit seiner Wissenschaft – so überraschend dies klingen mag – ein ihm wohlvertrautes Terrain, ist doch für ihn der Gegenstand all seiner Bemühungen,

nämlich die Wahrheit in der Annäherung stets auch nur Suche nach Wahrheit. Niemand hat dies in einer für die Entwicklung der Wissenschaften so folgenreichen Eindringlichkeit beschrieben wie Wilhelm von Humboldt, dessen bleibende Verdienste auch nicht durch die überhebliche Ignoranz geschmälert werden können, mit der er heute vor allem in der aktuellen Hochschulpolitik häufig bedacht wird.

Alle Wissenschaft und mit ihr die Wahrheit sind für Humboldt stets als „ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem“ zu behandeln, so daß sie, die Wahrheit, auch „als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes und unablässig als solche zu suchen“ ist. Mit der in diesem Sinne niemals abgeschlossenen Suche nach Wahrheit bewahrt Humboldt die Wissenschaft vor dem Abgleiten in die bloße Ideologie, die sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie sich mit Halbwahrheiten begnügt, diese aber im trügerisch legitimierenden Schein der halben Wahrheit für die ganze Wahrheit ausgibt und damit das verschweigt, worauf es Humboldt ankommt: Wenn die Suche nach Wahrheit niemals zum Abschluß gebracht werden kann, kann auch die im wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß aufgefundene Wahrheit niemals eine endgültige sein. Eben diese Endgültigkeit aber ist das trügerische Markenzeichen aller Ideologien. Hier ist die Suche nach Wahrheit ebenso zum Abschluß gebracht wie die Offenheit und Freiheit des Denkens im wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß; denn vor der Endgültigkeit der Wahrheit gibt es kein Entweichen, sondern nur die Unterwerfung im Sinne der Parteinarbeit.

Gerade die im Geist Humboldts organisierten Universitäten haben im 20. Jahrhundert erfahren müssen, welche Folgen es hat, wenn sich die Ideologien ihrer bemächtigen wollen. Allein in Deutschland haben zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft ebenso wie die über vierzig Jahre währende Herrschaft des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik gezeigt, wie die Wissenschaft im Zugriff ideologisch begründeter Parteilichkeit an den Rand ihrer Existenz und zuweilen sogar darüber hinaus gedrängt worden ist. Die Erinnerung an diese unselige Erfahrung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß selbst die in Deutschland gegenwärtig betriebene Bildungs- und Hochschulpolitik hier einigen Anlaß zur

Sorge geben. Zu deutlich sind die Hinweise auf das Aufkommen der neuen Ideologie, die im sicheren Wissen der ökonomischen Bewältigung von Zukunft nach der vollständigen Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse und daher auch der Wissenschaft strebt. Damit aber begegnen wir einmal mehr jenen Protagonisten eines vermeintlich unaufhaltsamen Globalisierungsprozesses, die im Aufbruch in die virtuelle Welt der zur Wissensgesellschaft umdefinierten Informationsgesellschaft zu einer neuen Form der Welteroberung gefunden haben. In dieser Welt aber ist die Zukunft kein Rätsel mehr, sondern vielmehr eine Frage, die sich mit ihrer technischen Bewältigung von selbst erledigt, und hier gilt der alte Satz des Protagoras, daß der Mensch das Maß aller Dinge ist.

Diesem Satz wird man nichts abgewinnen können, wenn er im Sinne der totalen Machbarkeit interpretiert und zur Rechtfertigung jener Technokratie benutzt wird, die selbst vor dem Menschen nicht halt macht. Deshalb ist auch und gerade die Wissenschaft gehalten, sorgfältig zu erwägen, in welche Dienste sie sich mit ihren neuen Erkenntnissen und Errungenschaften begibt. Wir wissen, daß etwa, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, die Genforschung mit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms inzwischen schon Erfolge erzielt hat, die durchaus dazu angetan sind, der Medizin ganz neue Wege zur Heilung von körperlichen und seelischen Leiden zu weisen. Wir wissen aber auch, daß gerade mit den neuen Erkenntnissen in der Genetik Gefahren heraufbeschworen werden, deren Ausmaße heute nur zu erahnen sind. Soll sich etwa der Mensch in der Vernichtung menschlichen Lebens zu Zwecken der Embryonenforschung zum Herrn über Leben und Tod aufschwingen, und wie steht es mit dem immerhin in den Bereich des Möglichen gerückten Klonen von Menschen? Dies alles sind bisher ungelöste Fragen, doch ist eines jetzt schon sicher. Niemand kann ausschließen, daß die Erkenntnisse und Errungenschaften der Genetik, wie allein das Beispiel des Klonens von Menschen belegt, dazu mißbraucht werden kann, in der Fremdsteuerung menschlicher Existenz eine Herrschaft des Menschen über den Menschen zu begründen, wie sie sich totaler nicht denken läßt. Die Totalität dieser Herrschaft ist durch nichts zu überbieten, geht es doch bei den manipulativen Ein-

griffen in das genetische Programm des geklonten Menschen nicht etwa nur um die körperliche Unversehrtheit oder das Leben des Opfers. Vielmehr wird hier im Zugriff auf die intellektuelle, moralische und geistige Verfassung des Menschen notwendigerweise zugleich auch Zugriff auf die Individualität und Personalität, also auf die Würde des Menschen genommen. Zum Kern der Menschenwürde und ihrer Gewährleistung aber gehört das Verbot der totalen Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Um die Herrschaft des Menschen über den Menschen geht es auch in dem mangels öffentlicher Aufmerksamkeit weniger spektakulären Beispiel der Perfektionierung technischer Überwachungssysteme, die schon heute in ihrer praktischen Anwendung etwa in den USA oder in Großbritannien Verhältnisse geschaffen haben, die selbst die Vorstellungskraft eines Aldous Huxley weit übersteigen. Beim Endspiel um die sogenannte Super Bowl, in den USA die begehrteste Trophäe im American Football, hatte die Polizei keine Mühe, unter den 65 000 Zuschauern fünfzehn Personen beim Verlassen des Stadions festzunehmen, die wegen des Verdachts strafbarer Handlungen von den Ermittlungsbehörden gesucht wurden. Diese Personen waren während des Spiels mit den neuen Techniken der visuellen Überwachung eindeutig identifiziert worden. In der City von London gerät jeder Fußgänger im Durchschnitt alle acht Minuten in das Blickfeld einer Überwachungskamera. Es bereitet keine technischen Schwierigkeiten, die Schritte eines Menschen sogar rund um die Uhr aus der Ferne zu überwachen und zu verfolgen. Begünstigt von dieser neuen Technik der visuellen Identifikation (visual identification) werden aber nicht etwa nur mißtrauische Ehefrauen. Geradezu dramatisch wird der Fall vielmehr, wenn sich der Staat mit dem Hinweis auf die Bedürfnisse der inneren Sicherheit sogar in einer glaubwürdigen Form des Menschen und seiner Lebensführung durch die totale Überwachung bemächtigt.

Was soll man, um ein letztes Beispiel zu bemühen, von der Ankündigung halten, daß wegen der Möglichkeiten der modernen Medizin vor allem mit der Organtransplantation die durchschnittliche Lebenserwartung noch in diesem Jahrhundert auf einhundert Jahre gesteigert werden könne? Sehen wir etwa einer

Gesellschaft von Greisinnen und Greisen entgegen, die das Problem ihres Lebens und Überlebens nur noch durch die Kontingentierung und Selektion ihrer Nachkommenschaft lösen kann? Wird man sich aber unter diesen Umständen den Glauben an den Satz vom Menschen als dem Maß aller Dinge in seiner technokratischen Interpretation um des Überlebens der Menschen willen überhaupt noch leisten können?

Welche Antwort sollen nun die Universitäten mit ihrer Wissenschaft auf diese Frage geben? Erinnern wir uns. Es ist noch nicht lange her, daß der Bonner Neuropathologe Brüstle den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen dazu bewogen hat, just in der Woche, in der der nordrhein-westfälische Landtag die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung beschlossen hat, nach Israel zu reisen, um embryonale Stammzellen für Forschungszwecke zu besorgen. Dieser bemerkenswerte Vorgang fiel zeitlich mitten in die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die seit der Veröffentlichung des entschlüsselten menschlichen Genoms in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Universitäten mit ihren Genetikern, Biologen, Medizinern, Philosophen, Theologen oder Juristen bewegt haben und immer noch bewegen. Patrick Bahners sprach hier sogar von einem akademischen Bürgerkrieg. Dieser Bürgerkrieg, wenn man ihn dann so nennen will, ist durchaus nicht zu mißbilligen, geht es doch im Zusammenhang mit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms um eine der Sache nach zwar alte, unter den gegebenen Verhältnissen jetzt aber völlig neu zu stellende Frage: Was ist der Mensch, und welche Folgen ergeben sich aus der Beantwortung dieser Frage für den Menschen? Dabei bedarf es schon des im freien Austausch der Argumente geführten offenen Dialogs, der nicht daran vorbeigehen kann, daß es hier auch um den humanen Einsatz von Wissenschaft und mithin um die Menschenwürde geht.

Die Offenheit dieses Dialogs darf allerdings nicht durch unangemessene und überzogene Herrschaftsansprüche einzelner wissenschaftlicher Disziplinen gestört werden. Die Gefahr einer solchen Störung ist schon deswegen nicht von der Hand zu weisen, weil sich in der Tradition der Universität immer wieder einzelne wissenschaftliche Disziplinen dazu berufen wählten, in der Bewälti-

gung von Zukunft als maßgebliche Autorität die Richtung zu weisen. Leitwissenschaften in diesem Sinne waren im Mittelalter die Theologie, im Zeitalter der Aufklärung die Jurisprudenz und in der Reformuniversität Wilhelm von Humboldts die Fächer der Philosophischen Fakultät und vor allem die Philosophie selbst. Deren alles beherrschende Stellung ist im Laufe des 20. Jahrhunderts durch die Emanzipation der Naturwissenschaften und der Technik sowie durch den, wenn auch im Ergebnis erfolglosen Versuch gebrochen worden, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Frankfurter Schule die Soziologie zur neuen Leitwissenschaft zu erheben. Auch und gerade in der Gegenwart lassen sich deutliche Tendenzen beobachten, in der Universität neue Leitwissenschaften zu etablieren. So sollen die Universitäten, wenn es nach den Erwartungen ihrer staatlichen Träger geht, unter teilweise erheblichem politischen Druck dazu angehalten werden, mit der Bevorzugung der marktgängigen Fächer vor allem der Betriebswirtschaft eine führende Rolle zuzuweisen. Wie weit diese Erwartungshaltung geht, belegt der verwegene, aber ebenso weltfremde wie törichte Vorschlag eines Wissenschaftsministers, die Volkswirtschaft zu Gunsten der Betriebswirtschaft aus den Universitäten zu eliminieren. Inzwischen hat sich die Situation jedoch grundlegend gewandelt. Mit der Entschlüsselung des menschlichen Erbguts haben nicht nur die Genetik, sondern die gesamten, bis zur Medizin reichenden Biowissenschaften eine Aufwertung erfahren, die befürchten läßt, daß wir uns in der Universität sehr bald mit dem Problem der Leitwissenschaft erneut auseinander zu setzen haben.

Diese Befürchtung ist deswegen ernst zu nehmen, weil uns schon die Universitätsgeschichte darüber belehrt, dass die mit der Leitwissenschaft begründete Hegemonie einzelner wissenschaftlicher Disziplinen zu Einseitigkeiten und zu einer geistigen Verengung führt, die den Universitäten, ihrer Wissenschaft und nicht zuletzt der Kultur Schaden zufügen. Die in der Vermittlung des „nützlichen Wissens“ erstarrten und zu den sogenannten „Schulen“ verkommenen Universitäten des späten 18. Jahrhunderts sind hierfür ein ebenso abstoßender Beleg wie die Huldigungen einer der Philosophie ergebenden Universität an eine vermeintlich „zweckfreie Wis-

senschaft“. Seit wann ist die Wissenschaft jemals zweckfrei gewesen? Schwerer noch als die Tendenz zur Einseitigkeit und geistigen Verengung, die den Leitwissenschaften nun einmal eigen ist, wiegt in diesem Zusammenhang die Gefahr der Selbstüberschätzung. Leitwissenschaften neigen im Bewusstsein ihrer hegemonialen Stellung zu Grenzüberschreitungen, ohne wahrzunehmen, dass sie damit selbst an ihren eigenen Herrschaftsanspruch Hand anlegen. Gerade in der gegenwärtigen Diskussion über die Entschlüsselung des menschlichen Genoms lassen sich solche Grenzüberschreitungen leicht ausmachen. So überschreitet der Nobelpreisträger James D. Watson, der mit seiner Entdeckung der Doppelhelixstruktur des Erbguts durchaus als Vater der modernen Genetik bezeichnet werden kann, erkennbar die Grenzen seines Fachs der Molekularbiologie, wenn er unter offenkundiger Anlehnung an die naturalistische Philosophie eines Thomas Hobbes die Wissenschaft in den Dienst eines Menschenbildes gestellt wissen will, bei dem sich der Verdacht eines neuen und subtilen Rassismus nicht von der Hand weisen lässt. Wie will man diesen Verdacht entkräften, wenn Watson (Die Ethik des Genoms, FAZ 26. 9. 2000) ein „existenzielles Recht“, also das Recht auf die Existenz nur dem „gesunden und produktiven Leben“ zugestehen will, das „Hoffnung auf Erfolge“ gewährleistet? Hier ist die Wissenschaft mit all ihren Disziplinen dazu angehalten, Einspruch zu erheben und jenen offenen Dialog einzufordern, der verhindert, dass die Fragen nach der Menschenwürde und nach dem humanen Einsatz von Wissenschaft dem Diktat der Molekularbiologie unterworfen werden. Der Mensch mit seiner Existenz und seiner Würde ist eben mehr als der Vollzug seines genetischen Programms.

Mit dem humanen Einsatz von Wissenschaft und der Menschenwürde aber werden Themen berührt, die nicht nur die Wissenschaftler im Austausch ihrer Argumente etwas angehen. Vielmehr haben die Universitäten zu gewährlei-

sten, daß beide Themen auch in der wissenschaftlichen Ausbildung eine ihnen angemessene Berücksichtigung finden. Es kann doch nicht angehen, daß etwa Mediziner die Universität verlassen, die als Ärzte im Berufsleben die Gesundheit ihrer Patienten oder aber die neue Frage nach dem Menschen lediglich als technisches Problem begreifen. Das gleiche gilt auch für den Juristen, der sich zwar in allen Feinheiten des Steuerrechts auskennen mag, aber in seinem Studium an der Frage der Menschenwürde vorbeigegangen ist.

Mit der Verpflichtung auf die Menschenwürde reiht sich die Universität als Einrichtung der Wissenschaft nahtlos in das Gefüge des freiheitlichen Verfassungsstaats ein, der in der Gewährleistung von Demokratie und Rechtsstaat zu seiner politischen Lebensform gefunden hat. Die rechtsstaatliche Demokratie zeichnet sich durch den ihr eigentümlichen und einzigartigen Vorzug aus, daß sie die Rechtsordnung und damit das gesamte öffentliche Leben im Staat in den Dienst der Menschenwürde stellt. Deswegen bezeichnet das Bundesverfassungsgericht die Menschenwürde auch als das oberste Konstitutionsprinzip. Mit der Menschenwürde aber werden wir nicht auf den biologischen Tatbestand der „Gattung“ Mensch, sondern statt dessen auf die Individualität oder Personalität, also auf das verwiesen, was nur dem Menschen selbst, nicht aber dem Staat, einer Partei oder der Gesellschaft gehört. Insoweit ist der Mensch in seiner Würde jeder Definition und damit auch jeder Art von Fremdbestimmung oder Herrschaft entzogen. Mehr wissen wir von der Menschenwürde und ihrer Unantastbarkeit nicht, und das ist auch gut so.

Was wir allerdings wissen, ist, daß es einen eigentümlichen Zusammenhang gibt zwischen der Menschenwürde, der Freiheit, der Verantwortung, dem Glück und der Kultur. Bei jedem dieser Begriffe geht es um die individuelle Lebensentscheidung, also um die Entscheidung eines jeden Menschen, sein Leben und seine Zukunft im Sinne des Geistes zu bewältigen und zu verantworten. Ohne

die Gewährleistung der Menschenwürde ist dies alles nicht möglich.

Im freiheitlichen Verfassungsstaat sind daher auch die Universität und ihre Wissenschaften auf den Dienst an der Menschenwürde verpflichtet. Der Jurist denkt ebenso wie der Philosoph und der Theologe über die Menschenwürde nach. Der Historiker wird im Kommen und Gehen der Kulturen auch die Geschichte der Menschenwürde entdecken müssen. In den Naturwissenschaften und der Technik geht es um die Beherrschung einer Natur, deren friedliche und – wie wir heute besser den je wissen – auch maßvolle Nutzung dem Menschen ein sinnvolles und mithin menschenwürdiges Leben erst ermöglicht. Um die Menschenwürde geht es auch in der Medizin. Die Gesundheit ist ein kostbares Gut, das dem Menschen, wie jeder Mann weiß, Freiheit und Glück beschert. Es gibt aber auch eine Würde des noch nicht geborenen Lebens, eine Würde des Kranken und eine Würde des Alters. Allein die Diskussion um die Grenzen der Gentechnologie, die Apparatemedizin und das Recht auf den natürlichen Tod sowie nicht zuletzt die versicherungstechnisch einwandfreie, medizinisch saubere Bewältigung des Altenproblems in der Heimunterbringung zeigen an, daß es hier noch viel zu tun gibt. So sind denn alle Wissenschaften mit der Menschenwürde auf eine Idee verpflichtet, die nicht nur die Einheit des Geistes in der Vielfalt der Wissenschaften bewahrt. Diese Idee wird sich darüber hinaus auch und gerade dann zu bewähren haben, wenn es um den Aufbruch in die virtuelle Welt der globalisierten Wissensgesellschaft geht. Darauf sind wir nach der Katastrophe des 11. September 2001 mehr denn je angewiesen.

*Professor Dr. Hartmut Schiedermaier ist Ehrenpräsident des Deutschen Hochschulverbandes. Er hielt die Rede beim Jubiläum der „Leukorea“ am 2. Mai 2004 in Wittenberg. Der Vortrag wird auch in die Festschrift, die anlässlich des Jubiläums herausgegeben wird, aufgenommen.*

**Wichtiger Hinweis: Unsere Website hat die neue Adresse**

**<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>**

# NRW: Bildungspolitik im Wahlkampf

Die Feststellung, daß wir in einer Wissensgesellschaft leben, bietet das Fundament für die Hochschätzung der Bildungseinrichtungen. Diese Grundannahme legitimiert auch alle Bemühungen, diese Institutionen so effizient wie nur eben möglich auszurüsten und rechtfertigt zugleich die kritischen Untersuchungen und fortwährenden Qualitätsdebatten.

Wenn nun ein ehemaliger Bundesbildungsminister im größten Bundesland Ministerpräsident werden will, dann macht es Sinn, seine Intentionen zur Kenntnis zu bringen und sich damit auseinander zu setzen.

In der Tat hebt Dr. Jürgen Rüttgers selbst bei jeder Gelegenheit die Bedeutung der Bildungspolitik hervor. Seine Partei überzieht das Land mit einem Netz aus Veranstaltungen, bei denen das Thema Schulpolitik nie fehlt.

Während die Grünen die Einheitsschule favorisieren und die SPD sich nur vage und eher verhalten zu der angestrebten Radikalveränderung des Koalitionspartners äußert, spricht sich die CDU mit Rüttgers an der Spitze klar für den Erhalt des gegliederten Schulsystems aus.

Dies zeigte sich unter anderem bei einem Themenforum „Bildung“ Ende Februar in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Das Podium war mit unterschiedlichen Teilnehmern besetzt, deren Statements lebhaft Nachfrage beim zahlreichen Publikum auslösten.

## Skandal Unterrichtsausfall

Rüttgers selbst mußte sich in Teilen Kritik gefallen lassen, so bei seinem Vorschlag, die Schulleiter sollten künftig auf Zeit (für acht Jahre) und von der Schulkonferenz gewählt werden. Er sei, ließ Rüttgers wissen, bereit, über diesen Punkt nachzudenken. Als vordringlich bezeichnete er die Neueinstellung von Lehrkräften, um den Skandal von 5,8 Millionen Stunden Unterrichtsausfall im Schuljahr zu beenden.

Rüttgers sprach sich auch für die inzwischen schon von der Landesregierung beschlossene Verkürzung der Gymnasialzeit auf 12 Jahre aus, ebenso für die Einführung des Zentralabiturs. Rüttgers betonte auch die Autonomie von Schu-

len, die mit Schulprogrammen und Profilen in einen Wettbewerb untereinander treten sollten. Überraschend –und im Gegensatz zur Politik der jetzigen Regierung – sprach Rüttgers sich für ein öffentliches Schulranking und eine Auflösung der Schuleinzugsbereiche aus. Seine Vorstellung, die Selbständigkeit der Schulen auch auf die Mittelbewirtschaftung und das Personalbudget auszuweiten, blieb allerdings nicht widerspruchsfrei. Hier wollen starke Kräfte in der CDU die Verantwortung beim Staat bzw. Schulträger verankert wissen. Der Staat müsse hier seine Gestaltungskraft

Katastrophen auseinander setzen. So seien Kopf und Herz der Kinder zu bilden, und zwar mit Kopf und Herz. Kinder lebten in einer Welt mit Risiken und spürten die Zerbrechlichkeit der Welt. So brauchten sie große Themen. Sie brauchten aber auch Stabilität, die man dadurch erzeugen könne, daß man „die Sachen gründlich“ macht. So ergäben sich im wissensstärkenden Wiederholen und Üben Glückselemente. Im Stärken der Fähigkeiten und der Verpflichtung auf Wahrheit erhalten Kinder auch eine ethische Prägung. Erziehung müsse Geborgenheit vermitteln, die helfe, sich



Rüttgers, Höhler, Dollase beim Themenforum Bildung in Düsseldorf

Foto: fdw

unter Beweis stellen und seiner Fürsorgepflicht nachkommen. (Siehe auch: Dr. Jürgen Rüttgers in „Nachgefragt“, S. 24 f.)

Nur kurz spielte die Hochschulpolitik eine Rolle. Auf eine Frage aus dem Publikum begründete Rüttgers unter viel Beifall seine Überzeugung, daß Studiengebühren eingeführt werden sollten. Er befürwortete das Modell nachgelagerter Studiengebühren. Wegweisend ist hoffentlich sein Vorschlag, der übrigens einer Forderung des BFW gleichkommt, daß die Hochschule bzw. sogar einzelne Fakultäten oder Fachbereiche die Höhe der Gebühren selbst festsetzen sollten. Er versicherte, daß es wegen der Studiengebühren keine Kürzung der staatlichen Mittel geben dürfe.

Eindringlich beschrieb Frau Professor Dr. Höhler die Lebenssituation der Kinder, die heutzutage schon in früher Jugend prägende Erfahrungen mit der globalisierten Welt machten. Über die Medien müßten sie sich mit Kriegen und

„draußen“ durchzusetzen und im Vertrauen auf die eigene Kraft sich dem Fremden unbefangen zuzuwenden. „Wenn du überall souverän auftreten willst, brauchst du Wurzeln“. Um solchermaßen den Kindern zu Stärken zu verhelfen, müßten auch die Erzieher wahrhaftig sein. Auch Lehrer dürften Fragen haben und dies zeigen.

Bildungsvoraussetzungen seien, Kommunikation lernen, die eigenen Stärken und Schwächen kennen lernen und zu einem persönlichen „Stärkenmanagement“ kommen. Zur Bildung gehöre, dass man ein Leben im Bewusstsein seiner Grenzen führe. Auch das solle Ansporn sein, in der Schule Kopf und Herz zusammenzuhalten. Denn: „Bildungs-ideale folgen nicht der Trennung von Kopf und Herz; sie behandeln den Menschen als lebenden Organismus, dessen Schaltzentrale (das Gehirn) ohne Kommunikation (Blutkreislauf und Herz) nicht funktioniert“. Dabei müsse man

„begreifen, worauf es ankommt“: „die Störanfälligkeit des Menschen und des Kosmos ernst zu nehmen und zur Grundlage des Handelns zu machen – also : Wahrheitsliebe“. Bei aller Stärkung der Wurzeln und Kräftigung der eigenen Potentiale, bei aller Selbstvergewisserung: Der Gebildete sieht „im Mittelpunkt seiner Neugierde und seiner Selbstbehauptung nicht das eigene Ego, sondern die Gemeinschaft: common sense als Bildung“.

Rainer Dollase, Professor für Psychologie an der Universität Bielefeld, mahnte in der Schulpolitik eine „Hinwendung

zur Pragmatik“ an. Er wandte sich gegen ideologische Strategien; denn der Ideologe wende an, was gut klinge. Entscheidend sei aber, daß der tatsächliche Unterricht verbessert werde und daß man von der „systematischen Nichtbeachtung aller Regeln guten Unterrichts Abstand“ nehme.

### **Lehrer, lehre leidenschaftlich – mit Kopf und Herz!**

Die Kurzreferate der Wissenschaftler wurden ergänzt von Beiträgen des Vorsitzenden des Philologenverbandes

NRW, Peter Silbernagel, der u. a. vor der Zerschlagung der Schulaufsicht warnte, und Professor Dr. Roman Hansis, des Vorsitzenden des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V., der zur Stärkung der Berufsschule und zur besseren Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten aufrief. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Recker, versicherte, man wolle den Strukturwandel aus dem Inneren („Schulleben von Innen reformieren!“) und Rüttgers versprach „das innovativste Schulsystem Deutschlands“.

Winfried Holzapfel

## **„Ein Land wie Nordrhein-Westfalen muß an die Spitze der Bildungsliga.“**

### **Dr. Jürgen Rüttgers in „Nachgefragt“**



Dr. Jürgen Rüttgers

**fdw:** Herr Dr. Rüttgers, 1995 erschien die Denkschrift: „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“, die nach ihrem Erscheinen auch als „Rau-Bibel“ bezeichnet wurde. Es ging darin darum, der Einzelschule mehr Autonomie zu geben. Nun hat sich seitdem die rot-grüne Landesregierung daran gemacht, diese Bibel umzusetzen. Nachdem nun auch die CDU in vielen Punkten die Begrifflichkeit und Zielvorstellungen aus der Rau-Bibel übernommen hat, wüßte man gern, worin sich die Schulpolitik der CDU von der rot-grünen Schulpolitik unterscheidet.

**Dr. Rüttgers:** Die „Rau-Bibel“ hat uns nicht inspiriert. Inspiriert haben uns vielmehr die vergleichenden Studien, die den Stand unserer Schulen und vor allem die Mängel aus 40 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik ver-

deutlicht haben. Wir wollen die Schulen aus der staatlich-bürokratischen Bevormundung entlassen. Wir wollen die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen im nordrhein-westfälischen Schulgesetz verankern. Dabei bleibt das Schulwesen staatlich verantwortet und unter der Aufsicht des Staates. Die Schulen sollen jedoch im Rahmen der staatlichen Vorgaben und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Erziehung, den Unterricht, das Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung gestalten. Selbständigkeit à la Rot-Grün bedeutet: Fehlende Qualitätsstandards, mehr Bürokratie und fehlende Unterstützung. Das werden wir ändern.

**fdw:** Früher hat man gefragt, wo die Grenzen des Staates sind, heute muß man fast fragen: Wo sind die Grenzen der Schulautonomie?

**Dr. Rüttgers:** Selbständigkeit der Schule darf nicht zur Beliebigkeit führen. Es müssen verbindliche Zielvorgaben gesetzt werden und die Arbeit der Schule muß für alle Beteiligten transparent sein. Sie muß sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schüler orientieren. Das bedeutet auch, daß Maßstäbe der Leistungsbewertung und verbindliche Leistungsstandards erfüllt werden müssen. Die Selbständigkeit der Schulen hat ihre Grenze da, wo nicht mehr vergleichbare Schulabschlüsse sichergestellt sind.

**fdw:** Im Februar ist angeblich im Landtag ein großer Schritt in Richtung Entbürokratisierung getan worden. Es wurde das neue Schulgesetz verabschiedet, in dem sieben Einzelgesetze zu einem einzigen Gesetz zusammengefaßt worden sind. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Addition von einzelnen Gesetzen zu einem Gesamtgesetz wirklich die Vorschriften reduziert hat – wir wüßten gern, warum die Opposition dem Gesetz nicht zugestimmt hat.

**Dr. Rüttgers:** Das Schulgesetz ist im Ansatz verfehlt. Es öffnet die Tür zur Einheitsschule: Erst das Einheitslehreramt, dann der Verzicht auf die Beschreibung der unterschiedlichen Bildungsaufträge der Schulformen und nun die schulformübergreifende Schulaufsicht. Das läßt sich alles sehr schnell zur Einheitsschule zusammenführen. Das Schulgesetz ist keine Antwort auf die erschreckenden Ergebnisse der PISA-Studie. Es wird Bürokratie verlagert, ohne die notwendigen Ressourcen mitzugeben. Es gibt den Schulen nicht mehr Freiheit und Eigenverantwortung, sondern nur mehr Belastungen. Die Landesregierung schafft mit diesem Gesetz den Beamtenstatus der Lehrer ab. Doch statt dies zu sagen, wird es durch die Hintertür betrieben.

**fdw:** Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat sich immer für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems ausgesprochen. Dabei hat das Gymnasium als wissenschaftspropädeutische Institution



immer das besondere Augenmerk des Bundes gehabt. Wie kann die Wissenshaftsfähigkeit, die von den Abnehmern an den Universitäten gelegentlich angezweifelt wird, in der Schülerschaft des Gymnasiums grundgelegt werden?

**Dr. Rüttgers:** *Abiturienten müssen eine fundierte Wissensbasis haben. Sie sollen in der Lage sein, neue Informationen produktiv zu verarbeiten, sie für ein tiefgreifendes Verständnis von Phänomenen zu nutzen, die Struktur komplexer Problemstellungen zu begreifen und kreative Lösungen von Problemen zu entwickeln. Vor allem darin liegt die wissenschaftliche Propädeutik, die sie für ein Studium fit macht. Nicht um die Menge des Lernstoffes geht es, sondern um die Durchdringung exemplarischen Stoffes. Das Gymnasium muß mit der Tendenz brechen, das verfügbare Wissen möglichst umfassend bereits in der schulischen Erstausbildung präsent zu machen.*

**fdw:** Im politischen Raum wird häufig die Gemeinsamkeit der Demokraten beschworen: Sollte nicht auch durch inhaltliche Vorgaben eine fundamentale Übereinstimmung im Bildungswissen, etwa durch einen Bildungskanon, gegeben sein? – Wären solche Vorgaben nicht auch gemeinschaftsfördernd, da sie für die gesellschaftliche Kommunikation einen gemeinsamen Hintergrund abgäben?

**Dr. Rüttgers:** *Ein Blick nach Finnland zeigt, daß es hier einen großen gesellschaftlichen Konsens im Bereich Bildung gibt. Lehrer können sich darauf verlassen, daß ihre Schülerinnen und Schüler über eine gute Grundbildung verfügen. Das erleichtert ihnen das Arbeiten. Die deutschen Kultusminister haben sich auf Bildungsstandards für alle Schulformen verständigt. Damit haben wir einen gemeinsamen Grundkonsens für alle Bundesländer. Wir stehen zum Wettbewerbsföderalismus und gegen die Vereinheitlichung der Bildungspolitik. Einem Land wie Nordrhein-Westfalen, das mit 18 Mio. Einwohnern dreimal größer ist als der PISA-Sieger Finnland, muß es möglich sein, sich durch die Formulierung eigener Standards an die Spitze der Bildungsliga zu setzen. Der in den Bildungsstandards formulierte Grundkonsens muß daher länderspezifisch ergänzt und schulformspezifisch erweitert werden. Wenn wir die Bildungsstandards umgesetzt haben, werden wir in einigen Jahren ein neues gemeinsames Fundament der Bildung*

*haben. Bis dahin müssen wir alle Anstrengungen zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler unternehmen, um allen gute Lebenschancen zu ermöglichen.*

**fdw:** In der öffentlichen Diskussion geht es auch um die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer. Welche Eigenschaften sollte der fähige Lehrer besitzen?

**Dr. Rüttgers:** *Ein Lehrer muß neugierig auf Wissen sein – jeden Tag neu. Lehrer müssen fachlich kompetent und methodisch-didaktisch versiert sein. Lehrer müssen in der Lage sein, jedes Kind so anzunehmen, wie es ist, und es in seinen Fähigkeiten stärken und es dort, wo es Schwächen hat, fördern.*

**fdw:** Bei einer Podiumsveranstaltung überrannten Sie die Zuhörer mit der Forderung, daß die Schulkonferenzen die Schulleiter selber wählen sollten, und zwar für acht Jahre. Was versprechen Sie sich von dieser Änderung? Warum soll die Amtszeit gerade acht Jahre sein, und ist Wiederwahl möglich?

**Dr. Rüttgers:** *Das heutige Schulleiterbesetzungsverfahren ist nicht mehr vertretbar. Es kann nicht sein, daß fachliche Leistung, Eignung und Befähigung allein durch die Schulaufsichtsgremien entschieden werden. Zumindest im Bereich Eignung und Befähigung muß die Schule ein echtes Mitspracherecht haben. Das Kollegium und die Schule müssen ja in den Folgejahren mit dem neuen Schulleiter das Profil und die Arbeit der Schule gestalten. Eine Drittelparität in der Schulkonferenz, wie sie das neue Schulgesetz vorsieht, lehnen wir ab. Es dürfte unstrittig sein, daß angesichts einer Schulaufsicht, wie sie nun mal ist, der beste und wirkungsvollste Weg in einer Veränderung des Wahlverfahrens liegt und der Schule mehr Verantwortung zukommt. Ein Schulleiter muß Zeit haben zu gestalten und er muß sich in seiner Funktion auch bewähren können. Dazu reichen zwei Jahre nicht aus. „An ihren Früchten sollt ihr sie messen“ – darum sollen es acht Jahre sein. Bei guter Arbeit ist auch selbstverständlich eine Wiederwahl möglich.*

**fdw:** Die jetzige Landesregierung war ja nicht untätig bei der Abgabe von Verantwortung an die Basis. Namentlich Frau Behler hat, einige Zeit als Superministerin für den Bereich Schule und Hochschule zuständig, in dieser Richtung vieles vorbereitet. Ihr Grundsatz lautete, die Kompetenz sei vor Ort, an

der Basis. An der Basis wurde aus dem Credo der Ministerin aber der Schluß gezogen, daß dem Ministerium, und vor allem der politischen Führung, die Kompetenz abhanden gekommen sei. Wäre es nicht geradezu notwendig, daß eine neue Regierung die hoheitlichen Fragen selbst managte und dafür Sorge trüge, daß sich die Lehrer auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könnten. Diese Freiheit schätzt der Lehrer mehr, als daß er sich in Zeiten der Not, die nicht er geschaffen hat, um Personal und Geld sorgen muß.

**Dr. Rüttgers:** *Lehrer sollen unterrichten und nicht verwalten. Zu lange sind unsere Lehrerinnen und Lehrer durch das Gängelband der Kultusbürokraten in ihrer Kreativität und Freiheit behindert worden. Wenn Lehrer mitverantwortlich werden für das, was an der Schule und im Unterricht läuft, dann wird dadurch auch das Engagement der Lehrer wachsen. Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben wollen wir durch Verlagerung von Stellen aus anderen Bereichen der Landesverwaltung Verwaltungsfachleute in die Schulen und an die Kommunen geben.*

**fdw:** Sie waren jahrelang, vor allem auch in Ihrer Zeit als Bundesbildungsminister, gegen Studiengebühren. Inzwischen haben Sie Ihre Meinung geändert. Befürchten Sie nicht, daß Ihnen das Bekenntnis zu Studiengebühren im Wahlkampf als Klotz am Bein hängt?

**Dr. Rüttgers:** *Ein klares Nein. Nordrhein-Westfalen ist pleite und kann den Universitäten nicht das Geld geben, das sie brauchen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Es ist fair und gerecht, wenn diejenigen, die einmal überdurchschnittlich gut verdienen, dazu selbst einen Beitrag leisten, wenn sie einen guten Job haben. Das Stipendienwesen wollen wir ausbauen. Bildungsdarlehen wollen wir unterstützen. Wer Studiengebühren zahlt, muß gute Studienbedingungen vorfinden. Das Angebot der Hochschulen muß jedem Studenten ermöglichen, sein Studium in der Regelstudienzeit erfolgreich abzuschließen.*

Die Fragen stellte Winfried Holzapfel.

Die fdw bedankt sich bei Herrn Dr. Rüttgers für die Beantwortung.

## Unter der Lupe:

Neues Schulgesetz in NRW: Warum einfach, wenn es kompliziert geht?

### Drittelparität, doppelte Mehrheit und ein „handwerklicher Fehler“

Das im Februar vom Düsseldorfer Landtag beschlossene neue Schulgesetz sieht im höchsten Mitwirkungs-gremium an den Schulen, der von Lehrern, Schülern und Eltern gebil-deten Schulkonferenz, neuerdings die **Drittelparität** vor. (Bisher war das Verhältnis von Lehrern, Eltern, Schülern 2:1:1, was bei der Schul-form Gymnasium bedeutete, dass 12 Lehrer mit sechs Schülern und sechs Eltern zusammenwirkten.)

Diese Drittelparität wurde in der letzten Sitzung des Schulausschus-ses vor der zweiten Lesung des Ge-setzes am 10. Dezember 2004 be-schlossen. Den Änderungsantrag hatte Rot-Grün gestellt. Zur Begrün-dung diente nach Auskunft des Mi-nisteriums ein entsprechender Wunsch der Landeselternschaften von Gesamt- und Realschule sowie

der LandesschülerInnenvertretung. Gemeinsam mit rund 50 weiteren Änderungsanträgen, vor allem von SPD und Grünen, wurde auch dieser Abänderungsantrag durchgezogen. Zugleich mit der Drittelparität wurde für bestimmte Themen bei Ab-stimmungen die **doppelte Mehrheit** Gesetz. In Fällen des § 65 (2) Nrn. 2, 8, 9, 11, 15 und 20<sup>1</sup> ist dann nicht nur die Mehrheit der Stimmen aller Mit-glieder, sondern auch die Mehrheit der Stimmen der Lehrervertreter zur Annahme eines Antrags nötig.

Mit dem Gebot der doppelten Mehr-heit zeigt der Gesetzgeber, daß er zu-gleich mit der Einführung der Drit-telparität einen Vorbehalt dagegen hat.

Im neuen Gesetz ist die Anzahl der Schulkonferenzmitglieder von Schu-len der Sekundarstufen I und II – zu denen Gesamtschulen und Gymnasi-en gehören – mit 20 angegeben. Bei der blitzartigen Einführung der Drit-telparität hatte man vergessen, eine durch drei teilbare Zahl von Mitglie-dern festzusetzen. Dieser „hand-

**werkliche Fehler“** kann aber mit Hilfe von § 66 (2) ausgebügelt wer-den. Es heißt dort: „Die Schulkonfe-renz kann mit den Stimmen von zwei Dritteln ihrer Mitglieder be-schließen, ihre Mitgliederzahl ... zu erhöhen“. Das sollte dann tunlichst eine durch drei teilbare Zahl sein.

Mit dem neuen Schulgesetz soll der Bürokratieabbau beschleunigt wer-den. *Ho*

<sup>1</sup> Angenommen, die Schulkonferenz hat 21 Mitglieder, dann genügen bei Drittelparität und doppelter Mehrheit vier der Lehrer um Anträge abzulehnen, die sich auf „Maßnahmen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung“ (Nr. 2) beziehen, oder einen „Vor-schlag zur Einrichtung eines Gemeinsamen Unterrichts“ betreffen (Nr. 8), oder „die Erprobung und Einführung neuer Unterrichts-formen“ vorsehen (Nr. 11). Auch bei der Formulierung von „Grundsätzen für Umfang und Verteilung der Hausaufgaben und Klassenarbeiten“ (Nr. 11) hätten sie eine Sperrminorität, ebenso bei „Grundsätzen über Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten in Zeugnissen“ (Nr. 15). Die doppelte Mehrheit ist auch nötig bei Abstimmungen über die „Einrichtung und Zusammensetzung von Fachkonfe-renzen, Teilkonferenzen und des Vertrauens-ausschusses oder Bestellung einer Vertrauens-person“ (Nr. 20).

## Bund Freiheit der Wissenschaft ist Mitglied im Aktionsbündnis Schule.

### Stichwort: „Aktionsbündnis Schule“



**Peter Silbernagel,**  
*Sprecher des Aktionsbündnisses Schule*

Nachdem die Grünen auf ihrem Lan-desparteitag im Februar 2005 in Köln und im Wahlprogramm unverhohlen für die Einheitsschule plädieren (S. 77 ff.) und die Sozialdemokraten ihnen möglicherweise darin folgen, hat sich in Nordrhein-Westfalen ein „Aktions-bündnis Schule“ gebildet, das für den

Erhalt des gegliederten Schulsystems und für die Beibehaltung einer schul-formbezogenen überregionalen Schulaufsicht kämpft.

Sprecher des Bündnisses, dem u. a. zahlreiche Elternverbände sowie Organi-sationen aus dem Schul- und Hoch-schulbereich angehören, ist Peter Sil-bernagel, der Vorsitzende des Philolo-genverbandes Nordrhein-Westfalen.

Das Aktionsbündnis macht durch eine Reihe von Veranstaltungen während des Wahlkampfes (Landtagswahl in NRW ist am 22. Mai) auf seine Ziele aufmerk-sam.

Mit der ehemaligen Kultusministerin Gabriele Behler, die u. a. mit dieser Begründung ihr Landtagsmandat zu-rückgegeben hat, ist man der Auffas-sung, daß die Umsetzung einer Ände-rung der Schulaufsichtsstruktur „die Gefahr einer erheblichen lokalen Politi-sierung von Schule“ berge.

Seine Prüfsteine für die Parteien hat das Aktionsbündnis auf einer Presse-konferenz am 9. März in Düsseldorf vorgelegt. Auf einer Website kann man sich detailliert über das Aktionsbünd-nis informieren:

[www.aktionsbueundnis-schule.de](http://www.aktionsbueundnis-schule.de).

Am 16. März 2005 ist der Bund Frei-heit der Wissenschaft dem Aktions-bündnis beigetreten.

***Eine Großveranstaltung findet am Samstag, dem 30. April 2005, in Duisburg statt:***

Großer Hörsaal der Universität Duis-burg-Essen (Audimax der ehem. Päd. Hochschule), Henri-Dunant-Str. 65, Essen-Rüttenscheid, Beginn: 11 Uhr.

Referenten:  
Gabriele Behler (ehem. Schulministe-rin) sowie

Dr. Jochen Kirchhoff (ehem. Präsident Arbeitgeberverbände NW)

Ulrich Sprenger

## Freiheit der Wissenschaft?

„Sapere aude! Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung. [...] Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.“

Immanuel Kant (1724–1804), in: „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“

Der Arbeitskreis Gesamtschule e. V. existiert seit nunmehr zehn Jahren! Das nehmen wir zum Anlaß, drei Fragen zusammenzustellen, die wir seit einiger Zeit immer wieder ins öffentliche Bewußtsein zu bringen versuchen.

**Unsere 1. Frage: Warum konnte im Bereich der deutschen Bildungsforschung in wichtigen Angelegenheiten nicht schon viel früher von der Vernunft „in allen Stücken öffentlich Gebrauch“ gemacht werden?**

Die 5. Ausgabe des Oerter/Montada (2002) enthält ein Kapitel über die „Entwicklung schulischer Leistungen“. Verfasser sind die Professoren Dr. Olaf Köller (bis 2002 Mitarbeiter am MPIB) und Dr. Jürgen Baumert (ab 1996 Direktor am MPIB). Unter der Überschrift „Frühe Differenzierung fördert leistungsstarke Schüler“ wird dort festgestellt: „Zusammenfassend zeigt sich zumindest für das deutsche Schulsystem, daß – bezogen auf die Leistungsentwicklung – leistungsstarke Schüler von der Differenzierung im Sekundarbereich profitieren.“ (S. 771)

Die Ausführungen basieren auf einer Darstellung, die von Baumerts Vorgänger Professor Dr. Peter Martin Roeder und dessen Mitarbeiter Dr. Fritz Sang im Jahre 1991 veröffentlicht wurde. Diese Darstellung hinwiederum basiert ihrerseits auf Daten des MPIB-Projektes „Schulleistung“ aus den Jahren 1968 bis 1970.

**„Frühe Differenzierung fördert leistungsstarke Schüler!“ – Das heißt dann aber auch: Eine späte Differenzierung drückt leistungsstarke Schüler unter das Niveau ihrer Möglichkeiten.**

Den Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates entsprechend, wurden nach Ausweis von KMK-Statistiken im Jahre 2000 mehr als ein Drittel aller deutschen Schülerinnen und Schüler auch in den 5.

und 6. Jahrgängen noch in leistungsgemischten, heterogenen Lerngruppen unterrichtet. Die Mitteilungen im Oerter/Montada bestätigen nun, daß dies eine der Ursachen für das „miserable Abschneiden“ der deutschen Schülerschaft bei internationalen Leistungsvergleichen ist.

**Unsere 2. Frage: Was ist im Herbst 1998 geschehen? Wer hatte ein Interesse – und die Macht, Bildungsforscher daran zu hindern, von ihrer Vernunft „in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen“?**

Wie bekannt, ist das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPIB) im Jahre 1963 von Dr. iur. h.c. Hellmut Becker gegründet worden. Er fungierte dort bis zu seiner Emeritierung als Gründungsdirektor. Ab 1965 war er auch Mitglied des Deutschen Bildungsrats. Dessen Unterausschuß „Experimentalprogramm“ hat mit ihm als Vorsitzenden 1968 jene folgenreichen „Empfehlungen zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“ konzipiert, die der Deutsche Bildungsrat dann im Januar 1969 verabschiedet hat.

Nach Beckers Emeritierung im Jahre 1981 gab es am MPIB bis zum Sommer 1998 vorübergehend eine Phase verhaltener Transparenz. Ab 1984 ging man daran, aus dem Projekt „Schulleistung“ die auf 150 000 Lochkarten gespeicherten „verarbeitbaren Datensätze für 12 594 Schüler“ PC-tauglich zu transformieren. Im Jahre 1986 erschienen dann erste, allgemein gehaltene Informationen zur Entwicklung schulischer Leistungen, veröffentlicht von J. Baumert, P. M. Roeder, F. Sang und B. Schmitz, Titel: „Leistungsentwicklung und Ausgleich von Leistungsunterschieden in Gymnasialklassen“ (Zeitschrift für Pädagogik 5/1986, S. 639–660).

Zitate aus der Zusammenfassung: „Ein Leistungsunterschiede ausgleichender

*Unterricht ist auch im selektiven Gymnasium der ausgehenden sechziger Jahre eine übliche Unterrichtsform. Das gilt selbst für die auslesebedeutsamen Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik. [...] Auf zunehmende Streuung beziehungsweise ein geringes Vorkennniveauniveau antworten Lehrer offenbar unter anderem mit einer Verlangsamung des Unterrichtstempos und einer Intensivierung von Üben und Wiederholen. Diese repetitive Unterrichtsführung nützt wider Erwarten Schülern mit ungünstigen Eingangsvoraussetzungen nur wenig, während die Lernfortschritte der Schüler des oberen Leistungsdrittels merklich beeinträchtigt werden“ (S. 654). Damit war bereits 1986 nachgewiesen, daß es – zumindest in Deutschland – Grenzen der Heterogenität gibt, die nicht überschritten werden dürfen!*

1995 riet P. M. Roeder in einem umfangreichen Gutachten, unter Berufung auf Ergebnisse des MPIB-Projektes „Schulleistung“ (1968–1970) und des MPIB-Projektes „Hauptschule/Gesamtschule“ (1980), dringend davon ab, in Sachsen-Anhalt die Förderstufe einzuführen (der Text des Gutachtens von 1995 ist abrufbar unter [www.ak-gesamtschule.de](http://www.ak-gesamtschule.de)).

1996 hieß es im Vorwort des 2. Zwischenberichtes über Ergebnisse des von Roeder und Baumert betreuten, 1991 gestarteten MPIB-Projektes „BIJU“: „Wir haben uns bemüht, den Text so zu schreiben, daß er auch ohne Kenntnis der Statistik verständlich ist, aber doch so viele Informationen liefert, daß der Leser sich ein selbständiges Urteil über unsere Interpretation der Ergebnisse bilden kann.“ (S. 5).

Und im Juni 1998 hatte Professor Baumert eine allgemeinverständliche Zusammenfassung von BIJU-Befunden angekündigt: „Der für ein breiteres Publikum gedachte, deskriptive Bericht über die schulischen Entwicklungs-

verläufe wird Ende dieses Jahres erscheinen“ (Pädagogik 6/98, S. 13). Diese Zusammenfassung ist auch nach sechs Jahren immer noch nicht erschienen! Warum nicht? Wer hatte ein Interesse – und die Macht, Bildungsforscher daran zu hindern, von ihrer Vernunft „in allen Stücken“ rechtzeitig „öffentlichen Gebrauch zu machen“? (Die Re-Animation der deutschen Einheitsschul-Bewegung hätte uns erspart werden können.)

**Unsere 3. Frage: Einmal angenommen, das „Max-Planck-Institut für medizinische Forschung“ in Heidelberg hätte herausgefunden, eine traditionelle Behandlungsmethode der Kinderheilkunde wäre im hiesigen Klima erheblich wirksamer als eine von den zuständigen Ministerien mit großem Aufwand eingeführte neue Behandlungsmethode: Wie würde die Öffentlichkeit wohl reagieren, wenn sie erführe, daß dieses Institut über lange Jahre – aus welchen Gründen auch immer – nicht imstande gewesen wäre, die Ergebnisse seiner Forschung bekanntzumachen?**

In seiner Beschreibung des MPIB-Projektes „Schulleistung“ teilt Wolfgang Edelstein 1970 mit, Ziel des Projektes „Schulleistung“ sei es, Klarheit darüber zu gewinnen, welche „Faktoren des Systems“ Schulleistungen fördern und welche Faktoren sie behindern. Beiläufig heißt es dort: „Die Kooperation aller Kultusministerien und des Deutschen Philologenverbandes verdient dankbare Erwähnung. Ohne sie wäre die Untersuchung kaum möglich gewe-

sen“ (Zeitschrift für Pädagogik, 4/70, S. 517).

Von den Kultusministerien und den Lehrerverbänden sollte also mit Nachdruck angefragt werden, was denn bei dem aufwendigen MPIB-Projekt „Schulleistung“ herausgekommen ist. Es gab zwar einige Sekundär-Analysen. Aber eine umfassende Primär-Auswertung ist auch nach 30 Jahren nicht erschienen! – Die Befunde des Projektes „Schulleistung“ hätten mit den Daten des MPIB-Projektes „BIJU“ von 1991 ohne größeren Aufwand aktualisiert und – nach den „Grundregeln der Schuleffektivitätsforschung“ – sogar präzisiert werden können, durch den „Vergleich vergleichbarer Schüler“. Denn auch hier gab es wieder Daten zu den im 7. Jahrgang vorgefundenen Leistungen der Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik sowie zur kognitiven Grundfähigkeit und zum familiären Hintergrund der etwa 9 000 teilnehmenden Schüler. Hier sollte ebenfalls mit Nachdruck angefragt werden.

### Januar 2005

**Der Arbeitskreis Gesamtschule e. V.** (Sitz in Recklinghausen) existiert seit 1994. Seine Mitglieder sind in der Mehrzahl Lehrerinnen und Lehrer, die an Gesamtschulen unterrichten oder dort unterrichtet haben. Aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen und gestützt auf Ergebnisse der Bildungsforschung, halten sie die integrierte Gesamtschule in Deutschland unter den hier gegebenen Bedingungen nach wie vor für

„ein nicht zu haltendes Versprechen“ und für „eine pädagogische Fehlkonstruktion“. Sie hat sich in den 30 Jahren ihres Bestehens trotz aller Begünstigungen und Nachbesserungen nicht als „die pädagogisch und volkswirtschaftlich effektivere Organisationsform von Schule“ erwiesen, als die sie 1969 vom Deutschen Bildungsrat empfohlen wurde.

**Der Arbeitskreis Gesamtschule e. V.** hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Folgen es haben würde, wenn in Deutschland die Einheitsschule eingeführt wird: Leistungsstärkere Schüler können dort nicht ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden, und leistungsschwächere Schüler sind dort durch den Bezugsgruppeneffekt hoher Belastung ausgesetzt. Diese negativen Auswirkungen des Unterrichts in den leistungsgemischten, heterogenen Lerngruppen deutscher Einheitsschulen wurden schon 1982 von Professor Fend beschrieben. Sie sind von den Professoren Köller und Baumert im Oerter/Montada des Jahres 2002 (S. 770; 778) bestätigt worden.

**Der Arbeitskreis Gesamtschule e. V.** teilt die Auffassung, daß das gegliederte Schulwesen nicht die optimale Lösung aller anstehenden Probleme ist. Aber es ist der effektivere Kompromiß.

*Studiendirektor a. D. Ulrich Sprenger war 22 Jahre Lehrer an einer Gesamtschule. Kontaktadresse: Spiekeroogstr. 21, 45665 Recklinghausen, Email: usprenger@ak-gesamtschule.de*

## 35 Jahre Bund Freiheit der Wissenschaft – 30 Jahre Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“

Neben dem Kampf für die Freiheit der Wissenschaft hat sich der Bund Freiheit der Wissenschaft zur Aufgabe gemacht, auf eine Politik zu drängen, die eine stetige Verbreiterung der Bildungschancen mit der Aufrechterhaltung hoher Leistungsmaßstäbe verbindet.

Wir laden Sie ein, unsere Ziele aktiv zu unterstützen. Werden Sie Mitglied im Bund Freiheit der Wissenschaft!

Nutzen Sie dazu das Anmeldeformular auf S. 38! – Oder melden Sie sich online an:

[www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)  
(Verband/Formulare)

Wir danken Ihnen auch für eine Unterstützung unserer Arbeit durch eine Spende. Nutzen Sie dazu bitte die beiliegende Zahlkarte! Eine Spendenbescheinigung wird Ihnen zugesandt.

Wenn Sie Interesse und Zeit haben, treten Sie in Kontakt mit uns – persönlich! Am 18. April beim Vortrag zum Thema „Gestufte Bildung? – Wie das europäische Studienmodell Hochschulen und Schulen verändert“ in Düsseldorf (s. Rückseite des Heftes!)

Redaktion „freiheit der wissenschaft“  
*Dr. Winfried Holzapfel*

# Ganztagsangebote: Freiwillig, subsidiär und vielfältig

Ganztagsangebote in Kindergärten und Schulen leisten unter klar definierten Bedingungen einen positiven Beitrag zu Erziehung und Bildung, Schulqualität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Stützung der familialen Erziehung. Eine Erweiterung der Ganztagsangebote, wie sie gegenwärtig politisch angestrebt wird, muss allerdings von den Bedürfnissen und Erwartungen des Kindes und der Familie her konzipiert werden und weniger von den sie oft überlagernden politischen oder wirtschaftlichen Interessen. **Auf keinen Fall darf damit in Form der „flächendeckenden Ganztagschule“ als „Regelschule“ der Einstieg in eine vom Staat verwaltete Kindheit und Jugend und eine Funktionalisierung von Bildung verbunden sein.** Die Erziehung der Kinder und Jugendlichen darf den Familien nicht entzogen und dem Staat ausschließlich übertragen werden. Eine Investition in die Ganztagschule ist angesichts der Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien eine sinnvolle ergänzende Maßnahme zur Halbtagschule, aber kein Ersatz für die Ursachenforschung und Mängelbeseitigung im bestehenden Halbtagsystem.

Die deutschen Bischöfe wollen mit ihrer Stellungnahme zur aktuellen Debatte beitragen und vertreten nachfolgende grundlegende Positionen:

1. Nach kirchlichem Verständnis und gängiger gesellschaftlicher Auffassung sind die Eltern „die ersten und bevorzugten Erzieher ihrer Kinder. (...) Ihr Erziehungswirken ist so entscheidend, daß es dort, wo es fehlt, kaum zu ersetzen ist“ (Konzilsdeklaration Gravissimum educationis Nr. 3). Das Grundgesetz erkennt in Art. 6 Abs. 2 den Eltern zuvörderst Recht und Pflicht der Pflege und Erziehung zu und drückt damit den Gedanken aus, daß das elterliche Erziehungsrecht Vorrang hat gegenüber allen anderen staatlichen oder gesellschaftlichen Kräften, die sich ebenfalls um die Kindererziehung bemühen. Es entspricht also der Verfassung, dem christlichen Verständnis von Familie und der in unserem Land weithin gelebten Form von Familie, daß die Eltern die ihnen zukommende Aufgabe

von Erziehung und Bildung verantwortlich wahrnehmen. Andererseits wird eine schwindende Erziehungsbereitschaft und -fähigkeit von Eltern konstatiert. Für Staat und Gesellschaft stellt dies eine große Herausforderung dar, da die vorschulische und schulische Erziehungs- und Bildungsarbeit auf der vorausgehenden und begleitenden Erziehungsleistung der Eltern aufbaut. Vor allen Überlegungen zu Ganztagsangeboten in Kindergarten und Schule müssen also Bemühungen des gesamten Gemeinwesens stehen, die Erziehungsbereitschaft und -fähigkeit von Eltern zu stärken. Die Katholische Kirche bemüht sich darum in vielfältiger Weise. Die grundlegende Bedeutung dieser Aufgabe erfordert eine gesamtgesellschaftliche und politische Anstrengung. **Es sind familien-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedingungen zu schaffen, die es Eltern und alleinerziehenden Müttern und Vätern frei von äußeren Zwängen erlauben, ihre Kinder möglichst lange und umfassend selbst zu erziehen.**

2. Wenn Eltern aufgrund der familiären oder beruflichen Situation ihre Erziehungsaufgabe ganz oder teilweise nicht wahrnehmen können oder wollen und Ganztagsbetreuung für ihre Kinder benötigen oder verlangen, kann der Staat dies nicht ignorieren, darf aber auch nicht das so entstehende Erziehungsvakuum einfach allein ausfüllen. Vielmehr sollen sich Ganztagsangebote an den Leitlinien der Subsidiarität, Vielfalt und Freiwilligkeit orientieren. Dies sind die für eine moderne Bürgergesellschaft angemessenen Kriterien, die es zudem dem Staat ermöglichen, sich administrativ zu entlasten und sich auf seine Kernaufgaben der gesetzlichen Regelung, Aufsicht und Finanzierung zu beschränken. **In diesem Zusammenhang wächst den freien Trägern eine größere Verantwortung für die Mitgestaltung und Schaffung von Ganztagsplätzen zu.** Sie können solche Angebote schneller, flexibler, kostengünstiger und dichter am tatsächlichen Bedarf ausrichten. Dabei kann auch auf die Praxis der Katholischen Kirche verwiesen werden, die in ein-

zelnen Bundesländern bereits Kooperationsvereinbarungen getroffen hat und im Verhältnis zur Zahl ihrer Einrichtungen ein höheres und differenzierteres Ganztagsangebot bereithält, als dies im staatlichen Bereich der Fall ist.

Kirchliche Träger legen an ihre Schulen Kriterien an, die auch staatlichen Schulen als Orientierung dienen können:

- Ganztagsangebote ergänzen die Halbtagschule, wenn und wo ein tatsächlicher Bedarf vorliegt.
- Ganztagsangebote im Sinne unterrichtsergänzender Förderungs-, individueller Begabungs- und Betreuungsmaßnahmen am Nachmittag haben Vorrang vor dem Ausbau verbindlicher Ganztagschulen.
- Ganztagsangebote sind familienergänzend, nicht familienersetzend und müssen Elemente enthalten, die mit Blick auf das Kindeswohl die Erziehungsbereitschaft und -fähigkeit der Familie stärken.
- Ganztagsangebote müssen ein pädagogisches Konzept besitzen, das Vielfalt von Inhalten und Methoden ermöglicht, von den Eltern Mitsprache und Mitwirkung erwartet, die Arbeit der freien Jugendverbände mit einbezieht und die Teilnahme auf freiwilliger Basis regelt.

Diese Kriterien für pädagogisch und familienpolitisch verantwortete sinnvolle Ganztagsangebote müssen in der öffentlichen Diskussion einen breiteren Raum einnehmen. Die Katholische Kirche in Deutschland wird ihre Erfahrung als großer Träger von Kindergärten, Schulen, Internaten und Einrichtungen der Jugendhilfe in kommende Gespräche auf den verschiedenen politischen und administrativen Ebenen einbringen und sich an Maßnahmen aktiv beteiligen.

*Die Stellungnahme wurde am 12. März 2003 in Freising abgegeben.*

*Sie ist immer noch aktuell.*



Professor Dr. Manfred Fuhrmann

Der kürzlich verstorbene Konstanzer Literaturwissenschaftler Manfred Fuhrmann war in seinen letzten Lebensjahren nicht müde geworden, gleich einem alttestamentlichen Propheten Mitbürgerinnen und Mitbürger vor den gesellschaftlich verhängnisvollen Folgen des fortschreitenden Bildungsverlustes zu warnen und zur Erneuerung verantwortungsorientierter Allgemeinbildung aufzurufen. Mit seinen ebenso fundierten wie treffsicheren Vorträgen und Aufsätzen hatte er unerwartet breite Zustimmung und persönliche Anerkennung gefunden, zumal er seine Postulate selbst verkörperte. „... was ihn so einmalig macht: die Breite der Interessen, die Fülle der stets verfügbaren Fakten, die enzyklopädische Bildung“. Dies attestierte Fuhrmann seinem eigentlichen akademischen Lehrer, dem Rechtshistoriker Franz Wieacker in einem Arttkel zum 80. Geburtstag,<sup>1</sup> Ihm selbst wäre beim entsprechendem Anlaß in diesem Sommer bekundet worden, wie nahe er dem von ihm als unerreichbar bezeichneten Vorbild gekommen war. Daß dies nur noch in einem Nachruf geschehen kann, schmerzt.

Manfred Fuhrmann lernte ich kennen, als er mir anbot, für die *Bibliothek der Alten Welt* sämtliche Reden Ciceros zu übersetzen. Der herkulischen Aufgabe, die für die europäische Bildungstradition maßgebliche, in der deutschen Altertumswissenschaft des 19. Jahrhunderts höchst umstrittene Persönlichkeit modernen Lesern in den Zeugnissen seiner beruflichen Tätigkeit als erfolgreicher Anwalt und gescheiterter Staatsmann nahe zu bringen, widmete Fuhrmann zwei Jahrzehnte seines Lebens: 1970, als die Freiheit der Wissenschaft in den Universitäten verteidigt werden mußte, erschien der erste, 1982 der siebente Band mit den letzten der 58 Re-

Dem Geist über die Zeit hinweg zu seiner bildenden Wirkung verhelfen

## Manfred Fuhrmann

23. Juni 1925 – 12. Januar 2005

den. Sie fanden eine überraschend große Nachfrage, auch in fremden Sprachgebieten, und mußten von 1982 an neu aufgelegt werden.

Gewiss war Fuhrmann, der 1953 in Freiburg mit Latein, Griechisch und Römischem Recht promoviert und in Göttingen auch am juristischen Seminar als Assistent gearbeitet hatte, besonders qualifiziert, die rechtsgeschichtlichen Voraussetzungen und Begleitumstände der Reden sachgerecht zu berücksichtigen. Die ersten Arbeiten, die er als Assistent veröffentlichte, wie etliche in späteren Jahren, galten Fragen des Römischen Rechts. Deshalb freute er sich besonders über das juristische Ehrendoktorat, das ihm die Universität Freiburg im Breisgau verlieh.

### 1960: „Cum dignitate otium“

Doch daß sich der 1959 in Freiburg habilitierte Privatdozent der Klassischen Philologie zu einer langfristigen Übersetzungsarbeit entschloß und sich dazu 1962, als er den ersten Ruf als Kieler Extraordinarius annahm, vertraglich verpflichtete, war außergewöhnlich. Denn Übersetzungen galten nicht als wissenschaftliche Leistung, deren Ausweis für die akademische Laufbahn zählte. Was den Privatdozenten zu seinem waghalsigen Unterfangen veranlaßte, erklärt seine erste, 1960 erschienene philologische Veröffentlichung *Cum dignitate otium. Politisches Programm und Staatstheorie bei Cicero*. Sie belegt mit einer Übersetzungsprobe aus der Rede für Sestius seine Qualifikation für das Vorhaben und präludiert zugleich seinen lebenslangen Einsatz für die Bildungsaufgabe des Gymnasiums

Die Verteidigungsrede für Sestius, die Cicero aus Dankbarkeit für dessen maßgebliche Hilfe bei der Aufhebung seiner Verbannung hielt, schließt mit einem Appell an die Richter, die dem Kreis der Senatselite angehörten: Sie sollten sich bei ihrem Spruch der staatsmännischen Pflichten bewußt sein, die das Begriffspaar des *otium*, einer vom Broterwerb der *negotia* freien Lebensweise, und der *dignitas* als Würdenträger des Staates zum Ausdruck bringt. Im Unter-

schied zu vorherigen Interpreten hebt Fuhrmann den Zwiespalt zwischen dem individuellen Verhalten der Würdenträger und ihrer im Dienst des Gemeinwezens, der *res publica*, sich bewährenden *dignitas* auf und sieht in diesem Programm den Beginn von Ciceros staatsphilosophischen Bemühungen. Um den ursprünglichen Sinn des Begriffspaares zu erfassen, muß er es von den späteren Umdeutungen befreien, in denen das *Otium cum dignitate* als eine des christlich erzogenen oder allgemein gebildeten Individuums würdige Freizeitgestaltung verstanden wird.

Der Aufsatz verweist damit auf das wirkungsgeschichtliche Grundanliegen, das Fuhrmanns lebenslange Beschäftigung mit der Antike kennzeichnet. Ebenso bezeichnend für seine Einstellung sind Form und Adressaten der Veröffentlichung. Der Aufsatz erschien nicht in einer althilologischen Fachzeitschrift, sondern im *Gymnasium*, deren Leser sich vor allem für den Bildungsgehalt wissenschaftlicher Erkenntnisse interessieren. So erstaunt es nur im ersten Moment, daß der Autor an Stelle lateinischer Textstellen eine vollständige deutsche Übersetzung des Schlussteils der Rede der Interpretation zugrunde legt. Fuhrmann richtet sich also zum vorneherein an Lehrer, zu deren Tagesgeschäft die Einübung sachgerechter und stilsicherer Übersetzung lateinischer Texte im Klassenzimmer gehört, sowie an Leser, die mit Latein nicht oder nicht mehr ausreichend vertraut sind und trotzdem kompetent mit antiken Bildungsinhalten umgehen möchten.

Im Rahmen seiner *Venia legendi* veröffentlichte Fuhrmann philologische Editionen und Untersuchungen, vor allem auf den von der deutschen Alterswissenschaft des 19. Jahrhunderts mißachteten Gebieten der antiken Rhetorik, Poetik und anderer Lehrschriften. Doch die meisten seiner Bücher wie der über 120 Aufsätze richtete er an Gymnasiallehrer und ein breites gebildetes Publikum. Dies war vor allem der Fall, nachdem er 1966 als ordentlicher Professor der Literaturwissenschaften an die eben gegrün-

dete Reformuniversität Konstanz berufen worden war.

Was in seinem Aufsatz von 1960 angelegt war, trug er in seiner Antrittsvorlesung vom 24. Januar 1968 als programmatische Streitschrift in die Öffentlichkeit.<sup>2</sup> Er führte darin den in der Öffentlichkeit weitgehend akzeptierten, wenn nicht gutgeheißenen Niedergang des humanistischen Gymnasiums auf den Zerfall seines geistigen und personellen Fundamentes der Altertumswissenschaften zurück: Der Neuhumanismus hatte während der preußischen Befreiungskriege die griechisch begründete Antike systematisch zu erforschen begonnen, um das idealisierte griechische Vorbild des deutschen Bildungsbürgertums wissenschaftlich zu legitimieren. Damit avancierte gleichzeitig der Philologe vom theologischen Hilfsberuf zum beamteten Repräsentanten des Gymnasiums und – da dieses als einzige höhere Schule zum Abitur führte – zum Lehrmeister der akademischen Elite. Die Altertumswissenschaft selbst zerstörte durch ihre Forschungen das Idealbild der Antike, so daß es zur bürgerlichen Ideologie der klassischen Philologie erstarb. Diese konnte ihren Absolventen nicht mehr das zur Rechtfertigung des humanistischen Gymnasiums notwendige Selbstverständnis vermitteln, als es 1900 der Konkurrenz mit moderneren zur Studienberechtigung führenden Bildungsformen ausgeliefert wurde.

Deshalb schlug Fuhrmann vor, das Studium der alten Sprachen nicht mehr auf das klassische Altertum in seiner Totalität und Einmaligkeit auszurichten, sondern es wie bei den modernen Philologien auf eine Sprache als Hauptfach zu konzentrieren und dieses durch ihre Wirkungsgeschichte bis zur Gegenwart zu ergänzen. Dies erfordere beim Studium des Lateins eine angemessene Berücksichtigung der christlichen spätantiken, mittel-, neulateinischen Literatur und der Nachwirkung antiker Elemente in den modernen Sprachen und Kulturen. Eine solche Reform erlaube nicht nur eine zeitgemäße Erneuerung der klassischen Philologie, sie ermögliche auch eine bessere Ausbildung der meisten Studierenden klassischer Sprachen, die Latein mit einem anderen Fach als Griechisch kombinieren möchten.

Fuhrmann war von den Ergebnissen einer 1963 veröffentlichten *Enquête* ausgegangen, bei der 53 Repräsentanten der deutschen und österreichischen Politik, Literatur und Wissenschaft von Konrad Adenauer bis Reinhold Zsalatz ihre Meinung zur Krise des humanistischen Gymnasiums geäußert hatten. Die darauf folgende Ursachen- und Situationsanalyse fiel nicht nur aus Zeitgründen derart plakativ und provokativ aus, daß die stärker differenzierenden Fußnoten und die pragmatischen Leitsätze des Nachwortes in der gedruckten Fassung die kategorische Ablehnung der erwägenswerten Reformvorschläge durch das empörte Gros der Fachkollegen nicht verhindern konnten. Daran änderte auch eine Aussprache in der Mitgliederversammlung 1970 der Mommsen-Gesellschaft nichts.<sup>3</sup>

### ***Reformerische Energie und freudige Arbeitskraft***

Fuhrmann zog daraus die Konsequenzen und richtete seine reformerische Energie direkt auf den altsprachlichen Gymnasialunterricht, demonstrierte in Fortbildungskursen, wie man die üblichen Autoren sachgerecht und doch lebendig interpretieren und durch interessante Lesestoffe aus Mittelalter und Humanismus ergänzen könne. Er wirkte bei der Ausarbeitung neuer Lehrmittel und Textsammlungen mit und verbreitete seine Vorstellungen in den entsprechenden Zeitschriften, um beispielsweise die ideologisch belastete, didaktisch fragwürdige Anfängerlektüre Cäsars durch bewährte Schulautoren des italienischen und nordeuropäischen Humanismus zu ersetzen<sup>4</sup> oder um die Asterix Comics als „geheimen Miterzieher“ zur Freude am Lateinunterricht einzusetzen.

Im übrigen hielt er sich an die Mahnung von Voltaires *Candide* und pflegte mit nie nachlassender freudiger Arbeitskraft wörtlich und in übertragenem Sinn seinen weiten Garten. Das „Auf dem Stein“ oberhalb der Stadt Überlingen abgelegene Haus bot zugleich Ruhe und einen inspirierenden Rundblick auf die Bodenseelandschaft bis zu den Alpen. Es erlaubte ihm, das Treiben auf seinem Interessengebiet mit der nötigen Distanz zu beobachten und das gebildete Publikum regelmässig auf beachtenswerte Neuerscheinungen aufmerksam zu machen. Das konnte ebenso eine zweibändige fachwissenschaftliche Neuinterpretation des *König Oedipus* sein<sup>5</sup> wie 1984 Christa Wolfs *Kassandra*, 1986 ihr

Essay über Penthesilea und 1996 ihre Umdeutung der *Medea*<sup>6</sup> wie auch Grünbeins dichterische Auseinandersetzung mit dem Rom der Kaiserzeit.<sup>7</sup>

Seine wirkungsgeschichtlichen Anliegen fanden während seiner langjährigen Mitarbeit in der Konstanzer Forschungsgruppe Poetik und Hermeneutik kollegiale Anregung und Anerkennung, bis er in den neunziger Jahren als Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften einen breiteren kollegialen Kreis für diese Interessen fand und nach seinem bahnbrechenden Antrittsvortrag über die kulturpolitische Umdeutung des antiken Europabegriffs im Spätmittelalter und im italienischen Humanismus mit der Leitung der langfristigen Edition des Reuchlin Briefwechsels beauftragt wurde.

Neben den Reden Ciceros übersetzte er 1971 die *Germania* des Tacitus, 1977 die *Wolken* des Aristophanes, 1982 unter dem Titel „Christen in der Wüste“ *Hieronymuslegenden*, 1986 Platons *Apologie des Sokrates* und beschäftigte sich eingehend mit der Theorie der Übersetzung, deren krönendes Ergebnis 1986 die Edition von *Wielands Übersetzung des Horaz in der Bibliothek deutscher Klassiker* war. Er brachte die *Bibliothek der Alten Welt* und die *Tusculumreihe* zum Abschluß und zur Verbreitung unter Lesern, die sich für bestimmte Themenbereiche des antiken Schrifttums interessierten.

Akademischen Ämtern ging er ebenso aus dem Wege wie Einladungen zu Gastsemestern, die ihn längere Zeit von seinem Tusculanum ferngehalten hätten (obwohl er neben seiner holländischen Muttersprache die europäischen Konferenzsprachen beherrschte). Ebenso zog er es vor, seine Korrespondenz und seine zahlreichen Arbeit mit sicherer Hand auf der vertrauten Schreibmaschine zu tippen, statt sich mit dem ständig komplizierter und unübersichtlicher werdenden Fortschritt der elektronischen Textverarbeitung herumzuschlagen.

Die Bodenseelandschaft war dem am Teutoburger Wald aufgewachsenen Norddeutschen so ans Herz gewachsen, dass er es kaum versäumte, am wöchentlichen Stammtisch der Überlinger Honoratioren teilzunehmen und an der Verleihung des Bodensee-Literaturpreises mitzuwirken. Seine *Laudatio* auf Golo Mann *Jugendjahre am Bodensee* gestaltete er zu einem weit über den Anlaß hinausreichenden Stück Erzie-

hungsroman eines Jünglings, der in der benachbarten Schule Schloß Salem eine ähnlich prägende politische Persönlichkeitsbildung auch durch den Lateinunterricht erfahren hatte, wie die politischen Eliten der italienischen Renaissance in den Internaten eines Vittorino da Feltre und Guarino von Mantua.

Fuhrmann nahm gerne Einladungen zu Vorträgen und Kolloquien im In- und Ausland an, wenn sie ihn nicht zu lange von seinem Arbeitszimmer fernhielten. Er liebte es, seine Erkenntnisse einem interessierten Publikum nahe zu bringen oder sie in einem nicht zu großen Kreis von Kollegen zur Diskussion zu stellen. An den alljährlichen Sitzungen zur Vergabe der hochdotierten Preise der Internationalen-Bazan-Stiftung für geisteswissenschaftliche Spitzenleistungen zeichnete er sich durch seine sorgfältige Prüfung der Vorschläge und sein unbezweifelndes, fundiertes Urteil ebenso aus wie durch seine kollegiale Urbanität.

### **Cicero-Biographie und „Rom in der Spätantike“**

Von allen zeitraubenden institutionellen Verpflichtungen befreite er sich 1990, als seine im Vorjahr erschienene Biographie Ciceros auf ein derart breites Interesse stieß, daß noch im selben Jahr eine zweite Auflage nötig wurde.<sup>8</sup> Es drängte ihn nun, auch seine von der klassischen Philologie weniger bearbeiteten, von ihm seit langem in Vorträgen angeschnittenen Themen dem gebildeten Publikum in Buchform zusammenfassend zu präsentieren. 1994 erschien *Rom in der Spätantike, Porträt einer Epoche*, ein großer Wurf, der die von der deutschen Altertumswissenschaft vernachlässigte Epoche als „verheißungsvollen Anfang der europäischen Kultur“ darstellt und rasch neu aufgelegt werden mußte.<sup>9</sup> 1997 veröffentlichte er mit *Seneca & Kaiser Nero* die Biographie des römischen Schriftstellers und Philosophen, der Cicero in seiner europäischen Wirkung nahe kam und dem er bereits 1963 einen ersten Aufsatz im „Gymnasium“ gewidmet hatte.<sup>10</sup>

Seine in Anlage, Ausführung und Präsentation gediegene *Geschichte der römischen Literatur* konnte ihr Ziel, als Einführung „Lernenden, Lehrenden und Liebhabern das Ganze ihres Gegenstandes“ einschließlich der Spätantike nahe zu bringen, neben den spezifisch auf Studium und Unterricht ausgerichteten, zum Teil gleichnamigen Lehrbüchern nicht in dem erhofften Maße erreichen.

Ganz anders erging es dem äußerlich schmalen Buch *Der europäische Bildungskanon des bürgerlichen Zeitalters*. Es war das Ergebnis eines Seminars, das er im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach im Sommer 1997 leitete und erschien 1999. Es interessierte Leser und Leserinnen, die den geschilderten Bildungskanon noch selbst erlebt hatten oder als Nachfahren vermißten.<sup>11</sup>

Damit kommen wir zurück zum Ausgangspunkt dieses Nachrufes. In seinen letzten Lebensjahren diente seine Arbeitskraft vornehmlich dem Kampf für die Erhaltung und Erneuerung einer verantwortungsorientierten Allgemeinbildung, deren europäische Dimension durch die lateinische Assimilation und Transformation der hellenistischen und christlichen Antike bestimmt ist.

Fuhrmann glaubte, diesem Kampf mit einem vorwiegend aus älteren Sekundärquellen erarbeiteten, 2001 veröffentlichten „großen“ Buch *Latein und Europa. Geschichte des gelehrten Unterrichts in Deutschland von Karl dem Großen bis Wilhelm II.* das geschichtliche Arsenal bereit zu stellen. Doch sah er rasch ein, daß er mit seinen geschliffenen Vorträgen und Aufsätzen, von denen etliche 2002 in einem Reclam-Bändchen für 2.60 € verfügbar wurden, handlichere Waffen schmiedete.<sup>12</sup>

Daneben arbeitete er an einem Buch, das wegen seiner Einzigartigkeit besonderes Interesse verdient. In seinem Oeuvre finden sich ausgezeichnete biographische Skizzen von Lehrern und Fachkollegen, jedoch kein Wort über seine eigene Biographie. Gewiß war er sich seiner Bedeutung bewußt; doch in seinen Arbeiten ging es ihm nur um die Sache. In seinem letzten Buch tritt er zum ersten Mal persönlich auf, und zwar als jugendlicher Helfer des jüdischen Theatermannes Dr. Kaufmann, der 1941/42 bei Fuhrmanns im Dorf Hiddesen bei Detmold verbotenen Unterschlupf gefunden hatte, jedoch regelmäßig in Paderborn seine Lebensmittelkarte abholen und einlösen mußte. Bei den meist zu Nacht durchgeführten Fußmärschen durch den Teutoburger Wald in menschenleeren Straßen war er auf die Ortskenntnis und beim Tragen des Gepäcks auf die Hilfe des Jünglings angewiesen, bis ihn ein grotesker Zufall das Fuhrmannsche Refugium mit Theresienstadt zu vertauschen zwang: ein schwachsinniger Greis, der Kaufmann schätzen ge-

lernt hatte und sich vermutlich vor der Abreise ins Asyl von ihm verabschieden wollte, erkundigte sich bei der Ortspolizei in Hiddesen nach der Adresse. Kaufmann kehrte nach dem Kriegsende als gebrochener Greis zurück.

### **Denkmal für einen Zufallsbekannten**

Fuhrmann hat die Lebensgeschichte des tüchtigen, jedoch nicht berühmten Theaterintendanten und -regisseurs aus den verschiedensten Quellen mit einer Akribie und Einfühlung rekonstruiert, die weit über das hinaus geht, was Literaturhistoriker in ihren Archivstudien anwenden, und nur durch den tiefen Eindruck, den diese Begegnung dem an einer Karriere als Pianist interessierten Jüngling eingeprägt haben muß, erklärbar ist.<sup>13</sup> So entwirft Fuhrmann, wie Martin Walser im Vorwort treffend ausführt, ein Stück Berliner Theatergeschichte des frühen zwanzigsten Jahrhunderts von einer Präzision und Lebendigkeit, die in den meisten Darstellungen vom Glanz der beteiligten Berühmtheiten überstrahlt wird. Der Schweizer, der über den Höhepunkt von Kaufmanns Theaterkarriere als Direktor des Berner Stadttheaters dem Autor leider kaum andere Belege als Theaterzettel und Zeitungsartikel vermitteln konnte, ist erstaunt zu erfahren, mit welchem Wagemut und Erfolg Kaufmann zwischen 1925 und 1931 ein viel reichhaltigeres und innovativeres Repertoire zur Aufführung bringen konnte als seine heutigen Nachfolger. Neben den anspruchsvollen bewährten Dramen von Shakespeare bis Ibsen und Hauptmann, den Opern von Händel und Mozart bis Janacek und Hindemith sowie den üblichen Operetten wurden jedes Jahr mehrere Werke junger Schweizer Dramatiker und Komponisten aufgeführt, bis Kaufmann von seiner erfolgreichen Intendanz zurücktrat, als die privaten Träger des Theaters ihn zwingen wollten, ein von ihm abgelehntes Skandalstück zur Abtreibungsfrage aufzuführen. Daß er sich 1932 mit der Rückkehr nach Deutschland ins Verderben stürzte, verkannte der jüdische Theatermann, „ein unendlich fleißiger und anscheinend unbeirrbar wohlgesonnener, das heißt gutwilliger Mensch“, wie Walser ihn auf Grund der Biographie charakterisiert. Um so eindrücklicher ist das Denkmal, das Fuhrmann dem Zufallsbekannten gesetzt hat, dem er explizit nur die Regeln und Kniffe des Bridge verdankte.



Martin Walser widmete dem Freund einen Nachruf besonderer Art: Er schälte aus der Biographie Ciceros, wie es sich aus Fuhrmanns Ciceroreden und -biographie ergibt, Wesen und Antrieb des Intellektuellen heraus. Dieser zeichnet sich dadurch aus, daß er mit den Waffen der Rede seine Vorstellung einer freien und gerechten Gesellschaftsordnung gegen die Übermacht der in ihr herrschenden Gewalten zu behaupten versucht, dabei Kompromisse eingehen muß und meistens scheitert, und kommt zum Ergebnis, daß Cicero und dessen Interpreten Fuhrmann die Grundcharakteristik des Intellektuellen, die *Begeisterung*, verbindet. Walsers Nachruf in Form eines Aufsatzes über Cicero und den Cicero-Interpreten Fuhrmann erschien in der Zeitschrift Cicero.

### **Grundcharakteristik des Intellektuellen: die Begeisterung**

Bereits die Tatsache, daß der Name „Cicero“ in Deutschland für eine anspruchsvolle Zeitschrift gewählt und vom Publikum positiv aufgenommen wurde, ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß die Begeisterung, mit der Fuhrmann 1968 den Kampf für eine Erneuerung der klassischen Philologie und des Lateinunterrichts aufnahm, nicht erfolglos gewesen ist.

Schon 1970 gab es Kollegen, die auf seinen Vorschlag eingingen, den Kanon der in Universitäten und Gymnasien traktierten lateinischen Autoren über das Jahrhundert der ausgehenden Republik und des beginnenden Principats hinaus zu erweitern. Eine neue Generation interessierte sich zusehends mehr für die Wirkung der antiken Bildungsinhalte, die auch schon früher von bedeutenden Gelehrten wie Eduard Norden berücksichtigt worden war. Nunmehr wurde sie systematischer in Forschung und Lehre der klassischen Philologie eingeführt und erhielt ein eigenes Publikationsorgan mit *Antike und Abendland*, an dem auch Fuhrmann mitarbeitete. Im Verlauf einer Generation erhielt die klassische Philologie ein völlig neues Profil. So wird heute die neulateinische Literatur der Reformationszeit nicht mehr nur von Germanisten und Historikern, sondern vor allem von Altphilologen erforscht, und ihr Promotor, der Hamburger Emeritus Walther Ludwig, war der erste, der 1970 auf Fuhrmanns Vorschläge positiv reagierte.

Entsprechendes gilt vom Gymnasialunterricht. Die begeistertsten Berichte von

Berliner Schülerinnen über ihre Teilnahme an internationalen Lateinwettbewerben sind nur ein Indiz von vielen für die grundlegende Erneuerung des Lateinunterrichtes. Sie erlaubt es, den Pessimismus, mit dem Manfred Fuhrmann in seinen letzten Jahren die Situation der Allgemeinbildung beurteilte, mit dem Adjektiv *hochgemut* zu ergänzen: Pessimismus angesichts des allgemeinen Zeitgeistes, hochgemut dank der Erfahrung, daß immer wieder Persönlichkeiten wie Fuhrmann sich dafür einsetzen, dem Geist über die Zeit hinweg zu seiner bildenden Wirkung zu verhelfen.

Dies lehrt zum Schluß, jedoch nicht zuletzt, die Wirkungsgeschichte Ciceros. Antonius ließ Kopf und Hände Ciceros über der Rednertribüne des Forums anageln, um mit diesem grausigen Bild den Römern das Ende der republikanischen Freiheit augenfällig zu machen. Und doch hat Cicero nach seinem Tod eine nachhaltige Wirkung auf die europäische Bildungsgeschichte mit deren Folgen für die Durchsetzung des republikanischen Freiheitsgedankens ausgeübt.

Mommsen schloß sein bekanntes Verdammungsurteil mit den weniger bekannten Sätzen: *Mit Cicero wird jeder Unbefangene bald im Reinen sein, der Ciceronianismus ist ein Problem, das in der That nicht eigentlich aufgelöst, sondern nur aufgehoben werden kann in dem grösseren Geheimnis der Menschennatur, der Sprache und der Wirkung der Sprache auf das Gemüth.*<sup>14</sup>

Die Wirkung vor allem der geschriebenen Sprache auf Intellekt und Gemüt des Menschen ist seit Petrarca und Salutati Gegenstand der *Studia humanitatis*<sup>15</sup>, der späteren humanistischen Bildung. Ihr Geheimnis aufzulösen, ist das eigentliche Geschäft der Philologie. Es wurde in Deutschland durch den Neuhumanismus verdrängt und in Universitäten wie Gymnasien vernachlässigt. Fuhrmann hat es zu seiner Lebensaufgabe gemacht, dieses eigentliche Geschäft der Philologie von neuem zur Geltung zu bringen, und diese Aufgabe hat er mit Bravour gelöst.

Walter Rüegg

Soweit nicht anders angemerkt, enthält es die bibliographischen Hinweise zu den im Nachruf erwähnten Arbeiten. Kleine Schriften Fuhrmanns enthalten auch: M. F., *Alte Sprachen in der Krise. Analysen und Programme*, Stuttgart: Klett 1976. M. F., *Brechungen. Wirkungsgeschichtliche Studien zur antik-europäischen Bildungstradition*, Stuttgart, Klett Cotta 1982. M. F., *Cäsar oder Erasmus. Die alten Sprachen jetzt und morgen, Promenade 3*, Hrsg. Gert Ueding, Tübingen: Köpfer & Meyer 1995.

<sup>2</sup> M. F., *Die Antike und ihre Vermittlung. Bemerkungen zur gegenwärtigen Situation der klassischen Philologie. Mit einem Nachwort*. Konstanz: Universitätsverlag 1969, ND in: M. F., *Cäsar oder Erasmus* (wie Anm. 1, S. 11–51).

<sup>3</sup> Wie klassisch ist die klassische Antike? Eine Disputation zwischen Manfred Fuhrmann und Hermann Tränkle über die gegenwärtige Lage der Klassischen Philologie, Zürich und Stuttgart: Artemis 1970.

<sup>4</sup> M. F., *Cäsar oder Erasmus* (wie Anm. 1), S. 53–77, sowie M. F., *Alte Sprachen in der Krise* (wie Anm. 1), S. 83–94.

<sup>5</sup> Bett der Gewalt, Jean Bollacks „König Oedipus“, FAZ. Literatur 4. 10. 1995, Nr. 230, S. 15.

<sup>6</sup> Honecker heisst jetzt Aietes. Aber Medea wird verteuftelt human. Christa Wolf schreibt den Mythos neu. FAZ. Bilder und Zeiten, 3. 3. 1996, Nr. 53.

<sup>7</sup> Zeitdiagnose im Widerpart Rom. Zu Grünbeins Gedichtband Nach den Satiren. Sprache im technischen Zeitalter Nr. 151 (Oktober 1999), S. 276–285.

<sup>8</sup> M. F., *Cicero und die römische Republik. Eine Biographie*, München und Zürich: Artemis 1991, 2. Aufl. 1991, 3. Aufl. 1991, 4. Aufl. 1997, engl. 1992.

<sup>9</sup> M. F., *Rom in der Spätantike. Porträt einer Epoche*, Zürich: Artemis & Winkler 1994, 2. Aufl. 1995, 3. Aufl. 1998.

<sup>10</sup> M. F., *Seneca & Kaiser Nero. Eine Biographie*, Berlin: Alexander Fest 1997, ND: Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1998. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1999.

<sup>11</sup> M. F., *Der europäische Bildungskanon des bürgerlichen Zeitalters*. Frankfurt am Main und Leipzig: Insel 1999. 1. Aufl. 1999, 2. Aufl. 2000.

<sup>12</sup> M. F., *Bildung. Europas kulturelle Identität*. Universal Bibliothek Nr. 18182, Stuttgart: Philipp Reclam jun. 2002.

<sup>13</sup> M. F., *Aus der Bahn geworfen. Die Stationen des jüdischen Theatermannes Dr. Hans Kaufmann*, Bielefeld: Aisthesis Verlag 2003.

<sup>14</sup> Th. Mommsen, *Römische Geschichte II* (1879), S. 21.

<sup>15</sup> W. Rüegg, *Die Funktion des Humanismus für die Bildung politischer Eliten*, in: W. Ludwig, G. Huber-Rebenich (Hgg.), *Humanismus in Erfurt*, hain wissenschaft 2002, S. 13–32.

<sup>1</sup> M. F., *Franz Wieacker wird achtzig*, FAZ 4. 8. 1988. ND in: M. F., *Europas fremde Fundamente. Aktuelles zu Themen aus der Antike*, Zürich: Artemis & Winkler 1995, S. 223. Der Band enthält neben zahlreichen Aufsätzen aus den verschiedenen Interessengebieten Fuhrmanns ein Verzeichnis seiner Schriften.

## George Orwell, die Meinungs- freiheit und die DDR

**Bernd Lippmann/Steffen  
Leide (Hg.): Das Orwell'sche  
Jahrhundert? Colloquium  
zum 100. Geburtstag von  
George Orwell (Schriften-  
reihe des Hauses der Zu-  
kunft, hg. von Roland Hahn,  
Bd. 3), Ludwigfelde: Lud-  
wigfelder Verlagshaus,  
2004. 157 S., ISBN 3-933022-  
28-2. 20 Euro.  
Bestellungen beim Verlag  
unter Tel./Fax (0 33 78)  
87 25 80.**

Einer der wichtigsten Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, der Engländer Eric Arthur Blair, bekannt unter dem Pseudonym George Orwell, gehört mit seinen literarischen Werken „Mein Katalonien“, „Farm der Tiere“ und „1984“ sowie seinen brillanten Essays zu den hellstichtigsten Kritikern jedweder totaler Herrschaft. Seine Grundeinsichten in politische Zusammenhänge, die er in eindrucksvoller Weise literarisch gestaltete, sind Teil der geistigen Grundausstattung jedes gebildeten Bürgers – gehören doch seine Hauptwerke nach wie vor zum Kanon der Schullektüre. Weniger bekannt ist indes die Wirkungsgeschichte dieses Autors in kommunistischen Diktaturen. Der vorliegende, sehr lesenswerte Sammelband bietet hier erhellende Aufsätze vorwiegend mit Blick auf die DDR, wurden doch in dieser Diktatur mehrfach Menschen wegen des Besitzes und der Weitergabe von Orwells Schriften zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt – Orwells „1984“ galt der damaligen Obrigkeit als antisozialistische „Hetzschrift“. Orwell nahm zwar in seinen Satiren die Erfahrungen mit dem Kommunismus Stalinscher Prägung zum Anlaß, doch erlangten seine Darstellungen Allgemeingültigkeit, weil die Tendenzen zur Gesinnungs- und Meinungskontrolle in allen modernen Staaten eine ständige totalitäre Ver-

suchung darstellen (vgl. fdw 4/2004, S. 23 ff.).

Unter den lesenswerten Beiträgen befindet sich ein Aufsatz Hans Eberhard Zahns, des Ehrenvorsitzenden der Sektion Berlin-Brandenburg des BFW. Zahn stellt die Frage, was die DDR war und wo sie ihre reinste Ausprägung erfahren hat, eine Frage, die angesichts allzu verbreiteter nostalgischer Vorstellungen über die „heile Welt der Diktatur“ höchst aktuell ist. Seine Antwort, auf der Basis seiner eigenen damaligen Haftarbeitslager des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik, im „Lager X“: „Ergänzt werden Zahns differenzierte und präzise Ausführungen durch einen Beitrag über die Sowjetisierung der Hochschulen, und zwar am Beispiel der Verfolgung politisch Mißliebiger an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle von André Gursky, der hier Fallbeispiele präsentiert. Eindrucksvoll auch die aus persönlichem Erleben erwachsenen Betrachtungen Baldur Haases, der dokumentarisch die Rolle seiner Lektüre und Weiterverbreitung von Orwells „1984“ für seine Verurteilung belegt.

Besonders hervorzuheben ist schließlich der Aufsatz des polnischen Philosophen und Literaturwissenschaftlers Karol Sauerland, von dem auch eine instruktive Darstellung der Geschichte der Denunziation im 20. Jahrhundert stammt (30 Silberlinge, Berlin 2000; vgl. fdw 2/2001, S. 22). Sauerland ordnet Orwells Werk in ein Schema ein, das den idealen vom perfekten Machtapparat unterscheidet. Der ideale Machtapparat, in dem auch Schlamperei ihren guten Sinn habe und die Herrschenden niemals greifbar sind, finde sich im Werk Kafkas porträtiert; der perfekte hingegen in den Werken Samjatsins, Huxley und Orwells. Hier wird der Mensch durch ein ausgeklügeltes System zu einem Kollektivmenschen geformt, der keine anderen als die von den Machthabern gewünschten Gefühle besitzen darf.

Der Sammelband beleuchtet wichtige Facetten des „Orwell'schen Jahrhunderts“ und ruft in geglückter Weise einen Schlüsselsatz Orwells in Erinnerung: „Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen.“

*Till Kinzel*

**Caspar von Schrenck-  
Notzing: Charakterwäsche.  
Die Re-education der Deut-  
schen und ihre bleibenden  
Auswirkungen. Erweiterte  
Neuausgabe, Graz: Ares-  
Verlag, 2004. 326 S. ISBN  
3-902475-01-3. Euro 19,90.**

Rechtzeitig zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa und Deutschland erscheint in einer neuen Ausgabe der Klassiker Caspar von Schrenck-Notzings über die Umerziehungspolitik in Deutschland, die nach dem frühen Besteller Ernst von Salomons („Der Fragebogen“) die wohl wichtigste Auseinandersetzung mit der geistigen und kulturellen Dimension der alliierten Politik nach dem Ende des Hitler-Regimes darstellt. Während Ernst von Salomon sich mit Ironie literarisch mit der sogenannten Entnazifizierung auseinandergesetzt hatte, zielt Schrenck-Notzings Analyse auf die Analyse der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland überhaupt. Das Buch, das seit seinem ersten Erscheinen zahlreiche Auflagen erlebt hatte, ist hier erstmals um mehrere Kapitel erweitert worden, die sich, z. T. etwas impressionistisch, mit der „intellektuellen Luftbrücke“ von New York nach Berlin, mit der „Vergangenheitsbewältigung“, dem sogenannten Historikerstreit sowie dem Wandel der Umerziehung von der Propaganda zur politischen Kultur befassen. Damit widmet Schrenck-Notzings Studie einem Thema Aufmerksamkeit, das durch die gegenwärtigen Diskussionen um Geschichte und Geschichtspolitik, aber auch um die Möglichkeit einer demokratischen Umstrukturierung vormals diktatorischer Regime wie im Irak neue Aktualität erhält.

*Till Kinzel*

## Kabarett und Politik

**Peter Gutjahr-Löser, Können  
Sie folgen? Leipzig: Leipziger  
Universitätsverlag, 2005.  
114 S., ISBN 3-86583-040-4.**

Angesichts des verminten Geländes der Zeitgeschichte bleibt einem heutzutage oft das Lachen im Halse stecken. Dies aber muß nicht so sein: Ausgesprochen humorig und kurzweilig zu lesen sind die Ausflüge des Kanzlers der Leipziger Universität Peter Gutjahr-Löser in die

deutsch-deutsche Geschichte. Gutjahr-Löser war in früheren Jahren Geschäftsführer des Bundes Freiheit der Wissenschaft und auch redaktionell mit dieser Zeitschrift verbunden (er schrieb dort zum Teil unter dem hier gelüfteten Pseudonym Peter Pawel – eine nicht unwichtige Episode aus der Frühzeit des BFW), war aber auch z. B. für die Max-Planck-Gesellschaft und die Hanns-Seidel-Stiftung tätig. Für den politisch wie historisch interessierten Zeitgenossen ist das soeben erschienene kleine Büchlein allerdings nicht nur ein amüsanter Lesevergnügen, Gutjahr-Löser ruft vielmehr auch Ereignisse etwa aus der Zeit der Studentenrevolte ins Gedächtnis, die vielfach schon dem allzu schnellen Vergessen überantwortet wurden, hier aber mit prägnanten Zusparungen und Pointen serviert werden.

So berichtet er launig von prägenden Erlebnissen seiner Schulzeit, aus der auch der Titel des Buches stammt: „Können Sie folgen?“ – die Frage des Physiklehrers, als dieser die Theorie des Plattenkondensators behandelte. Als die Schüler auf diese Frage mit einer Gegenfrage antworten, entspinnt sich folgender Wortwechsel: „Kennen Sie noch den Horst Rünz?“ – „Ja, was ist mit dem?“ – „Der studiert im fünften Semester an der Technischen Universität München Physik. Dort machen Sie jetzt das gleiche wie wir hier.“ – Darauf der Lehrer wiederum: „Das glaube ich nicht, daß die das an der TU so exakt machen!“

Aber auch Begegnungen mit bekannten Politikern wie Franz Josef Strauss oder mit Kabarettisten wie Werner Finck werden geschildert, der auch schon einmal aus Engagement für die Erhaltung der deutschen Demokratie ein Spende an den Bund Freiheit der Wissenschaft überwies. Streiflichter fallen auf Roman Herzog und Kurt Biedenkopf, auf Hermann Lübke und Ludwig von Friedeburg sowie Königin Elisabeth und Ludwig Erhard – und Gutjahr-Löser erklärt, warum es bloß ein Gerücht ist, daß die CSU in Bayern regiert.

Abgerundet wird der Band mit west-östlichen Betrachtungen über Luther in der DDR sowie durch eine hübsche Anekdote. Im Vorfeld des 1. Mai verbreitete Gutjahr-Löser über den Fernschreiber des Bundes Freiheit der Wissenschaft folgende Parole, die von allen großen Printmedien nachgedruckt wurde: „Kommilitoninnen und Kommilitonen! Solidarisiert Euch mit den Arbeitern! – Arbeitet!“

Till Kinzel

## Wertvolle Handbücher

**Walter Jaeschke: Hegel-Handbuch. Leben, Werk, Wirkung, Stuttgart: Metzler, 2003, 583 S., ISBN 3-476-01705-2. Euro 49, 95.**

**Monika Fick: Lessing-Handbuch. Leben, Werk, Wirkung, Stuttgart: Metzler, 2004, 523 S., ISBN 3-476-01885-7. Euro 19,95.**

Eine Handbuch-Reihe des Metzler-Verlages hat sich inzwischen zu einem unverzichtbaren Hilfsmittel vieler Geisteswissenschaftler gemauert. Diese Handbücher widmen sich allesamt dem Gesamtwerk eines bedeutenden Philosophen oder Schriftstellers und behandeln in der Regel Leben, Werk und Wirkung, wenn auch jeweils in unterschiedlicher Breite. Standard ist die ausführliche Darstellung jeder einzelnen Schrift der genannten Denker, hier z. B. Hegels und Lessings. Hegel ist insofern ein bemerkenswerter Fall, als sein Denken bereits mehrfach für überholt erklärt wurde und dennoch immer wieder aktuelle Bedeutung zu gewinnen vermag. Nicht zuletzt sein politisches Denken ist immer wieder Gegenstand der Kontroverse gewesen, so daß eine quellennahe Erläuterung seiner Gedanken allemal willkommen ist. Naturgemäß sind die Hinweise auf die Wirkung Hegels eher knapp; als Einstieg in die schwierige Auseinandersetzung mit dem Philosophen Hegel sind die Abschnitte zu den einzelnen Werken jedoch höchst brauchbar.

Was Lessing angeht, so kann das solide und umfassende Handbuch dazu dienen, den Blick über den Tellerrand der Schullektüre (meist „Emilia Galotti“) zu werfen. Auch kennt wohl jeder die berühmte Ringparabel im „Nathan“, doch hat der große deutsche Schriftsteller noch vieles andere mehr zu bieten, von der Fabel bis zu staatsphilosophischen und religionskritischen Schriften, von der Ästhetik bis zur Geschichtsphilosophie, die ein höchst differenziertes Aufklärungsprogramm in sich schließen.

Will man sich also über den Inhalt und Stellenwert einer auch eher unbekannteren Schrift eines dieser Autoren informieren, sind diese Handbücher ideale Nachschlagewerke. Die beiden hier anzuzeigenden Werke sind dabei erstaunlicherweise von jeweils einem Autor

verfaßt, allein das schon eine beachtliche Leistung. Es ist zu wünschen, daß der Verlag diese Reihe mit weiteren Bänden anreichert.

Till Kinzel

## Eine Kontroverse um die Zeitgeschichte

**Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“ – Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, Archiv für Sozialgeschichte, hg. von der der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 44, 2004, S. 449–478.**

**Patrik Bahners, „Unfreiheit der Wissenschaft – Tendenzhistorie“, Frankfurter Allgemeine Zeitung 26. 1. 2005.**

Die Geschichte des *Bundes Freiheit der Wissenschaft* erlangte kürzlich Aufmerksamkeit, als Patrick Bahners in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. Januar 2005 eine Polemik gegen den Hamburger Professor Axel Schildt mit dem vielsagenden Titel „Tendenzhistorie“ publizierte – die schon deshalb lesenswert ist, weil hier mit Lust an geistiger Auseinandersetzung ein Beitrag zu einer wirklichen Diskussion präsentiert wird. Denn es handelt sich dabei mitnichten um eine Scheindiskussion.

Zunächst aber zum Anlaß der Bahnerschen Polemik: Schildt hatte in einem längeren Aufsatz mit dem Titel „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren“ über das Phänomen der Tendenzwende in den siebziger Jahren geschrieben. Er wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die inzwischen üblich gewordene Deutung als „rotes Jahrzehnt“ (Koenen). Schildt betont demgegenüber mit einigem Recht die bisher in der Geschichtsschreibung vernachlässigten konservativen Tendenzen jener Jahre (siehe dazu vor allem den Sammelband von Hartmuth Becker et al., *Die 68er und ihre Gegner*, Graz 2003) und widmet dabei auch einige wenige Seiten dem BFW, der indes keineswegs im Zentrum seiner Aufmerksamkeit steht. Deshalb werden dazu auch keine neuen

Erkenntnisse präsentiert, sondern lediglich einige allerdings anfechtbare Deutungen ins Spiel gebracht.

Gerade dies aber ließ den FAZ-Redakteur Bahners die Feder spitzen: Er stürzte sich mit polemischer Verve auf des Hamburger Historikers Ausführungen. Er beginnt seine Erörterungen mit der Frage, ob Zeitgeschichte wissenschaftlich geschrieben werden könne, eine nur zu berechnete Frage, da naturgemäß die Objektivität der irgendwie Beteiligten eingeschränkt ist. Bahners kritisiert nun an Schildts Aufsatz, daß er sich nur auf veröffentlichte Quellen, nicht aber auf Befragungen von Zeitzeugen stützt – wozu freilich ein größer angelegtes Forschungsprojekt notwendig scheint. Für Bahners übernimmt Schildt lediglich die von den damaligen Gegnern des Bundes kolportierten Behauptungen, wenn er den BFW als Sammelbecken „verschreckter und wehleidig argumentierender Professoren“ (S. 455) kennzeichnet. Schildt geht dabei auch so weit, z. B. in der Polemik der im BFW organisierten lediglich die spiegelbildliche Entsprechung der „delirierenden Utopien sektiererischer studentischer Zirkel“ zu sehen. Schildt führt aus, die Kommunisten hätten einen allgegenwärtigen „Faschismus- oder mindestens Faschierungsverdacht gegen Staat und Kapital“ bemüht (S. 453); der BFW auf der anderen Seite, so suggeriert Schildt, sei ebenso ideologisch verblendet verfahren, wenn er „eine Wesensgleichheit des ‚roten Terrors‘ mit den ‚Studenten-Ausschreitungen‘ der Anhänger Hitlers vor 1933“ nahegelegt habe (S. 453). Bahners weist nun mit Recht darauf hin, daß die „Ähnlichkeit zweier Phänomene“ mitnichten von der Hand zu weisen war und verweist zum Beleg auf einen Emigranten wie Karl Löwith, doch hätte er auch auf einschlägige Äußerungen von Politikwissenschaftlern wie Ernst Fraenkel verweisen können, der der „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ (die als Berliner Sektion des BFW fungierte) angehörte. So steht Schildts Aufsatz, wie Bahners betont, exemplarisch für ein heute weitverbreitetes Phänomen in der politisch-zeitgeschichtlichen Debatte: „Kommt der NS-Vergleich von links und behauptet Kontinuität, ist er normal; kommt er von rechts und beschreibt Affinität, bleibt er tabu.“ Damit aber ist eine faktische Deutungshegemonie angesprochen, die sich selbst noch in der Geschichtswissenschaft zeigt.

Nun erscheint zwar Schildts Diagnose einer polemischen Übertreibung seitens des BFW nicht von vornherein als unplausibel (er zitiert Hans Maier, der rhetorische Übertreibungen zugab), ist aber insgesamt gesehen doch zu abstrakt, um überzeugen zu können. Denn selbstverständlich waren die Zustände an den Hochschulen damals nicht überall gleich schlecht; dort indes, wo sich die radikale studentische Linke frei entfalten konnte, wurden die „Gefahren von links“ nicht nur als dramatisch empfunden, wie Schildt mutmaßt (S. 455), leider ohne auf einschlägige Quellen zu verweisen. Diese Gefahren waren aber nicht bloß Gegenstand einer allenfalls psychologisch verständlichen Wahrnehmung, sondern brachten tatsächlich jahrelange Behinderungen der Freiheit von Forschung und Lehre mit sich, ein Umstand, der nicht unterschlagen werden sollte. Ein angemessenes Verständnis jener Jahre bedarf daher noch weiterer intensiver zeitgeschichtlicher Forschung.

Hinweis: Der Artikel von Bahners ist im Internet unter [www.faz.de](http://www.faz.de) abrufbar. Nach wie vor lieferbar ist außerdem die Broschüre von Hans Joachim Geisler (Hrsg.), Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Berlin 2001.

Till Kinzel

**Joachim Theis (Hrsg.),  
Die Welt geht rascher als die  
Kirche. Festschrift für Wolfgang  
Lentzen-Deis (\*1937),  
éditions trèves, Trier, 2005,  
Tb., 240 S., 11,50 EURO,  
ISBN 3-88081-485-6**

Daß sein Eintritt in den Ruhestand als Theologe und Zeitzeuge einen Schlußpunkt bedeutet, kann der Leser von mehr als 30 Beiträgen aus der Feder von 32 Weggefährten seiner kirchlichen und akademischen Laufbahn nicht annehmen. Karl Kardinal Lehmann (\*1936) gibt in einem Vorwort seiner Hoffnung Ausdruck, „noch manche gute Frucht für uns aus seiner Feder“ v. a. über die Zukunft der Gemeindekatechese, einem der Lehrgebiete von Professor Dr. Wolfgang Lentzen-Dies ernten zu können. Martin Persch, der Leiter des Bistumsarchivs Trier, stellt die Biographie des Jubilars in den zeit- und kirchengeschichtlichen Kontext: am 5. März 1937 zu Kues als einer von vier Kindern –

drei Brüder wurden Priester – in das „Jahrhundert der Wölfe“ hineingeboren und im katholischen Milieu aufgewachsen, erlebte er zunächst den konventionellen Rahmen kirchlicher Wiederaufbauarbeit nach dem 2. Weltkrieg (1. Nachkriegs-Katholikentag, Mainz 1948, die Trierer Diözesansynode 1956, die „Hl. Rock-Wallfahrten“ 1959). Um- und Aufbruch in der Kirche erlebte er in seinen Studien- und ersten Berufsjahren in Trier und Rom (Zweites Vaticanum 1962–1965, Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland 1971–1975) – Stichworte wie „viri probati“ oder „kooperative Pastoral“ kennzeichnen die Signale, die regional-kirchlich Impulse gegeben haben. Von den zahlreichen, markanten Stationen seines Wirkens möchte ich mit Elisabeth Asshoff, seit 1995 Schulleiterin des St. Willibrord-Gymnasiums zu Bitburg, das Referendariat des 44jährigen Kaplans und Sekretärs des Diözesanbischofs Dr. Bernhard Stein, Dr. theol. Lentzen-Deis (Auguste-Viktoria-Gymnasium Trier, 1981–1983) erwähnen, einer zwar kurzen, aber begegnungsintensiven Phase unter dem grundsätzlichen Motto, wie Religionsunterricht/Katechese gegenüber der Jugend im letzten Drittel des 20. Jhdts. vermittelbar sein könne (S. 142–145): in Unterrichtsreihen zum Thema „Erziehung“ auf der gymnasialen Mittelstufe erarbeiteten Referendar und Mentorin Erkenntnisse zum Generationenkonflikt als „notwendigem Ablösungsprozeß auf dem Weg zur Identitätsfindung“. Selbstfindung – dies galt es, den Jugendlichen bewußt zu machen – setzt das „Bauen auf einem Urgrund“ voraus. In diesen Praxisjahren zeichnen sich jene Positionen ab, die wenig später in den „Grundlagenplan 5 der Deutschen Bischöfe“ (1984), in eine Veröffentlichung in den Katechetischen Blättern (1985) und in seine Habilitationsschrift „Den Glauben Christi teilen“ (1991) mündeten. Phänomenen wie „Jesus people“, Rockoperen wie „Jesus Christ Superstar“ konnte die Religionspädagogik nicht mehr mit einer traditionellen „Deszendenztheologie“, die das Christusgeheimnis deduktiv „von oben“ ableitete, begegnen. Für Dr. Wolfgang Lentzen-Deis sollte nicht der Gegenentwurf einer „Aszendenzchristologie“ den Schlüssel reichen, sondern ein „dritter Weg“ einer „Christologie nach innen und von innen“. Bleiben markante Stationen seines akademischen Lebens: als ordentlicher Professor (ab 1991) und Rektor

der Theologischen Fakultät zu Trier (1995–2003), der den „Spagat“ zur neuen Universität geschafft hat. Wie muß eine Konversion der Katechese aussehen, daß Glaubensvermittlung zukunfts-fähig wird? Diese Frage als „post scriptum“ stellt Gottfried Bitter (Bonn) an den Schluß des letzten Beitrags dieser Festschrift. Bleibt nachzutragen, daß das wissenschaftliche Werk von Prof. Dr. Wolfgang Lentzen-Deis im Anhang mit vier Monographien und 35 Aufsätzen und Miszellen einen Eindruck vom Schrittmacher moderner Religionspädagogik und Gemeindekatechese gibt. Seine spezielle berufliche Biographie beginnt dort, wo der 5. Band der Bistums-geschichte von Trier (2004) endet, nämlich 1981. Gilt nach dem Ende der „Zeit der Wölfe“, daß die „Zeit aus den Fugen geraten“ ist oder sollte man – mit dem Blick auf Trier – als Ruhestands-motto des Jubilars hinzufügen: „Meine Zeit steht in Deinen Händen, nun kann ich ruhig sein in Dir“? *Willi Eisele*

**Svea Koischwitz: Konservativer Professorenbund oder bildungspolitischer Interessenverband? Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (1970–1976), Magisterarbeit Universität Köln 2004 (betreut von Prof. Dr. Ralph Jessen).**

Lange blieb die historische und politische Literatur zur 68er-Zeit auf diejenigen konzentriert, die sich im weitesten Sinne zu den 68ern rechneten; die Revolte selbst war der hauptsächliche Gegenstand des zeitgeschichtlichen Interesses. Diejenigen aber, die sich dem „romantischen Rückfall“ (Richard Löwenthal) verweigerten, blieben zumeist die Stiefkinder der Forschung. Nun aber bahnt sich zaghaft eine ausgewogenere Betrachtungsweise an, die offenbar durch den Generationswechsel in der Wissenschaft erleichtert wird. Zu den ersten geschichtswissenschaftlichen Arbeiten über den Bund Freiheit der Wissenschaft gehört die 2004 abgeschlossene Magisterarbeit von Svea Koischwitz aus Köln. In klarer Sprache und transparenter Argumentation unternimmt die Autorin den Versuch, die Hauptmerkmale des BFW herauszuarbeiten, die Entstehung und den Werdegang des Verbands in den sieb-

ziger Jahren nachzuzeichnen sowie die Motivation einzelner Mitglieder anhand ihrer Lebensläufe zu eruieren (Richard Löwenthal, Manfred Scheler, Erwin Scheuch). In Teilen ihrer Arbeit bezieht sich die Autorin auf theoretische Ansätze Pierre Bourdieus, um die Verflechtung verschiedener Interessen im Hochschulbereich analysieren zu können; diese werden heuristisch plausibel eingebracht und verstellen jedenfalls nicht den Blick auf die Realität. Frau Koischwitz zeigt in ihrer Analyse ein abgewogenes Urteil, das insofern einen großen Fortschritt in der Historiographie zum Thema darstellt, als sie erstmals unabhängig von positiven oder negativen Meinungen über den BFW, die die bisherige spärliche Literatur kennzeichnen, an die Arbeit machte. Die Forschung über die Gegner der 68er, zu denen der BFW zweifellos gehörte, wird damit – so ist zu hoffen – weiter angestoßen. Koischwitz weist die überzogenen Einschätzungen der linken Literatur über den reaktionären Charakter sowie die als überaus mächtig angesehenen Einfluß des BFW eindeutig zurück, kritisiert indes auch, die ablehnende Haltung des BFW zur weitergehenden Mitbestimmung der Nicht-Habilitierten an der Universität habe zur Entfremdung der Studenten von der Hochschule beigetragen – worüber man streiten mag. Unabhängig von kleineren Monita aber bleibt der Eindruck, daß es der Autorin trefflich gelungen ist, die Motive der damals Handelnden zu erfassen und angemessen zu würdigen.

*Till Kinzel*

**Birgitta vom Lehn: Kindeswohl, ade! Gesundheitsverhütung im Wohlstandsland PISA war auch eine physische Pleite Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG Münster, 2004, 98 S., ISBN 3-86582-012-3**

Warum haben deutsche Schüler bei TIMMS und PISA so mittelmäßig bis schlecht abgeschnitten? Schnell wurden, je nach ideologischer Ausrichtung, die Schuldigen ausgemacht: Das fehlende Geld, die Lehrer, die Lehrerausbil-

dung, das gegliederte System, mangelnde Fördermaßnahmen usw. Die daraus resultierenden Forderungen nach besserer finanzieller Ausstattung, Gesamtschule, Gruppen- statt Frontalunterricht und vielem anderen sind uns ebenfalls zur Genüge bekannt.

Birgitta vom Lehn hat sich abseits der medialen Trampelpfade auf Ursachenforschung begeben und dabei Erstaunliches zutage gefördert. Erstaunlich zumindest für die, die vergessen haben, was für das seelische und leibliche Wohl von Heranwachsenden unabdingbar ist und was ihre Lern- und Leistungsbereitschaft fördert.

Jedes vierte Kind in Deutschland ist zu dick, 14 Prozent davon sogar adipös, die körperliche Leistungsfähigkeit von Schulkindern ist in den vergangenen 20 Jahren um 20 Prozent gesunken, zu viele Kinder haben motorische Schwierigkeiten, leiden unter Konzentrationsmängeln oder dem sogenannten Zappelphilippsyndrom, gegen das mit schwersten Medikamenten, statt zuerst mit körperlichem Austoben am Nachmittag vorgegangen wird.

Die Autorin belegt ihre Aussagen mit verschiedenen Studien, Untersuchungen und Erfahrungen von Kinderärzten und Psychiatern. Falsche Ernährung mit Fast Food, klebriger Limonade und Süßigkeiten, Bewegungsmangel seit dem Säuglingsalter, übermäßiges Fernsehen, fast pausenloses Computerspielen führen zu körperlichen und seelischen Schäden, die erst dann, wenn sie als medizinisches Problem mit abstrakter wissenschaftlicher Bezeichnung deklariert sind (z. B. adipös statt schlicht und einfach fett), die Aufmerksamkeit der Eltern erzeugen und entsprechende Therapien in Gang setzen.

In Wirklichkeit handelt es sich um die Folgen einer allgemeinen Verwahrlosung, denn verantwortlich für die dramatische Fehlentwicklung sind meistens gleichgültige Erziehungsberechtigte, die glauben, anderes tun zu müssen, als sich mühseliger Erziehung und Kochen von gesundem Essen zu widmen oder für ein harmonisches Familienleben und Nestwärme für ihre Nachkommen zu sorgen.

Deshalb ist das Buch in erster Linie ein Appell an Eltern, sich endlich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zu besinnen und es ist zu hoffen, daß diese es auch lesen. *Brigitte Pötter*

## Bund Freiheit der Wissenschaft

Aufgabe des Vereins, Satzung

Der Bund Freiheit der Wissenschaft setzt sich für die Freiheit der Wissenschaft und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Schulen ein.

Er wurde am 19. November 1970 in Bad Godesberg gegründet und ist eine überparteiliche Vereinigung zur Verteidigung der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Bewußtsein der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft setzt sich der Verein unter Ausschluß von parteipolitischen Bindungen zur Aufgabe:

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern,
2. sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen,
3. auf eine Politik zu drängen, die eine stetige Verbreiterung der Bildungschancen mit der Erhöhung der Leistungsmaßstäbe verbindet.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Publikationen und Informationen der Öffentlichkeit über die Situation von Hochschule, Schule und Wissenschaft (§ 2 der Satzung). Die vollständige Satzung kann mit dem in diesem Heft abgedruckten Bestellschein angefordert werden.

### Vorstand: Vorsitzende

Dr. Hans Joachim Geisler, Dernburgstr. 53, 14057 Berlin, Tel. (0 30) 322 31 58, Fax über BFW-Büro, E-Mail hgeisler@gmx.de

Oberstudiendirektor Dr. Winfried Holzapfel, An der Ölmühle 16, 47608 Geldern, Tel. (0 28 31) 44 16, Fax (0 28 31) 99 29 72, E-Mail dr.winfried.holzapfel@t-online.de

Professor Dr. Kurt J. Reinschke, Wachwitzer Bergstr. 32, 01326 Dresden, Tel. (03 51) 2 68 61 66, E-Mail kr@erss11.et.tu-dresden.de

### Schatzmeister

Professor Dr. Günter Püttner, Schwerdstr. 3, 67346 Speyer, Tel. (0 62 32) 7 19 97

### Erweiterter Vorstand:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen, Tel. (04 21) 27 18 79, E-Mail dreybrodt@t-online.de

Oberstudiendirektor Josef Kraus, Fürstenstr. 59, 84032 Ergolding, Tel. (08 71) 6 86 74, Fax (08 71) 63 03 90, E-Mail josef.kraus@landshut.org

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz, Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93, E-Mail rosen@uni-greifswald.de

Professor Dr. Winfried Schläffke, Rüdellstr. 10, 50737 Köln, Tel. (02 21) 74 71 59, Fax (02 21) 7 40 52 50, E-Mail w.schlaeffke@t-online.de

Professor Dr. Gerd Wechsung, Rosenweg 3, 07751 Cospeda, Tel. (0 36 41) 44 76 73

## Beitrittserklärung

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

wenn gewünscht, zusätzliche Angabe:

Telefon, Fax, E-Mail

Ich möchte dem **Bund Freiheit der Wissenschaft e. V.** beitreten als

- Einzelmitglied zum Jahresbeitrag von 100,- Euro
- Mitglied aus den neuen Bundesländern zum Jahresbeitrag von 75,- Euro
- Berufsanfänger von 50,- Euro
- Schüler/Student zum Jahresbeitrag von 15,- Euro
- Fördermitglied zum Jahresbeitrag von 125,- Euro

**Im Mitgliedsbeitrag ist die kostenlose Zusendung der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ enthalten.**

Ich sende Ihnen die beiliegende Einzugsermächtigung

Ich zahle meinen Beitrag auf das Konto des Bundes Freiheit der Wissenschaft bei der Deutschen Bank AG Bonn, Kto.-Nr. 0 233 858 (BLZ 380 700 24)

**Mitgliedsbeiträge für den Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt:** Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung (entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I von Berlin, StNr 27/661/54861, vom 26. 6. 2003 für die Jahre 2000, 2001 und 2002 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftsteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Ich bin damit einverstanden, daß meine obenstehenden persönlichen Daten nur für die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins elektronisch gespeichert werden.

Ort, Datum, Unterschrift

## Abonnement der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ (entfällt für Mitglieder und Spender)

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement zum Preis von 12,- Euro inkl. Porto und Versandkosten. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

## Regionalbeauftragte

### Baden-Württemberg:

Professor Dr. Jürgen Kullmann,  
Panoramastr. 27, 72116 Mössingen,  
Tel. (0 74 73) 57 68 oder (0 74 73) 27 24 68,  
Fax (0 74 73) 2 67 68,  
E-Mail: juergen.kullmann@uni-tuebingen.de

### Bayern:

Oberstudiendirektor Willi Eisele, Kiefernweg 1,  
82515 Wolfratshausen, Tel. (0 89) 74 55 04 20,  
(0 81 71) 41 09 23, E-Mail: willi.eisele@gmx.de

### Berlin und Brandenburg:

Frau Dr. Brigitte Pötter,  
Landauer Str. 6, 14197 Berlin,  
Tel. (0 30) 82 70 27 34, Fax (0 30) 82 70 27 36,  
E-Mail: bpoetter@gmx.de

### Bremen:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt,  
Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen,  
Tel. (0 421) 27 18 79, E-Mail: dreybrodt@t-online.de

### Hessen:

Frau Professor Dr. Lilo Süllwold,  
Guillettstr. 53, 60325 Frankfurt am Main,  
Tel. (0 69) 72 74 92

Privatdozent Dr. habil. Siegfried Uhl,  
Homburger Landstraße 225/1 408,  
60435 Frankfurt am Main,  
Tel. (0 69) 3 89 89-5 57,  
Fax (0 69) 3 89 89-2 33,  
E-Mail: s.uhl@help.hessen.de

### Mecklenburg-Vorpommern:

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum,  
Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz  
Tel./Fax (0 39 98) 3 12 93,  
E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

### Niedersachsen:

Wiss. Oberrat a. D. Dr. Hartmut Schustereit,  
Lüner Weg 81, 21337 Lüneburg,  
Tel. (0 41 31) 86 08 46  
E-Mail: schustereit@freenet.de

### Nordrhein-Westfalen:

Studiendirektor Norbert Schlöder,  
Pater-Delp-Str. 11, 47877 Willich,  
Tel. (0 21 54) 7 02 47,  
Fax (0 21 54) 8 76 84,  
E-Mail: nschloeder@aol.com

### Sachsen:

Professor Dr. Kurt J. Reinschke,  
Wachwitzer Bergstr. 32, 01326 Dresden,  
Tel. (0 3 51) 2 68 61 66  
E-Mail: kr@erss11.et.tu-dresden.de

### Thüringen:

Professor Dr. Gerd Wechsung,  
Rosenweg 3, 07751 Cospeda,  
Tel. (0 36 41) 44 76 73

### Sektion Berlin-Brandenburg:

Vorsitzender: Professor Dr. Hans Peter Berlien,  
Rudower Str. 48, 12351 Berlin,  
Tel. (0 30) 8 26 60 88, Fax (0 30) 60 04-38 70,  
E-Mail: sektion.bund.freiheit.wiss@gmx.de

### Abonnement der Zeitschrift fdw

Jahresabonnement für Nichtmitglieder: 12,-  
Euro inkl. Porto und Versandkosten. Für Mitglie-  
der des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist der  
Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abge-  
golt. Auch Spender erhalten die Zeitschrift  
kostenlos. Bitte verwenden Sie für ein Abonne-  
ment einfach den beigefügten Abschnitt.

### Mitgliedschaft, Jahresbeiträge

Schüler, Studenten 15,- Euro, Berufsanfänger 50,-  
Euro, Einzelmitglieder 100,- Euro, Fördermitglieder  
125,- Euro, Mitglieder aus den neuen Bundesländern  
75,- Euro.

Mitglieder erhalten die Zeitschrift „Freiheit der Wis-  
senschaft“ und sonstige Veröffentlichungen des BFV  
kostenlos.

Mitgliedsbeiträge sind steuerbegünstigt (s. u.); sie erhal-  
ten ohne Aufforderung eine Spendenbescheinigung.  
Bitte verwenden Sie die beigefügte Beitrittserklärung  
und zur Vereinfachung der Zahlungen am besten auch  
die beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug.

### Spenden

Für Spenden auf das Konto Nr. 0233858, (BLZ  
380 700 24) Deutsche Bank Bonn ist der Bund Frei-  
heit der Wissenschaft dankbar. Spenden an den Bund  
Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt  
(s. u.). Sie erhalten ohne Aufforderung eine Spenden-  
bescheinigung. Für regelmäßige Spenden können  
Sie zur Vereinfachung der Zahlungen am besten die  
beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug benutzen.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen  
Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung  
(entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2  
EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Frei-  
stellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaf-  
ten I von Berlin, StNr 27/661/54861, vom 26. 6. 2003  
für die Jahre 2000, 2001 und 2002 nach § 5 Abs. 1  
Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Kör-  
perschaftsteuer befreit, weil er ausschließlich und  
unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen  
Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

## Bestellschein

An den Bund Freiheit der Wissenschaft,  
Bundesgeschäftsstelle  
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Ich bitte um kostenlose Zusendung

der Satzung des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

der letzten Nummern der Zeitschrift Freiheit der Wissenschaft:

März 2004  Juni 2004  September 2004  **Dezember 2004**

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre über das 34. Bildungspolitische Forum des  
Bundes Freiheit der Wissenschaft „**Freiheit und Verantwortung in Forschung, Lehre und Studi-  
um – Die ethische Dimension der Wissenschaft**“ am 27. Februar 2004 in Berlin mit den Beiträ-  
gen der Referenten.

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre „**Notizen zur Geschichte des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft**“, Dezember 2001.

Für Mitglieder und Spender sind die Broschüren kostenlos.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

## Vereinfachte Zahlung durch Bankeinzug

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Bund Freiheit der Wissenschaft e.V. widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres  
Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine  
Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Kto.-Nr. Kreditinstitut BLZ

- |   |            |
|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Einzelmitglied                       | 100,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Mitglied aus den neuen Bundesländern | 75,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Berufsanfänger                       | 50,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Schüler/Student                      | 15,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Fördermitglied                       | 125,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jährliche Spende                                   |            |

Ort, Datum, Unterschrift

1/2005 fdw

# Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.

Wir laden ein

## Vortrag

am Montag, 18. April 2005, 17 Uhr in Düsseldorf

Aula des Luise-Gymnasiums, Bastionsstraße 24, Nähe Königsallee.

Professor Dr. Reinhold A. Grimm

## Gestufte Bildung?

### Wie das europäische Studienmodell die Hochschulen und Schulen verändert

1998 ist mit einer Vereinbarung der Bildungsminister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands ein Reformprozeß in Gang gesetzt worden, der die Festigung des europäischen Hochschulraums bei Achtung der nationalen Bildungssysteme zum Ziel hat. Damit soll die Mobilität der Lehrenden und Lernenden gefördert werden. 1999 trafen Minister und hochrangige Vertreter aus 29 europäischen Staaten in der nach dem Ort der Zusammenkunft bezeichneten „Bologna-Erklärung“ Vereinbarungen zur Umsetzung dieser Ziele. Hieraus entwickelte sich der „Bolognaprozeß“, in dessen Verlauf alle zwei Jahre Vertreter aus nunmehr 40 Staaten zusammenkommen, um Bestandsaufnahmen vorzunehmen und weitere Ziele zu vereinbaren. Die letzte Konferenz war im Jahre 2003 in Berlin, die Folgekonferenz ist im Mai 2005 in Bergen (Norwegen).

Die Vereinbarungen zielen auf Qualitätssteigerung und Vergleichbarkeit der Studiengänge in ganz Europa. In Deutschland haben sich das Bundesbildungsministerium, die Kultusministerkonferenz der Länder und die Hochschulrektorenkonferenz mittlerweile auf die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen festgelegt, so daß ein **Umbau vieler Studiengänge** nötig wird. Im Zusammenhang mit dem Bolognaprozeß gewinnen darüber hinaus einige Einrichtungen an Bedeutung, über die die Öffentlichkeit nichts oder nur wenig weiß. Dazu gehören unter anderem der von der Kultusministerkonferenz eingesetzte **Akkreditierungsrat** und eine Reihe von regionalen und internationalen, miteinander konkurrierenden **Akkreditierungsagenturen**, die die Studiengänge prüfen und genehmigen.

Mit dem Vortrag will der Bund Freiheit der Wissenschaft über Hintergründe und Folgen des Bolognaprozesses aufklären.

Der Referent, Dr. Reinhold A. Grimm, ist Professor für Romanistik an der Universität Jena, Präsident des Allgemeinen Fakultätentages und Vorsitzender des Philosophischen Fakultätentages. Außerdem ist er Mitglied des Universitätsrates der Universität Wien.

Wir dürfen daher einen sehr differenzierten Vortrag und Aufklärung über die stattfindenden Veränderungsprozesse erwarten.

Wir laden Sie herzlich dazu ein, mit uns darüber zu diskutieren.

Für den Bund Freiheit der Wissenschaft

Dr. Hans Joachim Geisler

Dr. Winfried Holzapfel  
Vorsitzende

Professor Dr. Kurt J. Reinschke

-----  
**Anmeldung** zur Vortragsveranstaltung am 18. April 2005 mit Professor Grimm in Düsseldorf

Die Anmeldung wird per Post mit diesem Abschnitt oder über Telefon, Fax oder Email erbeten.

An der Vortragsveranstaltung nehme ich mit \_\_\_\_\_ Personen teil.

An den Bund Freiheit der Wissenschaft e.V., Charlottenstr. 65, 10117 Berlin

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_